Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR.154 4. DEZEMBER 1976

D 1870 CX

INLAND

INTERNATIONALES

* frankfurter
* informationsdienst e.v
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611 70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040 410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234 70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:
1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse
auf das postscheckkonto:
frankfurter
informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift
und abonummer angeben, gegebenenfalls
stichwort "neuabo" oder
"adressänderung".

INLAND

DER ID MACHT EINE WINTERPAUSE

Letzter ID im alten Jahr: 18. Dezember
Erster ID im neuen Jahr: 8. Januar

BROKDORF IN GROHNDE ?

WESERBERGLAND 30. November

Alle kennen die Vorgänge in Brokdorf, fast niemand weiß, daß es eine Nacht- und Nebelaktion zum ersten Mal in Grohnde an der Weser, 8 km von Hameln entfernt, gab.

Am 28. Mai 1976 äußerte der Niedersächsische Sozialminister Schnipkoweit (CDU) noch schwere Sicherheitsbedenken im Hinblick auf das Atomkraftwerk Grohnde. Dem Bauern, der das Feld (heutiger Bauplatz) bestellte, sicherte man zu, er könne getrost eine lange Frucht, nämlich Weizen, anbauen.

Am 7. Juni, nachmittags, erteilte der Minister die 1. Teilgenehmigung (zum Bau der Anlage, ohne die technischen Einrichtungen) die er jedoch erst am 8. Juni um 10 Uhr in einer Pressekonferenz offiziell bekannt gab. Morgens um 5 Uhr hatten die Baufirmen bereits begonnen, das Weizenfeld vier Wochen vor der Ernte abzumähen und einen 2 Meter hohen Stacheldrahtzaun zu errichten, sowie fertig montierte Flutlichtmasten aufzustellen. Gesichert wurde die Aktion von Polizeieinheiten und Werkschutz um, so Schnipkoweit, „Berufsbesetzern" zuvorzukommen. Nun etwas zur Vorgeschichte:

12 000 Bürger erhoben Einspruch gegen die Errichtung eines Atomkraftwerkes in Grohnde. Weiterhin gab es Einsprüche des Landessportfischerverbandes (25000 Mitglieder), 5 Heimat- und Frauenvereinen, des Landvolks Kreisverband Hameln/Pyrmont, des Kirchenkreisvorstandes der ev. Kirche, des Technischen Hilfswerks in Hameln, von 140 Ärzten in einem Memorandum, sowie vom Rat der Stadt Hameln und vom Gemeinderat Emmerthal (Nachbargemeinde von Grohnde). Die Gemeinde Grohnde wurde, ähnlich wie Brokdorf, durch ein Schwimmbad und Ausbau des Straßennetzes geködert.

Heute wird von acht Seiten Klage erhoben gegen die 1. Teilgenehmigung. Im Oktober 74 verließ die Bürgerinitiative Weserbergland schon nach einem Tag den Erörterungstermin in Hameln aus Protest gegen die unverschämte Behandlung durch den Leiter dieses Termins, der alles andere als neutral war.

Ein Novum im Fall Grohnde war auch, daß die wasserrechtlichen Fragen nicht behandelt wurden und dennoch der Baubeginn genehmigt wurde. Der wasserrechtliche Erörterungstermin findet am 14. 12.76 in Hannover statt.

Wer die Weser gesehen hat wird sich an den Kopf fassen, wenn er hört, daß die Preußen-Elektra (Betreiberfirma) 50000 Liter in der Sekunde zu Kühlzwecken entnehmen will, wovon 1000 Liter verdampfen und der Rest erwärmt und mit radioaktivem Wasserstoff (Tritium) angereichert in die Weser zurückfließt.

Makabrer Scherz: Seit 4 Monaten fließt die Weser gerade 25 000 Liter in der Sekunde hinunter.

Trotz dieser ganzen Situation war es der Bürgerinitiative Weserbergland im Sommer 76 nicht möglich eine große Protestaktion in Gang zu bringen. Der Mut war nicht vorhanden und man hoffte auf die Gerichtsprozesse. Inzwischen hat die BI enormen Zulauf erhalten; so haben sich in den Dörfern neue Gruppen gebildet und die Gruppe Hameln hat sich erheblich vergrößert. Spätestens seit den Vorfällen in Brokdorf weiß jede(r), daß wir noch etwas tun können, um den Bau in Grohnde zu stoppen.

Anläßlich des Erörterungstermins am 14.12. in Hannover führen wir in Hameln eine (Groß-)Kundgebung, eventuell eine Demonstration durch, auch, um uns „national" bekannt zu machen. (Genauer Termin und Ort werden noch bekannt gegeben). Weitere Aktionen werden folgen.

Kein KKW in Grohnde und auch nicht anderswo!
Keine Wiederaufbereitungsanlagen!
Kein Export von Kernenergieanlagen!

(Kontaktadresse: **BI-Weserbergland gegen KKW Grohnde, Anita Siegfried, Gartenstraße 8, Hameln 1** und **Gerhard Köhler, Basbergstraße 32, Hameln 1**)

ERKLÄRUNG DER BÜRGERINITIATIVE HAMELN

Die Gruppe Hameln der Bürgerinitiative Weserbergland wählte am 19.11.76 einen vierköpfigen Sprecherrat, der die Gruppe nach außen vertritt und koordinierende Aufgaben mit anderen Ortsgruppen und Bürgerinitiativen wahrnehmen soll.

Die Bürger erhalten in der nächsten Zeit umfassend Gelegenheit sich durch wissenschaftlich abgesicherte Broschüren, die an Ständen in der Stadt verteilt werden, zu informieren. Aktionen verschiedenster Art werden folgen. Weiterhin hat die BI für ihre Arbeit folgende Prinzipien verabschiedet:

"Überparteilichkeit, das bedeutet keineswegs, daß Parteimitglieder in der BI nicht mitarbeiten dürfen. Sie bedeutet lediglich, daß auf Parteipropaganda verzichtet werden muß.

Gewaltlosigkeit, dessen Grundsatz jedoch nicht Passivität bedeutet. Jegliche Gewalt gegen Personen ist damit aber nicht vereinbar. Verbindlichkeit von Mehrheitsbeschlüssen ist ein weiteres Prinzip der Bürgerinitiative. Unsere Arbeit konzentriert sich auf folgende Schwerpunkte:

Baustopp der Atomkraftwerke in Grohnde und anderswo, keine Wiederaufbereitungsanlagen in Niedersachsen, Stop des Bonner Atomenergieprogramms, Erforschung anderer umweltfreundlicher Energiearten."

BROKDORF–HILFE (BERICHTIGUNG UND ERGÄNZUNG)

BROKDORF/AACHEN 2.Dezember

Im letzten ID haben wir einen Aufruf veröffentlicht. Mit dem gespendeten Geld sollten die Schäden beglichen werden, die auf dem Gelände des direkt neben dem Bauplatz gelegenen Bauernhofs entstanden sind. Von Mitgliedern der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe haben wir inzwischen erfahren, daß dieses Gelände der NWK (Norddeutsche Kraftwerke) gehört und an den Bauern verpachtet wurde. Eben dieser Bauer hat auch beim Informationszentrum der NWK einen Hausmeisterposten.

Mit einem Trick versuchen sich die KKW–Betreiber in Norddeutschland beliebt zu machen: die NWK kommt zunächst für die entstandenen Schäden auf. Die damit verbundenen Kosten sollen aber bei späteren Prozessen gegen Demonstrationsteilnehmer eingeklagt werden.

Wegen dieser Informationen wird das auf das im letzten ID (153) angegebene Spendenkonto bereits eingezahlte Geld auf das Rechtshilfekonto der BUU-Altona überwiesen. Alle weiteren Spenden bitte ab sofort auf eines der beiden BUU-Konten:

BUU-Altona, Rechtshilfe; Westbank Hamburg
Konto;Nr. 11-18413, Blz 200 30000

oder auf

BUU-Altona, Verletztenhilfe; Westbank Hamburg
Konto-Nr. 11-18397, BLZ 200 30000

(Fortsetzung S. 3)

AUSATMEN ERLAUBT

3 × PRO KERN-KRAFT-WERKE

Motto:
Der Bürger muß informiert werden...











BÜRGER-INITIATIVE
WESERBERGLAND
Gruppe Hameln, trifft sich
freitags 19³⁰h Bismarckstr.1

Der Einsatz der Ärzte während der Demonstration wird von den Kassen nicht bezahlt werden. Außerdem hat die BUU noch einen Ermittlungsausschuß eingerichtet, der die Verteidigung in den zu erwartenden Prozessen vorbereiten hilft und an einer Dokumentation arbeitet:

„Wir benötigen dringend von allen Festgenommenen, Verletzten und Augenzeugen Berichte: Wer hat besonders brutale Polizeieinsätze beobachtet und photographiert? Wer hat Bilder von den Panzerfahrzeugen des Bundesgrenzschutzes, die speziell für den Einsatz gegen die Bevölkerung konstruiert sind? Wer ist von tieffliegenden Hubschraubern mit Tränengas besprüht worden? Wer ist bei der An- und Abfahrt schikaniert oder verprügelt worden? Wer hat steinewerfende Polizisten photographiert? usw.

Wir brauchen jeden Bericht, jede Einzelheit für ein möglichst genaues Bild. Gebt so präzise wie möglich an: den genauen Ablauf, Zeit, Ort, euren Namen, Zeugen. Wie seid ihr behandelt worden? Was wurde euch vorgeworfen? Welche Angaben habt ihr vor der Polizei gemacht? Habt ihr euch schon mit einem Anwalt in Verbindung gesetzt?
Laß uns möglichst schnell euren Bericht zugehen. Sie werden gesammelt bei der untenstehenden Adresse. Sie persönlich abzugeben/abgeben zu lassen — etwa im Plenum der Bürgerinitiative, in den Stadtteilgruppen — ist sicherer als mit der Post!"

Adresse: **Klaus Derikum, Eppendorfer Baum 4,2000 Hamburg**
Telefon 040 / 48 07 818

Für verlorene oder beschlagnahmte Gegenstände gibt es eine Zentralstelle der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe. Bitte eine genaue Beschreibung der überfälligen Sachen geben und eine Vollmacht beifügen, damit die Polizei die Gegenstände auch rausrückt. Hier die Adresse:

Jan Lüthje, Bielefeldtstraße 2,
2000 Hamburg 50, Telefon 040 / 88 00 218

10 000 LEUTE GEGEN STREICHUNG VON PLANSTELLEN FÜR LEHRER

KASSEL
2.Dezember

„Aufgrund eines Beschlusses des Kultusministers Krollmann sollen statt der bisher 75% nur noch 70% des Unterrichts durch hauptamtliche Lehrkräfte abgedeckt werden. Dadurch werden bei uns 5,5 Planstellen gestrichen. Das bedeutet konkret den Ausfall von 132 Wochenstunden oder 44 Grundkursen in der Oberstufe. Für uns Schüler heißt das, daß hier bei geringerer Stundenzahl das gleiche Pensum zu bewältigen ist. Außerdem ergibt sich ein erhöhter Lehrerwechsel in den Klassen, was die Lernsituation zusätzlich verschlechtert. Schlechte Noten und damit schlechtere Berufschancen sind die Folgen. Da wir uns das nicht gefallen lassen können, haben wir Aktionen durchgeführt, die wir im folgenden zusammenfassen:

Am 27.10. wurde der Schülerverwaltung (SV)der Jakob Grimm-Schule (JGS) bekannt, daß die Namen der Lehrer, die unsere Schule verlassen sollen, bis zum 18.11. bekanntgegeben werden müssen. Daraufhin wurde eine Versammlung von SV I und SV II einberufen, wo auch Vertreter der Herderschule (HS), die auch vom Lehrerabzug betroffen ist, teilnahmen. Bei dieser Versammlung wurden zunächst noch keine Aktionen geplant, da die Personalräte von der JGS und der HS mit dem Regierungsschuldirektor Dr.Vögler verhandelten. Da diese Verhandlungen aber ergebnislos verliefen, wurde von der SV II am 28.10. ein Flugblatt entworfen, das tags drauf verteilt wurde und zu einer Demonstration von JGS und HS zum Regierungspräsidium aufrief. Der Regierungspräsident war nicht anwesend,seine Stellvertreter schienen in einem Gespräch nicht willens, mehr zu tun, als die Resolution an den Regierungspräsidenten Dr.Vilmar weiterzuleiten. Während der Demonstration wurden wir vom Video-Club der Polizei gefilmt. In der HNA (Kasseler Tageszeitung) wurde zwar von unserer Aktion berichtet, aber nicht ernsthaft genug. So konnte man z.B. lesen, daß 500 Schüler der HS und JGS für rund 1 Stunde das Kasseler Regierungspräsidium ‚belagerten'.
Aktion ergebnislos!

Am 30.10. fand in der JGS regulärer Unterricht statt; in der Herderschule wurde der Unterricht nach der 1. Stunde boykottiert. Seitdem wird die Herderschule bestreikt. Auf der Vollversammlung vom 1.11. wurde bekanntgegeben, daß am 2.11. ein Wandertag zu einer Demonstration zum Sensenstein genutzt werden sollte, wo die SPD-Fraktion tagte. Anstelle von Kultusminister Krollmann wurden wir von einer Polizeikette und Hundestaffeln empfangen, die uns vom Betreten des Grundstücks abhielten.
Lediglich eine Delegation von Lehrern, Schülern der JGS und HS wurde von Krollmann empfangen. Er wollte nicht zur Kenntnis nehmen, daß die Aktion spontan von empörten Schülern, Lehrern und Eltern durchgeführt wurde, sondern versuchte, die Demonstration als das Werk einzelner Drahtzieher abzutun. Er weigerte sich, zu den frierenden Schülern zu sprechen und entschuldigte sich mit einer Erkältung. Die Schüler sahen die Diskrepanz zwischen den Reden der Politiker vor dem 3.Oktober und der gegenwärtigen politischen Praxis. Kritik: Während die Mehrheit der Schüler wartete, spalteten sich einzelne Gruppen ab und machten sich auf dem Heimweg.
Aktion ergebnislos.

Für den 3.11. wurde eine Vollversammlung in der 5.Stunde einberufen, wo über folgende Themen diskutiert wurde:
1. Bericht über das Gespräch mit Krollmann
2. Wie werden wir in der Presse (HNA) dargestellt?
   Was können wir zur Verbesserung unserer Öffentlichkeitsarbeit tun?
3. Beteiligen wir uns an der Demonstration am Freitag?
4. Streik — Ja oder Nein?

Aufgrund der Vollversammlung wurde folgendes beschlossen:
1. Öffentlichkeitsarbeit soll verbessert werden.
2. Freitag als Aktionstag (mit überwiegender Mehrheit)
3. Beteiligung an der Demonstration am Freitag.

Kritik: Während an der HS schon seit einer Woche gestreikt wurde, setzte unsere SV einen Aktionstag durch, ohne bei den Schülern einen Streik überhaupt zur Diskussion zu stellen.
Am 3.11. und 4.11. wurden nachmittags mit großer Beteiligung der Aktionstag vorbereitet und einzelne Gruppen gebildet. Die Ergebnisse zeigten sich am 5.11., dem Aktionstag.

Die Schüler beteiligten sich aktiv an vielen Aktionen, unter anderem Cafeteria (Kaffee und Tee 30 Pfennig), Filme, Lieder zum Mitsingen, Kreativgruppe Musik „Tolle Session" Physikvorführungen, Büchertisch, Karikaturen und Parolen für die Demonstration, Spiele, Presseinformationen, Arbeitsgruppen (Perspektiven der Schulpolitik, Bildungspolitische Situation in Kassel), Malaktionen, Bevölkerungsinformation am Samstag, Rollenspielgruppe, Diskussion über Notengebung, Perspektiven der Demonstration, Verschiedene Sportaktionen.

Die Aktionsgruppen verliefen sehr erfolgreich. Die Liedergruppe, die ihre zum Teil selbstgedichteten Lieder während der Innenstadtaktion sangen. Ebenso zu erwähnen ist die Kunstgruppe, deren Plakate und Karikaturen unsere Forderungen auf der Demonstration unterstützten. An dieser Demonstration, die die größte seit dem Brandt-Stoph-Treffen 1970 war, beteiligten sich über 5000 Eltern, Lehrer und Schüler.

Bei der Demonstration, an der 12 Kasseler Schulen teilnahmen, kam die Solidarität der Schüler, die schon vorher bestand, richtig zum Ausdruck. Bei der Abschlußkundgebung am Rathaus sprachen Vertreter von 4 verschiedenen Schulen; es zeigte sich jedoch keine Reaktion zuständiger Personen im Rathaus.
Aktion ergebnislos!

Auf Veranlassung des Öffentlichkeitsausschusses der JGS fand am Samstag, dem 6.11. der eigentlich schulfrei war, eine Innenstadtaktion statt. Daran beteiligten sich etwa 50 Schüler und einige Lehrer. Die schon erwähnte Liedergruppe fand großen Anklang bei den Passanten. Einige ließen sich Texte geben und sangen mit. Der Rest der Gruppe verteilte Flugblätter und sammelte Unterschriften. Da sich die Schüler Pappschilder umgehängt hatten, erregten sie Aufsehen und wurden daraufhin auch von Passanten angesprochen. Wir hörten Argumente wie: „Wir haben keine Kinder, das betrifft uns nicht", „Wenn wir unterschreiben, kommt noch die Polizei zu uns", Da habt ihr ganz Recht, laßt euch nur nicht unterbuttern." „Solche Forderungen muß man einfach unterstützen!"
Die Reaktion der Bevölkerung war überwiegend positiv, was sich auch an den 3500 Unterschriften zeigte; inzwischen sind es 4052.

Am Monat, den 8.11. fan in der 1. und 2. Stunde eine Vollversammlung ab Klasse 8 statt. Dort wurde abgestimmt, ob die JGS ab sofort bis einschließlich Mittwoch in einen aktiven Streik tritt. Das Abstimmungsergebnis lautete:

für sofortigen Streik: 837; für verschobenen Streik: 50; überhaupt keinen Streik: 29; Enthaltungen: 7; ungültige Stimmen: 1; insgesamt: 924 Stimmen. Nach der Abstimmung wurden die Aktionsprogramme von den einzelnen Gruppen für die Streiktage, also den 8.11, 9.11. und 10.11. ausgearbeitet. Im wesentlichen wurden die Aktionsgruppen von Freitag beibehalten. Es hatten sich allerdings neue Initiativen gebildet, z.B. : unterdrückte Lieder aus fünf Jahrhunderten; neue Filme; Interviews und die Planungsgruppe: Was machen wir nach dem Streik? .

Am 10.11. fand eine Demonstration zum Regierungspräsidium statt. Daran beteiligten sich über 10 000 Schüler, Eltern und Lehrer von 30 Schulen aus Stadt und Kreis Kassel. Das war die größte Demonstration seit Jahrzehnten in Kassel. Die Ursache dafür liegt bestimmt in der großen Solidarität der Schüler. Vor dem Regierungspräsidium sprachen Stadt- und Landesschulsprecher, Vertreter der GEW, Schulsprecher der JGS und der Regierungspräsident Dr.Vilmar, der von vielen Zwischen- und Buhrufen unterbrochen wurde. Anschließend wurde dem Regierungspräsidenten eine Resolution überreicht. Gleichzeitig wurde ihm ein Ultimatum von einer Woche gestellt. Wenn er in dieser Zeit keine konkreten Antworten auf unsere Forderungen gibt, sind weitere Aktionen geplant.

Mittlerweile wurde beschlossen, den Unterricht durch 74,1% hauptamtliche Lehrkräfte abzudecken. Nach Aussagen Dr.Vöglers sei dies aber kein Erfolg unserer Aktion, sondern wurde schon lange vor dieser beschlossen. Wir dürfen uns davon aber nicht beeindrukken lassen, denn wir fordern: 100%ige Unterrichtsabdeckung durch hauptamtliche Lehrkräfte!!

Schlußbemerkungen:
Trotz Streik wurden Referendarprüfungen durchgeführt. Aktive Mitarbeiter der Unter- und Mittelstufe. Trotz Androhung von Konsequenzen aktive Unterstützung von den Lehrern. An der Heckerschule, die sich unserer Aktion mit eigenen Forderungen anschloß, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Schüler, die sich auf der Vollversammlung zu Wort meldeten, wurden von dem Verfassungsschutz notiert."

(Aus einer Dokumentation der Schüler der Jacob Grimm-Schule)

Das Ultimatum der Kassler Schüler lief ab und als daraufhin versucht wurde, eine Urabstimmung zustandezubringen, wurde dieses Vorhaben der Schüler von der Schulleitung vieler Schulen verhindert. Ein stadtweiter Streik kam nicht zustande. Der 3.Dezember wird Aktionstag sein, an dem alles weitere beschlossen wird. Ziel ist, daß an allen hessischen Schulen gestreikt wird.

DER STREIK AN DEN HOCHSCHULEN VERBREITERT SICH

BERLIN 2.Dezember — Seit Dienstag, den 9.November wird bei den FU-Germanisten gestreikt. Nach einer Urabstimmung mit überdurchschnittlich hoher Beteiligung (mit 1.268 ja gegen 97 nein-Stimmen) war ein ‚militanter' Streik beschlossen worden. 'Militant' in dem Sinne, daß grundsätzlich keine Veranstaltung stattfinden sollte.

Hintergrund dieses Streiks war die Kündigung des linken Assistenten Dr.Rothe. Seit einigen Semestern schon wird systematisch versucht, den von der Studentenbewegung erkämpften linken Mittelbau zu dezimieren (und letztendlich abzuschaffen). Es hatte schon öfters Kampagnen, Aktionen, Streikversuche und dergleichen gegen diese Entwicklung gegeben. Mehr oder wenige erfolglos. Diesmal ‚militant' zu streiken, war der Versuch, tatsächlich jedem Seminar (auch eben den rechten) die Problematik Berufsverbot direkt aufzuzwingen.

Vor 2 Semestern hatte es den Lethen-Streik gegeben. (Dr.H. Lethen war entlassen worden), bei dem in jedem Seminar diskutiert werden sollte. Das Ergebnis war, daß dort diskutiert wurde, wo immer diskutiert worden war und in allen anderen Seminaren normal weitergearbeitet wurde. Um dies zu verhindern,wurde diesmal alles dicht gemacht (vorläufig für eine Woche). Danach erneute Diskussion, wie es weitergehen soll.

Getragen und vorbereitet worden war der Streik in den ersten Tagen von einem großen Teil nicht parteiorganisierter Studenten. In jedem Seminar war vor dem Streik ein Teilnehmer in den Delegierten bzw. Streikrat gewählt worden.

Auf einer Vollversammlung am 9.November wurde dann auch ein aktiver Streik beschlossen, d.h. es sollten Veranstaltungen stattfinden, die im normalen Unibetrieb wegkippen (§88a, Repression, Methodendiskussion, PP Zahl usw.) Auf der gleichen Vollversammlung wurde die Umbenennung des Instituts in ‚Peter-Paul-Zahl-Institut' beschlossen (was dann auch mit solidarischer Unterstützung der Genossen Pinsel und Farbe sofort öffentlich vollzogen wurde) Außerdem gab's noch ein go-in zum Präsidialamt und die Besetzung und Bemalung eines Raumes als Kommunikationszentrum (KOZ).

Der Streik weitet sich aus. Es kam heute zu mehreren Polizeieinsätzen mit Verhaftungen und Verletzten. Der Schwerpunkt der Einsätze war in den medizinischen Fachbereichen. Der Streik wird in den nächsten Wochen fortgesetzt werden.

Ein Erfolg des seit vier Wochen andauernden Germanisten-Streiks zeichnet sich ab, da der von einer politischen Entlassung bedrohte Germanistik-Dozent F.Rothe mit einer formalen Rüge ‚davonkommen' soll.

An der FU Berlin streiken heute folgende Fachbereiche: Medizin, Publizistik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Evangelische Theologie, Religionswissenschaften, Philosophie, Psychologie, Soziologie, Ethnologie, Handelslehre, Erziehungswissenschaften, Historiker, Politologen, Germanisten, Anglisten, Physiker, Biologen, Osteuropa-, Nordamerika- und Lateinamerika-Institut; weiterhin die Evangelische Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, die Pädagogische Hochschule, die Technische Fachhochschule, Staatliche Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik und an der TU der Fachbereich Bildungs- und Gesellschaftswissenschaften, außerdem die Postfachschule.

Gestern hat eine Demonstration mit ca. 20 000 Leuten stattgefunden. Hauptforderungen:
— Weg mit den Berufsverboten
— Gegen politische Disziplinierung
— Gegen Verschärfung der STudienbedingungen.

Obwohl die SEW offiziell an der Demonstration teilnahm,und sich somit in einer Aktionseinheit befand, versuchte sie, entgegen den Absprachen im zentralen Streikrat der FU, sich an die Spitze der Demonstration zu stellen. Dies wurde vereitelt und heute im Streikrat verurteilt.

AMT FÜR AUSBILDUNGSFÖRDERUNG BESETZT

AACHEN
24. November

Am 10. 11. besetzten rund 30 Kommilitonen auf spontanen Beschluß das Konferenzzimmer des Geschäftsführers des Studentenwerks, um ihrer Forderung nach sofortiger Abschlagszahlung (Vorschuß auf die zu erwartende Ausbildungsbeihilfe) Nachdruck zu verleihen. Ca. 3000 Kommilitonen waren zu diesem Zeitpunkt seit 1 1/2 Monaten ohne einen Pfennig Geld. Aus der eigenen Betroffenheit heraus und aus dem Protest gegen die miserable allgemeine soziale Situation der Studenten erhöhte sich die Zahl der aktiv Beteiligten schnell auf 300. An einer Demonstration am 12.11., die der Bevölkerung die Forderung der Studenten bekannt und verständlich machen sollte, beteiligten sich 500 Kommilitonen.

Die Taktik des Ministeriums, sich taub zu stellen und erst einmal abzuwarten, ob sich die Bewegung der Studenten nicht von alleine totläuft, änderte sich, als die Besetzer das erste Wochenende erfolgreich hinter sich gebracht hatten. Nun sah man sich genötigt, auf Konfrontationskurs zu gehen und startete den ersten Versuch, die Studenten an der Frage der Abschlagszahlung zu spalten. Auf Anordnung aus Düsseldorf (so nimmt man an) ließ Geschäftsführer Redding die Schalter des Bafög-Amtes schließen, schickte das Personal in eine Art Zwangsurlaub, wobei er Personalrat und Verwaltung des Studentenwerks geflissentlich überging. Damit sollten diejenigen, die aktiv für die Durchsetzung der sofortigen Abschlagszahlung eintraten, den Angriffen derjenigen ausgesetzt werden, die über ihren eigenen Bafög-Antrag nicht hinausdenken können (wollen). Die gute Mobilisierungs- und Informationsarbeit an den einzelnen Fachbereichen in Vorlesung, Übungen und Seminaren bewirkte jedoch, daß auf der als Reaktion auf die Maßnahme der Amtsschließung einberufenen Uni-VV aller Aachener Hochschulen die Frage der Fortsetzung nie Diskussionsgegenstand wurde. Am Tag dieser Uni-VV tagte außerdem der Verwaltungsrat des Studentenwerks, der sich einstimmig gegen eine weitere Schließung der BAFöG-Schalter aussprach.

Die nächste Initiative die studentische Aktion abzubiegen, ohne Zugeständnisse seitens der Landesregierung machen zu müssen und ohne zu dem unpopulären Mittel Polizei greifen zu müssen (wir hatten dafür wohl zuviel Verständnis und Sympathie für unsere Aktion erworben), ging von Landrat Schwarz aus, der sich bei der Kreissparkasse für uns arme Studenten einsetzte und die Gewährung eines Kredites zu einem geringen Zinssatz für jeden, der glaubhaft machen kann, daß er Bafög bekommen wird, erwirkte. Dahingestellt bleibt, wer nun wirklich hinter dieser Initiative steckt. Man muß allerdings feststellen, daß dies ein ungeheures Manöver ist, von der eigentlichen Problematik abzulenken. Die Studenten werden befriedet, indem man ihnen die Möglichkeit bietet, für ein paar Mark Zinsen aus ihrer Notlage wieder herauszukommen. Die Landesregierung kann sich geschickt aus der Affaire ziehen, wäre doch die Bewilligung der Abschlagszahlung eine exemplarische Handlung. Die Kreissparkasse profitiert auch nicht schlecht, dadurch, daß viele Studenten und andere sie aufgrund dieser „sozialen" Tat in positiver Erinnerung behalten werden.

Die Studenten sind im Endeffekt doch wieder die Verarschten, denn unser Kampf war doch vor allem darauf ausgerichtet, eine langfristige Lösung des Problems zu erreichen. Die Abschlagszahlung ist vom Land zu fordern, daran geht kein Kredit vorbei.

In der konkreten Aktion ist die Bereitstellung des Kredites nicht als endgültiger Erfolg zu werten, obschon man sehen muß, daß dieses Angebot nur aufgrund des entfalteten Drucks gemacht wurde und tatsächlich hier eine individuelle Hilfe darstellt.

Aber die Absicherung der Abschlagszahlung auf lange Sicht ist eine Notwendigkeit, für die wir eintreten müssen, sonst sitzen wir im nächsten Jahr wieder im Bafög-Amt und sind keinen Schritt weiter als heute.

Die nächste Aktionsversammlung entschied sich dennoch, zu diesem Zeitpunkt die Besetzung abzubrechen. Grundlage für diese Entscheidung waren die Erfahrungen, die bei der Mobilisierung der Studenten an den einzelnen Fachbereichen gemacht wurden. Nirgends wurde zwar die Aktion abgelehnt, rund die Hälfte der in Vorlesungen, Übungen und Seminaren nach ihrer Meinung befragten Studenten verhielten sich jedoch indifferent, d.h. enthielten sich der Stimme. Diesen Kommilitonen wurde das politische Verständnis und die Fähigkeit sich aktiv an der Besetzung zu beteiligen, nicht zugetraut. Daraus konnte nur der Schluß gezogen werden, die gesamte Problematik der sozialen Absicherung des Studiums an den Basisbereichen verstärkt zu diskutieren, dazu die anstehenden VDS-Aktionstage zu nutzen und in diesem Rahmen zu anderen Aktionen (Streiks?) zu kommen. Selbstverständlich hielt die Versammlung an der prinzipiellen Forderung nach Abschlagszahlung fest. Zum nächsten Semester stellen sich die Probleme gewiß mit gleicher Schärfe. Sollte keine positive Reaktion mehr seitens der Landesregierung kommen, wird es notwendig sein — um dem Minister die Angst vor Präzedenzfällen zu nehmen — zu Aktionen wie der Besetzung landesweit zu kommen.

DEMOKRATISCH GEWÄHLTE STUDENTENVERTRETUNGEN SOLLEN ABGESCHAFFT WERDEN

STUTTGART
1. Dezember

Die CDU-Landesregierung Baden-Württembergs (Filbingers Hoheitsgebiet) will der bayrischen Politik in nichts nachstehen. Die gesetzlich verankerten Organe zur Interessenvertretung der Studenten: AStA, Studentenparlament, Faschschaftsräte — sollen demnächst abgeschafft werden, wie in Bayern schon vor einigen Jahren geschehen. Nach Bekanntwerden des Planes wurde von den Studenten das Büro des AStA der Universität Stuttgart zunächst symbolisch dicht gemacht; Türen und Fenster wurden mit roten Brettern vernagelt, um die Studenten auf das Vorhaben der Landesregierung aufmerksam zu machen und um klarzumachen, welche Dienstleistungen der AStA in seiner tagtäglichen Arbeit für die Studenten erbringt. Ein Protestmarsch ins Rektoramt wird geplant und im Rahmen der VDS-Aktionstage wird nicht nur über die anstehende Sauerei informiert; in Hohenheim und Stuttgart soll der Uni-Betrieb zumindest drei Tage lang lahmgelegt werden.

AStA-Universität Stuttgart, Keplerstr. 17, 7000 Stuttgart
Tel.: 0711 / 20 73 793

STREIK AN DER KATHOLISCHEN FACHHOCHSCHULE

FREIBURG
30. November

Am Donnerstag, dem 25. 11., beschloß die Vollversammlung der Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen und Religionspädagogik in Freiburg, zu einem dreitägigen Warnstreik vom 30. 11.bis

2. 12. aufzurufen und sich damit dem bundesweiten Warnstreik der Fachhochschulen anzuschließen. Nach einer mehrstündigen Diskussion und aufgrund der Erfahrung, daß alle anderen Maßnahmen in den letzten Jahren erfolglos geblieben sind, stimmten 86,1 % der ungewöhnlich zahlreich teilnehmenden Studenten für den Streikaufruf.

Worum geht es?

1.

Nach dem Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 9.4.76 sollen künftig nur noch zwei bis drei % der Studienplätze an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen für Absolventen der Fachhochschulen (FH) freigestellt werden. Diese Regelung trifft die Studenten hart, für die der Weg über die FH der einzig mögliche Zugang zu einem Uni-Studium darstellt. Wie sich aus einer Umfrage des AStA ergab, ist davon ein hoher Prozentsatz der Freiburger FH-Studenten betroffen. Mit dem Streik soll der Forderung nach Chancengleichheit auf dem Bildungssektor, die auch laut DGB durch den Beschluß der Kultusministerkonferenz eingeschränkt ist, Nachdruck verliehen werden. Das heißt konkret: Die Erhaltung des Zweiten Bildungsweges durch Anerkennung des FH-Abschlusses als allgemeine Hochschulreife muß gesichert werden.

2.

In der letzten Zeit ist eine zunehmende Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten zu beobachten. Obwohl das Studentenwerk als staatliche Institution bereits 1975 einem Mindestbedarfssatz von 660 Mark errechnet hat, ist bis heute keine entsprechende Erhöhung durch Neuregelung im BAFÖG realisiert worden. Im Gegenteil: durch die versäumte Anpassung der Elternfreibeträge an die Lohn- und Geldwertentwicklung bedingt, sind Kürzungen der Förderungsbeträge bis zu 200 Mark keine Seltenheit. Zudem verschärft die Erhöhung des Darlehensanteils die finanzielle Notlage der Studenten. Die Studenten fordern deshalb soziale Absicherung des Studiums durch konstendeckende Ausbildungsförderung, d.h. heute mindestens 600 Mark BAFÖG-Satz und 1.200 Mark Elternfreibetrag, sowie die darlehensfreie Finanzierung des Zweitstudiums.

3.

Aus der spezifischen Situation an der Katholischen Hochschule resultiert die dritte Forderung nach der Verwirklichung demokratischer Grundrechte für die Studenten: Als eine der ersten Fachhochschulen der Bundesrepublik verfügt die Katholische FH Freiburg über ein Ordnungsrecht, das der Schulleitung die Regelung von Studenten ermöglicht, die wichtige demokratische Grundrechte wahrnehmen (z.B. Recht auf Meinungsfreiheit) und ein Klima der Angst erzeugt. Die Forderungen der Studenten richten sich deshalb vor allem auf die Aufhebung des Ordnungsrechts, sowie die Aufhebung der Genehmigungspflicht für studentische Gruppen. Ferner wird die gesetzliche Verankerung einer verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat angestrebt.

AUFRUF ZUM BUNDESWEITEN SCHÜLERTREFFEN

BIELEFELD
30. November

Wer schon beim Antirepressions-Kongreß im Sommer mit dabei war, weiß, die Zeit ist reif, daß die linken Schülergruppen untereinander mal zu einer besseren Zusammenarbeit kommen. Damals gings um Schülerzeitungen, SV-Arbeit, Aktionen gegen Prügelpädagogen und gegen Berufsverbote; irgendwie war 'ne unheimlich solidarische Stimmung und wir waren uns einig, daß es lohnt sich grade zu machen gegen diese ganze schulische Scheiße.

Jedenfalls wollen wir uns jetzt, zu „WEihnachten", wieder treffen und mehrere Gruppen aus allen Teilen der BRD haben auch schon zugesagt. Wir haben uns gedacht, diesemal sollten wir uns vor allem über zwei Fragen ausführlich unterhalten:

- Über den Plan der Kultusminister, mit Hilfe von **Normenbüchern** den Notendruck und die Auslese bundesweit zu verschärfen. (Selbst die GEW sieht darin den „gewaltigsten Einschnitt im Schulwesen seit 1945")
- Über die Erfahrungen im Kampf gegen die **Schulgesetze**, die zum Teil gegen massiven Widerstand der Schüler durchgesetzt werden sollen und einschneidenden Abbau demokratischer Rechte zum Ziel haben.

Wir wollen sehen, was wir gemeinsam dagegen machen können. Daneben soll natürlich auch Zeit bleiben für die Fragen und Probleme, die sich sonst so bei der Arbeit in der Schülergruppe auftun und bei Bedarf sollten wir auch Arbeitskreise bilden. Schließlich wollen wir auch einen Weg finden, wie wir die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch fortsetzen können.

Wer also glaubt, daß ihm die Sache was bringt, der soll sich auf die Socken machen. Willkommen sind alle fortschrittlichen Schüler und Schülerinnen (Schülergruppen, Schülerzeitungen, einzelne GEnossen etc.). Damit sich die Sache besser organisieren läßt (Schlafplätze usw.) meldet euch bitte an bei:

Schülergruppen- Contaktbüro
c/o
Ilona Hellweg
Bünder Str. 47
4800 Bielefeld 1

Von da bekommt ihr auch die Arbeitsunterlagen für die wichtigsten Diskussionspunkte zugeschickt.

Termin: Montag, 27.12. (nachmittags) bis Donnerstag, 30.12. (mittags).

SCHÜLERGRUPPEN CONTAKTBÜRO BIELEFELD
SCHÜLERFORUM WESTBERLIN
SOZIALISTISCHER SCHÜLERBUND HAMBURG

JUGENDPOLIZISTEN FÜR FRANKFURT – DIE ZUSTÄNDIGEN BEI DER STADT UND DER POLIZEI DRÜCKEN SICH

FRANKFURT
29. November

Das Teach-in zum Jugendpolizisten in Frankfurt am 25. November (ID 151) fand – wie zu erwarten war – ohne die leitenden Damen und Herren der Stadt und der Polizei statt. Zu Beginn der Veranstaltung wurden die teils recht komischen telefonischen und schriftlichen Absagen bekanntgegeben und mit den entsprechenden Kommentaren der anwesenden Jugendlichen und Sozialarbeiter garniert. Es waren ca. 800 meist junge Leute gekommen, aber hin und wieder war auch ein unzufriedener „Berufsjugendlicher" älteren Jahrgangs zu erblicken.

Neben einigen allgemeinen Einschätzungen zum Jugendpolizisten schilderten einige Jugendliche und Jugendhausmitarbeiter ihre Erlebnisse z.B. in dem Jugendclub der Polizei in Mannheim, in dem nur solche Jugendliche aufgenommen werden,die so kriminell sind, daß das schon nicht mehr normal ist, die aber auch wieder nicht so kriminell sein dürfen, daß sie schon „nicht mehr zu retten"sind. Die Polizei kann bei diesen Jugendlichen nach dem Bericht der Leute, die dort waren, erhebliche Faschisierungsergebnisse vorweisen.

Andere haben sich in München informiert, wo es Jugendpolizisten jetzt seit zwei Jahren gibt. Parallel zu den Jupos gibt es in München „Street-Worker", von der Stadt eingesetzte Sozialarbeiter. Die Taktik der Jugendwachtmeister ist es, permanent mit diesen verwechselt zu werden, was ihnen auch eine zeitlang recht gut gelungen ist. Die Jugendlichen haben sich mit ihren Sorgen und Nöten an die vermeintlichen Sozialarbeiter von der Polizei gewandt und werden jetzt in den prima bayrischen Strafanstalten „resozialisiert", wie das heute heißt ... Allerdings hatte das auch zur Folge, daß die Jugendlichen jetzt keinem „Street-Woker" oder Sozialarbeiter mehr über den Weg trauen, weil sie annehmen müssen, daß die Bullenfunktionen übernehmen. Damit wird die Arbeit der Sozialarbeiter, die mit Jugendlichen in einer Art arbeiten wollen, die dem Staat vielleicht nicht so recht ist, zerstört und unmöglich gemacht.

Ein erbauliches Zwischenspiel fand statt, als im Publikum vier der zukünftigen Jugendpolizisten gefunden wurden. Sie waren nicht schwer zu entdecken, denn sie legten es direkt darauf an, schnell als solche erkannt zu werden. Besonders delikat: einer der vier wurde von einem Genossen als ein Beamter aus dem zivilen Begleitkommando während der „Winterreise" 1974 erkannt. Vors Mikrophon gebeten versuchten zwei der Beamten auf die Mitleidsdrüse zu drücken. Der eine meinte, er hätte das Verbot gekriegt, auf der Versammlung was zu sagen, zu diesen Polizeibelangen. Der Andere fing an: „Auch ich bin Arbeitnehmer und Gewerkschaftsmitglied in der ÖTV ...", weiter kam er nicht. Nach einigen lebhaften Diskussionen wurden die vier des Saales verwiesen, gemäß der Forderung des Plenums, entweder was zu sich als Jupos zu sagen oder abzuhauen.



An diesen Diskussionen wurde allerdings auch schon klar, wie schwierig das mit den Jupos in Frankfurt werden wird. Dadurch, daß die vier sich freiwillig zu erkennen gaben, entstand große Verwirrung im Saal. Ein Bulle war bisher immer ein Bulle mit Schlagstock und Chemical Mace oder ein Spitzel. Und dazwischen gabs sonst nichts. Diese sich offensiv und kooperativ gebenden Jupos sind etwas Unbekanntes, etwas, mit dem wir noch nicht umgehen können. Die Jugendlichen im Saal hatten erhebliche Schwierigkeiten, das Quartett an die frische Luft zu setzen.

Nach diesem bedeutsamen Zwischenfall gab es weiter INformationen aus anderen Städten und allgemeine Einschätzungen. Die wurden durch einige Beiträge von Jugendlichen etwas aufgelockert. Ein Jugendlicher bekannte ganz offen, daß es ihm auf dieser Veranstaltung nur deswegen möglich sei, das Maul aufzumachen, weil er schon reichlich „beheft" (für Nicht-Frankfurter: besoffen) sei. Diese Redebeiträge richteten sich aber dann gegen die Jugendpolizisten, was den Rednern denn auch den artigen Beifall der meist linken Sozialarbeiter einbrachte. Eine Mitarbeiterin des Jugendamtes forderte in einem Beitrag, daß Informationen wie z.B. über den Jupo, die die Stadt und die Ämter schon sehr früh erhalten, die sie aber bis zu ihrer Ausreifung horten und dann mit geschaffenen Tatsachen die Öffentlichkeit überfallen, daß sowas durch Mitarbeiter in den Ämtern schon früher das Licht der Öffentlichkeit erblicken muß. Sie erzählte, daß in letzter Zeit die Polizei wieder Schutzstreifen einsetzte, die in Kneipen nach zehn Uhr nach sehen, wer da noch jugendlich ist. Diese Schutzstreifen waren in den sechziger Jahren abgeschafft worden. Außerdem bestünden Pläne, nach den letzten Schwierigkeiten in Frankfurter Jugendwohnheimen wieder zu geschlossenen Heimen auf dem Land zurückzukehren.

Zum Schluß wurde ein ausgezeichneter Film zum Jupo gezeigt, den Jugendliche und Jugendhausmitarbeiter des Jugendhauses Frankfurt Niederrad hergestellt haben. Dieser Film sollte, wenn er technisch endgültig fertiggestellt ist, oft und überall gezeigt werden.

Die Mitarbeiter des Vereins Arbeits- und Erziehungshilfe (der Verein unterhält in Frankfurt z.B. die Jugend- und Drogenberatungsstelle drop-in und zahlreiche Wohnkollektive nebst Jugendheimen für gefährdete Jugendliche) haben eine Stellungnahme zur Schaffung von Jugendpolizisten-Stellen für Frankfurt an die Oberen bei Stadt und Polizei geschickt, in der sie sich eindeutig gegen Jugendpolizisten aussprechen und erklären, daß sie auf keinen Fall mit diesen in irgendeiner Form zusammenarbeiten werden, sollten Stellen für sie in Frankfurt doch eingerichtet werden.

Die „Fortbildungsveranstaltung des Jugendamtes zur Konzeption der Jugendpolizisten in Frankfurt" (ID 153), die am 2. Dezember stattfinden sollte, ist zunächst auf den 9. Dezember und nun freibleibend auf den 16. Dezember verschoben worden. Und das deswegen, weil die Polizei trotz mehrmaliger „verbindlicher" Zusagen ihre Konzeptionsvorstellungen und -entwürfe immer noch nicht vorgelegt hat. Nach der Veranstaltung vom 25. November wurde nun beschlossen, dieses Thema doch nicht direkt mit den Beteiligten von der Basis (den 50 ausgewählten „lieben Mitarbeitern") sondern zuerst in den oberen Stadtgremien zu behandeln, bevor man sich damit an die Basis wagt. Ob wir uns nun endlich am 16. Dezember werden fortbilden können, steht freilich in den Sternen.



POLIZEILICHE JUGENDARBEIT

Mit welchen Vorstellungen die Polizei an die ‚Jugendarbeit' geht, mag ein Bericht aus dem Jugendhaus Eschersheim vom September letzten Jahres verdeutlichen. Damals ging ein JH-Mitarbeiter zum zuständigen Revier, um über das nach wiederholten Polizeieinsätzen reichlich belastete Verhältnis zur Polizei zu reden. Aus dem Bericht des JH-Arbeiters:

„Ich wies darauf hin, daß von den Jugendhausbesuchern allgemein keine Provokationen zu Schlägereien ausgingen und diese auch gerne Schlägereien vermeiden möchten. Darauf wurde mir erwidert, daß sie über alles genauestens informiert seien. In den letzten drei Wochen seien alle Personen, die ins JH ein- und ausgehen von benachbarten Wohnungen aus mit Teleobjektiv fotografiert worden, sowie Fahrzeuge für die Ermittlung der Personalien. Ebenso hätten sie abends nach Schließung des Jugendhauses die Wege der Jugendlichen überwacht und immer wieder feststellen müssen, daß von ihnen erheblicher Sachschaden an Häusern und Autos angerichtet wird. Ein anderer Beamter betonte, daß das alles auf das Jugendhaus selbst zurückzuführen sei, wo kriminelles Verhalten nicht durch konsequentes Eingreifen seitens der Sozialarbeiter verhindert wird und womöglich noch Unterstützung findet.

Mein Einwand, daß dies doch wohl in keinster Weise stimme und daß es in den letzten 2 Jahren keinen Anlaß gegeben habe, Beschwerden gegen das Jugendhaus zu führen, wurde mit der Bemerkung zurückgewiesen: „Wir wissen doch, was bei euch los ist und wer bei euch alles verkehrt. Rausschmeißen müte man alle und mit Handschellen zur Zwangsarbeit ins Moor abführen." Der Revierleiter entgegnete seinem Kollegen, daß Rausschmeißen nicht die beste Lösung sei, denn die würden ja doch wiederkommen. Vielmehr sollte man mit dem Gummiknüppel dazwischen schlagen, denn wer diesen an den Kopf kriegt, käme sicherlich nicht mehr wieder und drei andere, die das sehen würden, auch nicht mehr.

Er legte seinen Schlagstock auf den Tisch und meinte: „Diesen habe ich schon vielen an den Kopf geschlagen und eine Gehirnerschütterung haben die Betroffenen immer davongetragen." „Im übrigen ist das immer noch die beste Methode, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, was ja unsere Aufgabe ist."

JUPOS IN BERLIN

In Berlin, wie in anderen Städten, gibt es bereits 60 Polizisten gegen die Jugend. In einem informellen Gespräch von Sozialarbeitern, Senat für Familie, Jugend und Sport,und Jugendpolizisten, wurde über Praxis und Aufgabenbereich der Jupos mit dankenswerter Offenheit geredet. Aus einem zusammenfassenden Gesprächsprotokoll eines Sozialarbeiters:

Die Ausbildung zum Jupo erfolgt in einem vierteljährigen Lehrgang. Unterrichtsfächer sind u.a. Politologie und Psychologie. Die Beamten melden sich freiwillig zum Dienst als Jupo.

Aufgabenbereich des Jupos sind:

1. Überwachung von Demonstrationen
2. Kontrolle der Rauschgiftszene
3. Kontaktaufnahme mit Jugendlichen in Kneipen und Jugendclubs
4. Überwachung von Wohngemeinschaften.

Die Jupos geben sich während der Einsätze als solche zu erkennen und weisen auch auf ihren Strafverfolgungszwang hin. Das Verhältnis des Jugendlichen zur Polizei soll durch den Einsatz der Jupos verbessert werden. Zwischen den Jupos und Sozialarbeitern besteht keine Zusammenarbeit,sondern nur ein ‚Abbau von Vorurteilen' und ein ‚Austausch von Informationen'. (Es war während des Gesprächs nicht herauszubekommen, ob eine Aussagepflicht der Sozialarbeiter gegenüber den Jupos besteht.)

METALL-TARIFFORDERUNGEN: UM 12 PROZENT — VIELE WOLLEN FESTBETRÄGE

OFFENBACH 2. Dezember ,,Express" — Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit bringt in Nr. 12 die Forderungen aus einigen wichtigen Betrieben und Verwaltungsstellen der IG-Metall für die Tarifverhandlungen der Beschäftigten der metallverarbeitenden Industrie (ausführliche Analyse siehe ,,Express"):

TARIFGEBIET NORDRHEIN-WESTFALEN

AEG-Kanis Essen	12%
Mannesmann Rohrleitungsbau Wanne Eickel	12%
Schwind Wanne-Eickel	11,5%
Küppersbusch Gelsenkirchen	12%
Schalker Eisenwerke Gelsenkirchen	12%
Seibild Bottrop	11%
Pierburg Neuß	13%
Opel Bochum (die ,,Gruppe oppositioneller Gewerkschafter -GOG- hatte 250 Mark angeregt)	220 Mark
Philips Aachen	11%
Singer Aachen	12%
Valvo Aachen	12%
Telefonbau und Normalzeit Aachen	12%
Felten & Guilleaume Köln	11,5%
Fordwerke Wülfrath	11%
Vertreterversammlung der IGM	
— in Gelsenkirchen	9,5%
— in Aachen	11%

TARIFGEBIET UNTERWESER

Bremer Vulkan	210 Mark
Kleinschatzlin & Becker Bremen	mind. 150 Mark, 12%
Spinnbau Farge Bremen	173 Mark
Howaldtwerke/Deutsche Werft Kiel	1 Mark pro Std. für alle

TARIFGEBIET HESSEN

Teves Frankfurt	mind. 120 Mark 12%
Thyssen-Henschel Kassel	13%
Hanomag-Henschel Kassel	12%
Henschel Flugzeugwerke Kassel	13%
Wegmann Kassel	12%
Opel Rüsselsheim	6% + 120 Mark
Vertreterversammlung der IGM Darmstadt	6% + 120 Mark

TARIFGEBIET NORDWÜRTTEMBERG /NORDBADEN

John Deere Mannheim	12%
Graubremse Heidelberg	6% + 70 Mark
Teldix Heidelberg	170 Mark
Mann & Hummel Lu dwigsburg	14%
Bero Ludwigsburg	5,5% + 90 Mark

TARIFGEBIET BAYERN

Grundig Nürnberg	12%

Die genaue Zeit.

Zahlreiche Zuschriften aus unserm lieben Leserkreise weisen auf mißliche Zeitverhältnisse hin. Wir haben uns daher entschlossen, von nun an täglich in unserem Blatte die genaue Zeit anzugeben.

Es ist jetzt genau 12 Uhr.

Die Direktion der Münchner Neuesten Nachrichten.

DGB-CHEF SICKERT: ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN UM JEDEN PREIS

BERLIN 2. Dezember In einer Stellungnahme des Berliner Landesbezirks des DGB zur Arbeitsmarktlage in West berlin vom 30.11. wir d die Vollbeschäftigung zum obersten Ziel aller Wirtschaftspolitik erklärt.

Zur Erreichung dieses Zwecks sind DGB-Chef Sickert alle Mittel recht. Zunächst macht er große Hoffnung auf die Nutzung der Kernenergie in Westberlin und fordert den Senat auf, sich dann ,,nicht von oft mit egoistischen Betrachtungsweisen versehenen und einseitig denkenden und handelnden Bürgerinitiativen beeinflussen zu lassen." Er läßt eine weiter Katze aus dem Sack: ,,Die Alliierten, die Bundesrepublik und der Senat werden aufgefordert, das Verbot der Rüstungsproduktion in unserer Stadt insoweit zu überprüfen, insoweit Produktion, die sowohl für den zivilen als auch für den militärischen Bereich Verwendung finden können, doch in unserer Stadt betrieben werden können."

Komentar überflüssig!

Bloß, sie können nicht nur große Reden schwingen. Das zeigt das plötzliche Ausscheren der Gewerkschaft - Gartenbau - Landwirtschaft und Forsten aus der Bürgerinitiative Oberjägerweg. Sickert hat natürlich jede Einflußnahme in dieser Sache abgestritten.

SPÄTE RACHE FÜR SOLIDARISCHE AKTION

NEU ISENBURG 2.Dezember Wie alljährlich suchte die Firma Chrysler/Simca in Neu-Isenburg (Auslieferungslager für die BRD) auch dieses Jahr wieder Aushilfskräfte für die Inventur am Wochenende des 28./29.November. Allerdings wurden alle, die im vergangenen Jahr bei der Inventur mitarbeiteten, nicht noch einmal eingestellt. Die Begründung der Firma: es hätten sich schon genug beworben. Der wirkliche Grund: die Aushilfskräfte hatten sich im Vorjahr gegen Willkür gewehrt. Damals schrieb die Frankfurter Rundschau (10.12.75):

„Ein Lehrstück in Sachen Solidarität lieferten in diesen Tagen 105 Jugendliche, die mit Aushilfsarbeit bei der Firma Chrysler in Neu-Isenburg ihr Taschengeld aufbessern wollten: Für zwei Tage Schrauben-, Muttern- und sonstige Autoteile-Zählen sollte jeder von ihnen 128 Mark bekommen. Als den rund 35 Mädchen des ‚Zähl'-Trupps der halbe „Verdienst flöten zu gehen drohte, weil ihnen nach dem ersten Arbeitstag erklärt wurde, sie brauchten nicht wiederzukommen, solidarisierten sich die Jungen: Entweder alle arbeiten oder keiner.

Der schnelle Entschluß, sich von den Mitarbeitern der Firma Chrysler, die die Inventur beaufsichtigten, nicht auseinanderdividieren zu lassen, sondern gemeinsam auf der Einhaltung des mündlichen Vertrages zu bestehen, wurde schließlich von Erfolg gekrönt: für die Mädchen wurden 100 Mark Bezahlung für einen Arbeitstag ausgehandelt. „Das war ein ungeheuer gutes Erlebnis – wie schnell wir uns mit den Jungen – die in einer anderen Halle gearbeitet haben als die Mädchen – einig werden konnten", erzählt eine der Betroffenen.

Am Ende des ersten Arbeitstages, in dessen Verlauf die Mädchen sich zu immer schnellerem Arbeiten angetrieben fühlten, war ihnen erklärt worden, ihre Arbeit sei erledigt. Noch in der Werkhalle selber, aber auch anschließend im Jugendzentrum in der Frankfurter Straße besprach ein Großteil der Beteiligten, wie verhindert werden könnte, daß der Gruppe Mädchen der Lohn auf diese Weise gekürzt würde.

Sie entschieden sich für das Ultimatum und hatten Erfolg: Das Geld ist inzwischen überwiesen. Der Personalchef der Firma Chrysler Dr.Dietrich Glässing erklärte zu dem Vorfall, daß nicht genau von vorneherein abzusehen sei, wieviele Mitarbeiter wie lange bei der Inventur beschäftigt werden müßten. Mit Sicherheit seien nicht absichtlich zu viele eingestellt worden. Den mündlichen Vertrag habe Chrysler selbstverständlich als bindend angesehen. Dabei sei allerdings nicht auszuschließen, daß „er einvernehmlich gelöst" werde. Von Einvernehmen kann in diesem Fall keine Rede sein. Meinte eines der Mädchen: „Wir hätten eigentlich auf dem vollen Betrag bestehen sollen, den hätten wir dann wahrscheinlich auch bekommen.""

Alle, die sich im vergangenen Jahr an dieser solidarischen Aktion beteiligt hatten, wurden diesmal trotz rechtzeitiger Bewerbung nicht genommen. Doch damit Simca auch dieses Jahr Aushilfskräfte bekommt, die nicht alles mit sich machen lassen, haben die Leute vom letzten Jahr ein Flugblatt gemacht, in dem sie beschrieben, wie es ihnen ergangen ist und in dem es am Schluß heißt:

„Deshalb Kollegen, empfehlen wir Euch:

1. Arbeitet langsam
2. Legt in abgezählten Kästen Zettel mit der Stückzahl (Trotzdem nicht schneller arbeiten)
3. Laß Euch nicht von den Weißkitteln schikanieren.
4. Wehrt Euch, wenn Euch ähnliches passiert wie uns."

ERKLÄRUNG DER REVOLUTIONÄREN ZELLEN ZUM ANSCHLAG AUF US-OFFIZIERSKASINO

FRANKFURT 2.Dezember „Die Revolutionären Zellen haben heute im militärischem Sperrgebiet der Rhein-Main-Airbase das Offizierkasino durch einen Bombenanschlag zerstört. Dieser Anschlag führt den antiimperialistischen Kampf in der BRD weiter und hat das Ziel, den Feind anzugreifen und zu demoralisieren. US-Offiziere und Generale sollen sich nicht mehr fett und sicher in ihren Kasinos an Tel Saatar und Entebbe besaufen können.

Die Rhein-Main-Airbase der US-Armee stellt die direkte und wichtigste militärische Verbindung zu den USA her. Sie dient als Knotenpunkt für die amerikanischen Militärbasen in Europa, Asien und Afrika und ist mit einer kompletten Telekommunikationseinheit der CIA ausgerüstet.

Die dort eingesetzten Agenten haben bereits reiche Erfahrungen bei geheimen Militäroperationen in Vietnam, Kinshasa, auf Manila und den Philippinen gesammelt. Daß gerade die BRD so vollgestopft ist mit US-Militär, US-Kapital und Geheimdiensten hängt damit zusammen, daß sie sich hier heimisch fühlen. Der US-Imperialismus fühlt sich in seiner Hauptfiliale, der imperialistischen BRD sicher, sicherer als sonstwo auf der Welt.

Mit dem Imperialismus zu leben, heißt noch viele Chiles möglich machen, zu dulden, daß England weiterhin Nordirland blutig besetzt hält, daß die BRD den Revolutionsprozeß in Portugal abwürgt. Heißt dem Völkermord an den Palästinensern zuzusehen und ermöglicht die „Befriedigungsstrategie" in den südafrikanischen Ländern, die nur die Einführung des Wirtschaftskolonialismus zum Ziel hat.

Mit dem Imperialismus leben heißt zuzusehen, wie CIA, ITT, Chase Manhatten und Siemens in den 70iger Jahren Lateinamerika wieder fest in ihren Krallen haben und einen ganzen Kontinent die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben mit Folter, Maschinengewehren und Coca Cola ausgetrieben haben. Heißt tatenlos zusehen bei der weltweiten Hatz auf Widerstandskämpfer.

Imperialistische Kultur ist Todeskultur: Sie mißhandelt ihre Kinder, mißachtet ihre Alten, sie läßt Menschen zu Plasticpeople erstarren und programmiert Emotionen, Denken und Verhalten. Es mag sein, daß wir mehr essen und über Geräte verfügen, aber wir sind unter Konkurrenzdruck, unsicher und in Angst. Unsere Arbeit ist bedeutungslos, der Verschleiß ist vorprogrammiert. Wir sind technologisch am weitesten fortgeschritten, Fortschritt der immer mehr Menschenleben fordert: Hiroshima, Contergan, Seveso, Grundremmingen, Krebs durch Vergiftung von Wasser, Luft und Lebensmittel sind einige der tödlichen Meilensteine.

Die militärisch-psychologische Kriegsführung gegen die eigene Bevölkerung ist längst Realität und wird ständig perfektioniert:So probt die US-Armee die Verseuchung von U-Bahnschächten mit tödlichem Gas und von Wasserleitungen mit tödlichem Gift, baut in West-Berlin eine Geisterstadt um Einsätze gegen mögliche Unruhen und Aufstände in der deutschen Bevölkerung zu üben, pumpt die BRD voll mit Atom- und H-Bomben.

Das meint:
imperialistische Kultur ist ein Todeskultur

ANTIIMPERIALISMUS IST UNSERE KULTURREVOLUTION FÜR EIN NEUES LEBEN VON AUTONOMEN VÖLKERN MIT FREIEN MENSCHEN"

Die Frankfurter Rundschau berichtet im Lokalteil vom 2. Dezember u.a.:

„Die Detonation ereignete sich gegen 13 Uhr in dem verschachtelt gebauten Casino. Die Druckwelle schleuderte einen Teil der Dachkonstruktion durch die Luft. Zwar befanden sich zu dieser Zeit einige Dutzend Offiziere und Zivilisten in dem aufwendig ausgestatteten Club, doch wurde nur einer von ihnen verletzt. Beim Sprung aus einem Fenster brach er sich ein Bein.

(...)Über 100 Feuerwehr leute waren bis in die Nachtstunden mit Löscharbeiten beschäftigt. Der Schaden wurde von den Amerikanern mit 2,3 Millionen Mark angegeben.

(...)Über die Ursache der Explosion wollten US-Dienststellen am Mittwochabend „keinerlei Spekulationen" anstellen, solange die „Untersuchungen noch ausstehen". Gerüchte über einen möglichen Bombenanschlag wurden durch Angaben eines US-Soldaten bestärkt. Ein Sergeant sagte zu Journalisten am Brandort, man habe einen sportlichen jungen und dunkelhaarigen Mann in Jeans und Pullover unmittelbar nach der Explosion aus dem Eingang rennen sehen. Diesen Mann habe niemand gekannt, und er sei auch nicht mehr auffindbar gewesen. (Das Flugplatzgelände ist auch Zivilisten zugänglich)."

IMMER MAL WIEDER: POLIZEIALLTAG

AACHEN 2.Dezember Der folgende Bericht wurde als Leserbrief an die zwei Aachener Tageszeitungen geschickt:

Am Donnerstag, 25.November stand in der AVZ und AN unter der Überschrift ‚Verfolgungsjagd durch Innenstadt' bzw. ‚Wilde Jagd durch die Innenstadt' ein Polizeibericht. Ein Bericht, schon fast alltäglich. Er wäre es bestimmt auch für uns gewesen,hätten wir ncht einen Teil, im Bericht lapidar als ‚Festnahme' bezeichnet, selbst miterlebt.

Wir wollen hier versuchen, den Ablauf aus unserer Sicht und unserem Erleben darzustellen. Und zwar deshalb, weil wir es richtig und wichtig finden, auch einmal eine nicht unbedingt in der Presse üblichen Darstellung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Am Dienstag, den 23.November gegen 24 Uhr befanden wir uns in unmittelbarer Nähe, als ein Streifenwagen frontal auf einen grünen R 4 auffuhr. Ein weiteres Auto kollidierte von hinten, wie wir später feststellten, ein Zivilwagen der Kripo. In den folgenden Sekunden erlebten wir ein Schauspiel äußerster Brutalität: aus beiden aufgefahrenen Fahrzeugen sprangen Männer, die die beiden verstörten Insassen des R 4 mit brutalen Schlägen aus dem Wagen holten. Und vor dem Auto weiter auf Gesicht und Körper einschlugen. Keiner der beiden unternahm einen Versuch, sich zu wehren. Sie wurden daraufhin in zwei verschiedene Autos gesteckt, auch hier wurden sie noch massiven körperlichen Angriffen ausgesetzt. Innerhalb weniger Minuten waren fünf Polizeiwagen – Zivil- und Streifenwagen – zur Stelle. Und somit eine beträchtliche Anzahl uniformierter und ziviler Polizeibeamter. Uns war die Situation anfangs vollkommen unverständlich. Wir bekamen keine Antwort auf unsere Fragen nach dem Grund der in unseren Augen außerordentlich brutalen Vorgehensweise. Im Gegenteil wurde uns gesagt, daß uns das nicht angehe und wir sollten gefälligst verschwinden. Erst viel später ließ sich der zuständige Einsatzleiter herab, uns nähere Auskunft zu geben.

Auf unsere Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Gewaltanwendung – die beiden hatten wohlgemerkt weder einen Fluchtversuch unternommen geschweige denn, den Versuch sich zu wehren – wurde uns gesagt, daß die Polizei schon selbst wisse, was angemessen wäre und die Vorgehensweise entspräche dem Üblichen (!). Außerdem kam das Argument, die Polizeibeamten seien erregt gewesen. Dies Argument erschien uns wenig plausibel in Anbetracht der Tatsache, daß neben dem wahnsinnigen Polizeiaufgebot die lähmende Angst der Verfolgten die Situation vielmehr charakterisierte. Bezeichnenderweise war keiner der Beamten bereit, Name oder Dienstnummer anzugeben, nachdem sie eine Erklärung nicht für notwendig gehalten hatten.

Aktionen dieser Art haben in der BRD schon oft genug zum Tod der Verfolgten geführt und spiegeln den gesellschaftlichen Hintergrund des ‚Modell Deutschland' wider. Immer wieder ist von Polizeieinsätzen die Rede und immer wieder wird es zur Selbstverständlichkeit, daß Gewalt angewandt wird. Daß diese Gewalt sich nicht nur gegen mutmaßliche ‚Straftäter' richtet, sondern ebenso gegen Menschen, die ihr Recht fordern, davon zeugen nicht zuletzt 500 Verletzte von Brokdorf.

POLIZEIÜBERFALL AUFS JUGENDZENTRUM

NEU-ISENBURG 2. Dezember In einem Flugblatt des Jugendzentrums Neu-Isenburg heißt es:

„In der Nacht zum 27.11.76 gegen 2,15 Uhr kamen 8 Polizisten ins Isenburger Jugendzentrum. Zwei Polizisten kamen hinter die Theke und fragten nach dem Verantwortlichen. Da um diese Zeit wegen der Sperrfrist niemand mehr Thekendienst hatte, erklärten sich alle Anwesenden gemeintschaftlich für verantwortlich. Daraufhin verließen die Polizisten kommentarlos das Haus. Danach umstellten sie das Gebäude und hinderten die Anwesenden daran, das JUZ zu verlassen. Mittlerweile waren etwa 20 Polizisten mit 9 Einsatzwagen ums JUZ verteilt, außerdem hatten sie Schäferhunde dabei.

Ein Gast wurde beim Verlassen des Hauses von drei Polizisten festgehalten und brutal niedergeknüppelt. Einer der Polizisten hatte den Polizeihund an der Leine, der den jungen Mann übelst zurichtete. Danach wurde er in einen Einsatzwagen geprügelt. Ärztliche Hilfe wurde ihm verweigert.

Daraufhin machte sich im JUZ eine Panikstimmung breit. Die Besucher versuchten aus Fenstern und Türen aus dem JUZ zu gelangen. Dabei wurden sie von den Schlagstöcken der Polizisten empfangen, weitere Personen wurden verletzt und drei Jugendliche festgenommen. Auf Leute, die sich den Schlägen entziehen wollten wurden die Polizeihunde gehetzt. Dabei wurde nochmals ein Jugendlicher gebissen.

(siehe Bild)



Die vier willkürlich Festgenommenen wurden zur Wache transportiert.Dort ließ man sie nach Personalaufnahme(ca. 1/2 – 3/4 Std.) wieder laufen. 5 Leute wurden mit Privatwagen ins Dreieich-Krankenhaus zur ärztlichen Behandlung gefahren. Sie hatten starke Bißwunden, Prellungen und Blutergüsse an Oberkörper und Kopf.

Es ist klar, daß dies kein routinemäßiger Einsatz, sondern ein bewußt geplanter Überfall war, der einen Angriff auf das selbstverwaltete JUZ darstellt. Schon in letzter Zeit kam es zu Übergriffen der Polizei im JUZ. So kamen fast allabendlich Polizeibeamte ins JUZ um uns zu kontrollieren und einzuschüchtern. Es kam sogar schon vor, daß Polizisten ohne ersichtlichen Grund mit Maschinenpistolen auftauchten. Diese Aktion dient dazu uns, die Jugendlichen zu kriminalisieren und in der Bevölkerung eine Stimmung gegen das selbstverwaltete JUZ zu schaffen. Die Stadt will damit einen entscheidenden Angriff gegen die Jugendlichen führen. So ist es dem Magistrat bereits gelungen, das JUZ in Gravenbruch vollständig unter Kontrolle zu bringen und den Club Voltaire zu schließen.

Einen ähnlichen Polizeieinsatz gab es schon im November 1973 gegen den Club Voltaire, wobei über 20 Jugendliche zusammengeprügelt und festgenommen wurden. Die Absicht, den Club Voltaire als eine selbstverwaltete Einrichtung der Jugendlichen zu schließen wurde damals von den Jugendlichen verhindert. Erst im Januar 1976 gelang es Stadtrat Becker den Club Voltaire unter dem Vorwand „brandschutztechnischer Gründe" dicht zu machen. Daß wir uns durch solche Methoden nicht einschüchtern lassen, zeigt unser entschlossener Kampf für die Bereitstellung neuer Räume.

Unsere selbstverwalteten Einrichtungen waren der Stadt schon immer ein Dorn im Auge. Deshalb versucht sie auch mit allen Mitteln diese Bewegung zu zerschlagen, um alles unter ihre Kontrolle zu bringen. Diese Einschüchterungs- und Spaltungsversuche der Stadt und Polizei werden uns nicht daran hindern, den Kampf um unser Jugendzentrum und um einen neuen geeigneten Raum für den Club Voltaire entschlossen weiterzuführen."

NEUE INFORMATIONEN ZU K.H. ROTH

BREMEN/BOCHUM
24. November

Vom Komitee Haftverschonung für K.H. Roth erhielten wir den neuen Rundbrief zu Karl-Heinz' Gesundheitszustand und dem Stand der Prozeßvorbereitungen gegen ihn.

ERNEUT VERSCHLECHTERUNG DER GESUNDHEITSSITUATION VON KARL-HEINZ ROTH

Einigen Lesern unseres Infos schien die Nachricht von der gesundheitlichen Besserung im August und September zu bedeuten, daß auch hier wieder versucht worden war, mit übertriebenen Meldungen über eine lebensgefährliche Situation Solidarität zu manipulieren oder erzwingen. So sehr wir uns jedoch über jede kurzfristige Besserung gefreut haben, so haben wir doch immer wieder darauf hingewiesen, daß der Zusammenhang zwischen der erheblichen Verdauungsstörung, der miesen Kreislaufsituation und den Haftbedingungen immer wieder gefährdende Kreislaufkrisen und einen erneuten Dickdarmverschluß befürchten lassen.

Über die Ergebnisse der letzten medizinischen Durchuntersuchung im Gefängniskrankenhaus Bochum haben wir im letzten Info vom 5.9.76 (s. ID 142) und in der Dokumentation zur Frankfurter Buchmesse berichtet. Seitdem ist auch unser Antrag auf Untersuchung durch einen Arzt seines Vertrauens abgelehnt worden, im Zuge der Prozeßvorbereitung sogar die Prozeßfähigkeit festgestellt worden. Und dabei hat sich seine gesundheitliche Situation erneut, wie wir immer befürchteten, verschlechtert. Von einer ausreichenden medizinischen Versorgung, die Ursache seiner Erkrankung behandelt und seine gesundheitliche Rehabilitation bezweckt, kann immer noch nicht geredet werden.

Nach den Bochumer Untersuchungsergebnissen konnte nach mehr als einem Jahr eine Diagnose gestellt werden: „Nervenschädigung und Funktionsverlust im letzten Dickdarmteil". Damit wurde unsere Vermutung bestätigt, und es konnten die immer wiederkehrenden Koliken, Darmkrämpfe und Verstopfungen — verstärkt durch den Trainingsmangel und den psychischen Streß in der Isolationshaft — ebenso erklärt werden wie die häufigen Kreislaufzusammenbrüche und Schockzustände. Schon damals warnten wir davor, die kurzfristige Besserung seiner Kreislaufsituation mit der Besserung seiner gesamten gesundheitlichen Situation oder vielleicht dem Vorliegen von Haftfähigkeit gleichzusetzen. Vor einer solchen Folgerung hatten sich selbst die Düsseldorfer Gutachter gedrückt.

Inzwischen hat sich seine gesundheitliche Situation keineswegs stabilisiert: der niedrige Blutdruck erlaubt nur konzentriertes Lesen und Schreiben von 2 — 3 Stunden (und das ist für Karl-Heinz zur Erhaltung seiner Identität besonders wichtig); Bauch- und Darmschmerzen lähmen ihn weiterhin; Stuhlgang nur alle 4 bis 5 Tage mithilfe von Klistieren möglich. Einige Anzeichen sprechen für die schon lang befürchteten Elektrolytverluste, die Stoffwechsel und Kreislauf weiter ungünstig beeinflußen können.

Damals wie heute fordern wir:

1. Einen Arzt des Vertrauens seiner Wahl, wie es jedem zusteht.
2. Einen unabhängigen Gutachter, der die Weichen für die weitere Behandlung von Karl-Heinz stellt, und damit
3. Die völlige Wiederherstellung seiner körperlichen Gesundheit.

Wir wissen, daß diese Forderungen die Aufhebung der Isolationshaft und (angesichts der ihm zur Last gelegten Vorwürfe) auch der Haft einschließen. Aus unserer ärztlichen Sicht muß immer mehr ein lebenslanges Siechtum befürchtet werden, wenn die Ursache seiner Leiden — der infolge der Schußverletzung und infolge der Bauchfellentzündung (die durch verspätete Operation hervorgerufen wurde) funktionsunfähige Darm — nicht ausreichend medizinisch und evtl. auch chirurgisch behandelt wird! Wie schon bald nicht mehr erstaunlich — auch die Gefängnisärzte in Bochum versuchen lediglich, seinen kranken Zustand zu konservieren, aber nicht, eine tatsächliche Behandlung einzuleiten. Auch hier zeigt sich die Aufgabe der Medizin im Gefängnis: langes Siechtum und chronisches Leiden zu fördern heißt auch, den Gefangenen im vorweg zu verurteilen.

Doch die Justiz und ihre Mediziner wissen auch da zu unterscheiden: derselbe Dr. Brechtel, der bei Karl-Heinz trotz Koliken und schwerster Darmkrämpfe sich zu den notwendigen Verlegung in ein Krankenhaus nicht zu entschließen vermochte, derselbe Gefängnisarzt schrieb den Bankier Iwan Herstatt — angeklagt des Millionenbetrugs — wegen eines drohenden Herzinfarkts haft unfähig. Hier konnte plötzlich die Haft als gesundheitsgefährdendes Moment bei Arzt und Richter anerkannt werden! Bei einem anderen Haftprüfungstermin wurde auf die Argumentation der Anwälte — Schuldvorwurf und gesundheitliche Gefährdung stünden in keinem angemessenen Verhältnis zueinander — nicht eingegangen. Der Angeklagte Wolfgang Grundmann aber wurde wegen der Unglaubwürdigkeit des Belastungszeugen Müller von der Haft verschont. Warum nicht dasselbe bei Karl-Heinz? Die bisherige Krankengeschichte von Karl-Heinz, das Verhalten der Justiz in vielen ungenannten, „normalen" Fällen zeigt, mit welchen Methoden die Gegenstrategie der Justiz die Vernichtung ihrer Gegner langfristig durchzuführen versucht. Die folgende Darstellung der Prozeßvorbereitung durch die Justiz erhärtet diesen Vorwurf.

HAFTPRÜFUNGSTERMIN VERSCHOBEN — PROZESSTERMIN VERSCHOBEN

Für den 4. Oktober war von dem zuständigen Richter, Dr. Draber, ein mündlicher Haftprüfungstermin angesetzt. Es wäre dies der erste Haftprüfungstermin für Karl-Heinz gewesen. Nach 18 Monaten Untersuchungshaft, nach einem durch seine Anwälte formulierten Haftverschonungsantrag und nach vielfältigen Protesten in der Öffentlichkeit schien der zuständige Richter sich nun endgültig zu einem mündlichen Anhörungsverfahren, bei dem Karl-Heinz selbst zugegen gewesen wäre, entschlossen zu haben.

Unsere Hoffnung auf ein Ende der U-Haft für Karl-Heinz schien nicht ganz abwegig zu sein, es gab einige Indizien dafür. Als Karl-Heinz wenige Tage vor dem 4. Oktober sogenannte Zellengegenstände mit anderen Gegenständen aus seiner Habe austauschen wollte,

sagte ihm ein Wärter (wohl mehr aus Versehen): „Wollen Sie das gleich mitnehmen oder kommen Sie nochmal zurück, die Sachen abholen? " Das schien auf seine bevorstehende Entlassung hinzuweisen. Auffällig war weiterhin, daß in diesen Tagen die strenge Einzelhaft faktisch (nicht aber durch richterlichen Beschluß) aufgehoben wurde und Karl-Heinz etliche Hafterleichterungen erfuhr. Zu dem Haftprüfungstermin kam es dann aber nicht, er wurde auf eine Initiative von Bundesanwalt Buback hin aufgeschoben. Welche Überlegungen stehen hinter dieser Maßnahme? Um diese Frage beantworten zu können, muß man die Vorbereitung des Prozesses gegen Karl-Heinz und Roland Otto und die in diesem Zusammenhang wichtigen Änderungen der Strafprozeßordnung untersuchen.

Der Prozeß sollte Anfang November beginnen. Nachdem die Bundesanwaltschaft ihn abgegeben hatte, sollte er vor dem Schwurgericht am Landgericht Köln stattfinden, unter Vorsitz von Richter Draber. Der Vorwurf der kriminellen Vereinigung (§ 129) war fallengelassen worden — nur so war eine Verhandlung vor dem Schwurgericht möglich. Der Prozeß sollte nach 18 Monaten U-Haft eröffnet werden; während die Staatsanwaltschaft anderthalb Jahre Zeit hatte, sollten der Verteidigung vier Wochen zur Prozeßvorbereitung genügen: erst einen Monat vorher erfuhr sie von dem geplanten Prozeßbeginn. Auch diese Methode gehört zum Instrumentarium faktischer Einschränkung der Rechte der Verteidigung.

Kurz vor dem Haftprüfungstermin jedoch intervenierte Generalbundesanwalt Buback. Die Staatsanwaltschaft beantragte daraufhin zu überprüfen, inwieweit durch das Oberlandesgericht in Düsseldorf und nicht mehr das Schwurgericht in Köln der Prozeß durchzuführen sei. Um diese Maßnahme zu begreifen, muß man sich den juristischen Hintergrund, der sie erst ermöglichte, vergegenwärtigen.

Juristischer Hebel der neuerlichen Intervention der Bundesanwaltschaft sind die neuen, erst in diesem Herbst in Kraft getretenen Anti-Terrorgesetze. Die wichtigsten Punkte dieses Gesetzespakets sind: Erweiterung des § 129 (Erweiterung des Straftatbestands der Bildung, Unterstützung, Billigung einer kriminellen Vereinigung; Erhöhung des Strafmaßes), weitere Erleichterung des Verteidigerausschlusses, Überwachung der schriftlichen Verteidigerpost. Wichtig ist, daß dieses ganze Paket mittels einer prozessualen Klausel auch rückwirkend zur Anwendung kommen kann. Der Artikel 6, die sogenannte Übergangsregelung, besagt, daß die neu geschaffenen Gesetze auch dann Anwendung finden können, „wenn gegen einen Beschuldigten zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes ein Strafverfahren wegen Verdachts der Bildung krimineller Vereinigung (§ 129 des Strafgesetzbuches) eingeleitet worden ist"; die Veränderung des Strafgesetzes findet auch Anwendung „im Falle einer Verurteilung wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung". Da es nach dem Gesetz verfassungswidrig ist, Gesetze zur Anwendung zu bringen, die zum Zeitpunkt der Tat noch nicht rechtskräftig waren, wird dies hier durch eine prozessuale Änderung der Strafprozeßordnung dennoch möglich gemacht. Soviel zum allgemeinen Hintergrund der neu geschaffenen Anti-Terrorgesetze und zu ihrer Anwendbarkeit auf noch nicht eröffnete, laufende oder bereits abgeschlossene Verfahren.

Was bedeutet das im konkreten Falle des Prozesses gegen Karl-Heinz Roth und Roland Otto? Der Prozeß sollte vor dem Schwurgericht stattfinden. Die Staatsanwaltschaft befand sich offensichtlich in einer schwierigen Lage: die Anklage lautete auf gemeinschaftlichen Mord und Mordversuch — und das, obwohl laut Anklageschrift keiner von beiden geschossen haben soll. Die einzige Möglichkeit, diese Anklage dennoch aufrechtzuerhalten, bestand in der Behauptung einer kriminellen Vereinigung — die aber war fallengelassen worden. In dieser Klemme nun kann den Justizbehörden eine weitere Bestimmung der neuen Anti-Terrorgesetze zu nutzen kommen; sie betrifft die Zuständigkeit der Gerichte. Es heißt dort: „Können in den Fällen des § 120 Abs. 1 die Behörden der Staatsanwaltschaft eines Landes und der Generalbundesanwalt sich nicht darüber einigen, wer von ihnen die Verfolgung zu übernehmen hat, so entscheidet der Generalbundesanwalt." Diese Bestimmung kommt zur Anwendung, „wenn bei Inkrafttreten dieses Gesetzes das Hauptverfahren noch nicht eröffnet oder ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens noch nicht zugelassen wurde".

Der Sinn dieser Bestimmung ist eindeutig: die Bundesanwaltschaft kann so zentral auf alle politischen Verfahren Einfluß nehmen, sie kann gerichtliche Verfahrensentscheidungen, die nicht in ihrem Sinne sind, jederzeit abändern; Buback übt Kontroll- und Entscheidungsrecht bis in die Gerichtssäle hinein aus; es soll nicht mehr möglich sein, daß irgendwelche Richter dem Konzept der Bundesanwaltschaft einen Strich durch die Rechnung machen. Mit dieser Bestimmung ist eine eigene politische Sondergerichtsbarkeit geschaffen.

Was ist nun der Sinn von Bubacks Intervention in diesem konkreten Fall? Alle oben genannten Veränderungen der Strafprozeßordnung stehen im Zusammenhang mit § 129 und § 129a. Die Staatsanwaltschaft hatte aber für den bevorstehenden Prozeß diesen Anklagepunkt fallengelassen; entsprechend war ja auch beabsichtigt, vor einem Schwurgericht zu verhandeln. Nach den neu geschaffenen Bestimmungen muß nun das Oberlandesgericht über seine eigene Zuständigkeit befinden. Wenn Buback sich — mit der neuen Entscheidungsgewalt der Bundesanwaltschaft ausgerüstet — in diesen Kompetenzstreit einschaltet, läßt das fragen:

- glaubt die Bundesanwaltschaft, vor dem Landgericht sei der Ausgang des Prozesses in ihrem Sinne nicht so unbedingt gewährleistet?
- soll mit der Verlagerung der Zuständigkeit zum politischen Strafsenat am Oberlandesgericht durch die Hintertür der Vorwurf der kriminellen Vereinigung wieder lanciert werden?

Wir werden abwarten, wie das Oberlandesgericht entscheidet. Vieles weist daraufhin, daß jetzt eine wacklige Anklage durch das Nachschieben von § 129 gestärkt werden soll. Nachdem die Staatsanwaltschaft inzwischen 18 Monate Zeit hatte, ihre Anklage zu formulieren, sieht es allerdings nach Manipulation aus, wenn von der Staatsanwaltschaft kurz vor dem geplanten Prozeßbeginn ein so entscheidender Anklagepunkt neu eingebracht wird.

SOLIDARITÄTSAKTIONEN

Auf dem deutschen Soziologentag (28. - 30. September) wurde in der Sektion Arbeitswissenschaft über das Problem von Karl-Heinz Roths Haftsituation geredet. Außerdem wurde der Versuch gemacht, über die unmittelbare Solidarität hinaus die politischen Thesen, die Karl-Heinz — u.a. in der „anderen Arbeiterbewegung" — formuliert hatte, zur Diskussion zu stellen. Eine Resolution enthielt folgende Forderungen: 1. Sofortige Haftverschonung. 2. Vor der völligen Wiederherstellung seiner Gesundheit darf weder die Haft fortgesetzt werden noch der Prozeß eröffnet. Knapp 200 Unterschriften wurden dafür gesammelt.

Im Rahmen einer Veranstaltungswoche zur Solidarität mit politischen Gefangenen fand am 16. Oktober in Göttingen eine Veranstaltung zu Karl-Heinz Roth statt. Die Woche war vom Göttinger K.H.Roth-Solidaritätskomitee, der ESG und dem KB vorbereitet. Auf der Veranstaltung hielt Jürgen Klein ein Referat, das zwei Schwerpunkte hatte: einmal die Darstellung der politischen Position von Karl-Heinz (nicht nur anhand der „anderen Arbeiterbewegung") und zweitens einen Bericht über die Situation von Karl-Heinz heute, die Geschichte seiner Haftsituation und Krankheit. Es ging um die Wichtigkeit der politischen Auseinandersetzung mit dem, was Karl-Heinz und andere angefangen haben, politisch und theoretisch zu entwickeln. Denn Solidarität kann nicht nur heißen: Solidarität mit einem leidenden Genossen — es geht immer auch um die Wahrung der politischen Identität eines Genossen, darum, daß er politisch ernst genommen wird. Die theoretischen Interessen von Karl-Heinz sind bekannt; ein Teil von Solidarität wäre daher der Versuch, mit ihm auch über die Knastmauern hinweg die Diskussion mit ihm weiterzuführen, z.B. durch Briefe. In der Diskussion kam man — anhand des Themas Knastmedizin — auf einen aktuellen Fall aus Göttingen: hier sollte jemand in die Psychiatrie geschickt werden und wehrte sich dagegen; dieser Widerstand wurde von den Behörden als weiteres Argument für die Notwendigkeit der Psychiatrisierung gewertet. Eine Kampagne soll

das verhindern. – Während der ganzen Woche, auf der auch das Walde-Theater und Tommy aus München spielten, wurde auch Geld für Karl-Heinz und andere politische Gefangene gesammelt.

In Brüssel sammelte „amnesty international" Unterschriften mit der Forderung: „Haftverschonung für Karl-Heinz Roth!"

Bei Anfragen bitte wenden an: Komitee Haftverschonung für Karl-Heinz Roth, c/o Buchladen „Die Hälfte des Himmels", Schlüterstraße 79, Hamburg. Telefon 040/4104262.

WAS KANN MAN FÜR K.H. ROTH TUN?

(Dieser Text wurde auf dem Soziologentag in Bielefeld verteilt)

1. HAFTVERSCHONUNGSKAMPAGNE:

Informationsmaterial bei Eckhard Kanzow, Stolberger Str. 17, 2800 Bremen. Informationen, die die Verteidigung betreffen bei RA Detlef Hartmann, Heußweg 35, 2000 Hamburg 19, Tel. 040/ 403311/402211 (Tel. Kanzow: 0421/443770).

Briefe an das Justizministerium Nordrhein-Westfalen, Herrn Dieter Posser, Postfach, 4000 Düssendorf.

Briefe an das Landgericht Köln, Große Strafkammer 11, Herrn Dr. Draber, Appellhofplatz 1, 5ooo Köln.

Öffentliche Veranstaltungen, die unterstützen, daß Karl-Heinz Roth Haftverschonung gewährt wird, daß seine Haftbedingungen gelockert werden (er seine wissenschaftlichen Arbeiten und Studien fortsetzen kann), daß ein Arzt seiner Wahl zur Behandlung zugelassen wird, daß die medizinische Versorgung optimaler wird. Entsprechende Aktivitäten, die geeignet sind, das öffentliche Bewußtsein zur Situation Roths zu vertiefen (Institutionen, Persönlichkeiten, Presse, Funk und Fernsehen) und die Forderungen (s.o.) zu verbreitern und zu verbreiten. Unterschriftensammlungen entsprechenden Inhalts.

Bitte berichten Sie über Ihre Aktivitäten (Kanzow, s.o.), damit darüber informiert werden kann.

Sowohl für die Verteidigung als auch für die Kampagne wird dringend Geld benötigt, die bisherige Kampagne ist ausschließlich aus privaten Spendenmitteln finanziert worden: Spendenkonto: Roth: Hamburger Sparkasse 1238/495590.

2. KOMMUNIKATION MIT KARL-HEINZ ROTH

Helfen Sie, Roths Isolationen zu mindern!!!! Briefe an Karl-Heinz Roth, JVA Bochum/Internistisches Krankenhaus, Krümmede 3, 4630 Bochum: Roth wünscht den Dialog mit Interessenten über seine Arbeitsgebiete. Ihn beschäftigt im Augenblick vor allem der Zusammenhang zwischen Lohnsystem/Leistungsbewertung und Arbeitsorganisation/Produktionstechnologie. Außerdem arbeitet er über Adam Smith, Stewart, Hegel, Marx ... Aber er möchte auch lebendigen Anteil daran nehmen, was „draußen" passiert. Schreiben Sie ihm über Ihre Erlebnisse, Probleme, Ereignisse ...

(seid nur vorsichtig, damit der staatsschutz euch ja richtig reinkriegt)

Besuche: Anträge an das Landgericht Köln (s.o.), Geschäftszeichen 40/22/76. Roth möchte nicht nur mit Einzelpersonen korrespondieren, sondern auch mit Institutionen.

In Frankfurt findet am Freitag, den 10. Dezember, 19 Uhr im Volksbildungsheim eine Solidaritätsveranstaltung für Karl-Heinz Roth statt. Für die Veranstaltung sind folgende Beiträge vorbereitet:

- Bilder zur Architektur von Knast, Universität, Fabrik
- Einleitung (Heinz Brandt)
- Zur Biographie von Karl-Heinz Roth (Angelika Ebbinghaus und Thomas Janssen aus Hamburg): SDS und Proletarische Front; Betriebsarbeit; Stadtteilarbeit; Krankenhausarzt; in Hamburg und Köln; Wissenschaft; „Die ‚andere' Arbeiterbewegung", „Unwissen ist Ohnmacht", „Invasionsziel DDR".
- Diskussion über die „andere" Arbeiterbewegung; Massenarbeiter, Repression und Gewalt, Arbeitsverweigerung (Bernd Laufs und Andreas Müller aus Heidelberg, Detlef Hartmann und Thomas Janssen aus Hamburg, Carlo Jaeger aus Frankfurt)
- Die Universität als Fabrik (Frankfurter AStA-Frauen)
- vielleicht Brigitte Heinrich über Knast-Erfahrung

Veranstalter sind: der AStA und: Wolfgang Abendroth, Brigitte Heinrich, Joachim Hirsch, Erhard Lucas, Jakob Moneta, Eberhard Schmidt.

ZENSUR WANDERUNG DURCH DIE KNASTÄMTER

ASCHAFFENBURG BRIEF EINES GEFANGENEN

2.Dezember

„Davon versteht man in Bayern/diesem „Frei"staat etwas/kann man wirklich nicht meckern/ein Bruder wollte Euch schreiben/ er wollte Euch berichten, daß der ID immer angehalten wird/ und überhaupt/ wie schön es hier doch ist/ daß er froh ist hier zu sein/ daß er unseren Anstaltsvorstand/ den Herrn Oberstaatsanwalt sehr mag/ überhaupt/ er findet das BRD Knast-System einfach dufte/ - aber leider/ die Zensur/ daran scheiterte der Brief dann/ warum? / na ja/ der G. soll ja sitzen und nicht schreiben/ so denke ich mir das zumindest.

Nicht daß er jetzt resigniert hätte/ nein, nein/ er hat den Marsch durch die Institution angetreten/ den langen/ inzwischen ist er wegen des ID beim OLG Bamberg/ das wird demnächst zu entscheiden haben ob er nun den ID aus dem Juni lesen darf oder nicht/ ist der aus der letzten Juniwoche freigegeben, dann kan er sich an den aus der ersten Augustwoche machen/ das gibt der ID-Lektüre erst die rechte (!!) Würze/ dieses dreimonatige Prozessieren steigert die Neugierde doch erheblich/ inzwischen beobachten viele Gefangene hochinteressiert diese kleine Kraftprobe/ der ID hat somit exakt die Popularität erreicht die ihm zu wünschen ist/ und auch bei den Beamten ist der ID inzwischen wohlbekannt/ allwöchentlich holt ein Beamter den Wäschesack hoch/ reißt die Plombe ab/ tut den ID rein/ verplombt den Wäschesack auf's neue/ G. quittiert das/ dann wird der Wäschesack wieder in den Keller geschleppt/ und jeder neue ID der in diesen Sack kommt berichtet den dort schon wartenden ID's von immer länger werdenden Gesichtern der Bullen/ aber damit es nicht zu langweilig für die ID's wird laufen ja Beschwerden/ bei jeder Beschwerde muß der entsprechende ID wieder rausgeholt werden/ dann tritt er seine Reise nach München an/ besichtigt dort das Ministerium/schlendert über diverse Schreibtische und macht sich dann auf die interessante Rückreise/ zurückgekehrt zu den anderen ID's in den dunklen Sack kann er dann erzählen/ von dem Regierungsrat der ihn mit spitzen Fingern durchblätterte/ vom Kaffeeduft im Vorzimmer/ oder auch davon, was hinter vorgehaltener Hand im Ministerium über Heubel getuschelt wird/ und dann heißt es warten/denn bei den ID's hat es sich inzwischen rumgesprochen, daß nach München stets eine Reise nach Bamberg fällig wird!/ dort/ zu den alten ehrwürdigen Herren/ die ihre weißen Häupter nachdenklich über so viele unterbliebene Nachrichten schütteln/ Aktenstaub trübt die Sicht der ID's/ aber dafür haben sie dort die Chance in die zarten Hände einer Protokollführerin zu fallen (ID sollte man sein!) hinter Bamberg gabelt sich der Weg/ einer führt in die dreckiggraue Zelle von G./ der andere am noch längeren Gesicht des Bullen vorbei in den rabenschwarzen Sack / aber in diesem Sack ist es garnicht langweilig/ da raufen sich die ID's mit der ‚Tat'/ die ‚az' erzählt immer Schmusestories voll Zärtlichkeit/ und eine Chiledokumentation erzählt traurige Geschichten aus den modernen KZs/und darüber, wie die BRD beim Aufbau dieser KZs den Faschisten hilfreich zur Hand geht.

Sollten die ID's an der Weggabelung den ‚rechten' – also den in den Sack nehmen/na/ dann steht demnächst eine Reise in's schöne Baden Württemberg in's Haus/ nach Karlsruhe/ zu den Herren die Wehner angeblich mal als freischwebende ... bezeichnet hat/ und über deren Entscheidung steht dann: „Diese Entscheidung ist unanfechtbar"/

wer ruft hier Omnipotenz? und wenn die dann den ID gelesen haben/ dann wird der G. entlassen/ zum 384sten mal holt dann das lange Gesicht hinter dem ein Beamter steckt den Kleidersack/ reißt die Plombe auf/ und mit der Unanfechtbarkeit kann man jetzt mehr oder weniger freischwebende Arschlöcher abputzen/ man kann uns einsperren/ man kann auch versuchen zu verhindern, daß wir uns über die uns interessierende Dinge informieren/ aber eines Tages tritt die Lächerlichkeit dieses Vorgehens voll zu Tage/ egal wie oft der Kleidersack hin und her geschleppt wurde/ irgendwann sind wir Sieger/ aber das erklärt ihr mal nem bajuwarischem Oberstaatsanwalt!

Freiheit / Liebe / Zärtlichkeit, Peter Milberg"

DRINGEND NOTWENDIGE ZAHNBEHANDLUNG FÜR JAN–CARL RASPE

STAMMHEIM
2.Dezember

Bei Jan-Carl Raspe muß eine umfangreiche Zahnbehandlung durchgeführt werden, weil sich durch den Knastfraß die Paradontose stark weiterentwickelt hat. Es wurde bereits ein Zahnarzt gefunden, der diese Behandlung durchführen würde. Die Knast-Zahnärzte reißen meistens nur die Zähne raus – für Spezialbehandlungen (z.B. Zahnersatz) fehlt die Einrichtung.

Jans Zahnbehandlung kostet 7000,- DM.

Spendenkonto: Sonderkonto Rechtshilfe
Berliner Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 8431 63700

HILFE FÜR PALÄSTINA AUS DEM KNAST

WESTBERLIN
29. November

„Der Kampf des palästinensischen Volkes und der Linken im Libanon muss unser Kampf sein!

Wir sind im Knast gefangen. Deshalb sind unsere Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung für den palästinensischen Kampf, einem Kampf um das Überleben eines revolutionären Volkes, gering.

Aber wir wollen lieber wenig als gar nichts tun. Auch wenn es nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein ist – vielleicht kommt der Stein dabei ins Rollen.

Wir haben daher beschlossen, im November auf unseren Einkauf zu verzichten und das Geld auf ein Unterstützungskonto zu überweisen.

– Wir fordern alle Gefangenen auf, es uns nachzutun;
– Wir fordern die Linken draußen auf, 50 % ihres Monatseinkommens zu spenden (anstatt die linken Kneipen zu subventionieren und sich mal von Menüs åla Knast zu ernähren);
– Wir fordern unsere bewaffneten Revolutionäre auf, enteignetes Geld für den Kampf zur Verfügung zu stellen und weiterhin jegliche geeignete Form der Unterstützung zu ergreifen!

Und wir fordern die gesamte Linke auf, den Kampf versklavter oder vertriebener Völker als ihren eigenen zu begreifen und ihren Mitteln und Möglichkeiten gemäße Maßnahmen zu ergreifen.

Spendenkonto: Deutsche Bank, Bonn
Kto.Nr.: 032 13 15
(S. Mussalam)

R. Fritzsch, G. Klöppern, R. Reinders, F.Teufel, A. Vogel."

PALÄSTINENSISCHER KRANKENHELFER SOLL ABGESCHOBEN WERDEN

HAMBURG
1. Dezember

Ghaleb Fahel lebt seit 1964 in der BRD und arbeitet seit 1970 im Universtitätskrankenhaus Eppendorf Hamburg als Transportpfleger. Er absolvierte eine Teilausbildung in der Krankenpflege und bestand das Examen zum Krankenpflegehelfer im Juli 1976. Von der Kliniksleitung wurde ihm zugesichert, er werde am 1.8.76 als Krankenpflegehelfer für eine chirurgische Station eingestellt, um nach zweijähriger Praxis mit der Ausbildung zum Krankenpfleger beginnen zu können.

Zu diesem Zeitpunkt beantragte Ghaleb die Verlängerung seines jordanischen Reisepasses. Die jordanische Botschaft wies jedoch sein Ersuchen ab. Stattdessen wurde ihm die Ausstellung eines „Passierscheines"'angeboten, der nur zur direkten Rückreise nach Jordanien berechtigt, nicht aber die Möglichkeit offenläßt, in ein anderes Land zu reisen. Ghaleb ist bei einer Ausweisung nach Jordanien bzw. in die von Israel besetzten Gebiete (dort ist er geboren) als Palästinenser von politischer Verfolgung bedroht. Das bedeutet – wie viele Beispiele zeigen – Verhöre, Vernichtung der Existenz, Gefängnis, Folter.

Der Sinn der Paßverweigerung ist: Unterdrückung auch der Palästinenser, die im Ausland eine neue Existenz gefunden haben. Sie sollen als Zeugen der Verbrechen der arabischen Reaktion am palästinensischen Volk mundtot gemacht werden. Dabei arbeiten deutsche Behörden Hand in Hand mit der jordanischen Botschaft, wie der Fall Ghaleb zeigt.

Die Hamburger Ausländerbehörde forderte von ihm drei Paßbilder an, die offenbar an die jordanische Botshcaft zur Erteilung des besagten „Passierscheins" weitergegeben wurden. Zur Rechtfertigung dieses Vorgehens greift die Ausländerbehörde auf eine über sieben Jahre alte Ausweisungsverfügung zurück, die seinerzeit damit begründet wurde, daß Ghaleb 1969 – nach einem kurzen Aufenthalt im Ausland – bei der Wiedereinreise in die BRD die Formalitäten der Einreise nicht beachtet habe.

Diese sieben Jahre alte Verfügung soll nun dazu herhalten, ihn aus der BRD auszuweisen und einem ungewissen Schicksal zu überlassen. Wie widersprüchlich die „Amtshilfe" der deutschen Ausländerbehörde für die jordanische Botschaft ist, geht schon daraus hervor, daß es gerade die Ausländerbehörde gewesen ist, die bislang Ghaleb den Aufenthalt in der BRD bis heute gestattete und nun plötzlich das Ausweisungsverfahren mit bürokratischer Gründlichkeit unterstützt.

Viele Kollegen, die Ghaleb als einen guten Mitarbeiter schätzen, haben begonnen, sich gegen die drohende Ausweisung zur Wehr zu setzen. In einer Unterschriftensammlung fordern sie:

- Sofortige Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Ghaleb mit der Genehmigung, im Rahmen seiner Ausbildung zum Krankenpfleger als Krankenpflegehelfer im Universitätskrankenhaus Eppendorf weiter arbeiten zu können.
- Ausgabe eines Fremdenpasses für Ghaleb Fahel
- Keine Abschiebung unseres Kollegen Ghaleb Fahel



HUNGERSTREIK FÜR VERHAFTETE IRANISCHE ANTIFASCHISTEN

FRANKFURT 2.Dezember

Von den 15 Antifaschisten, die am 2.11. in Paris festgenommen wurden, mit der Begründung 'Mittäter' oder 'Zeugen' irgendeiner Sache gewesen zu sein, (ID 151) befinden sich noch zwei CISNU-Mitglieder in Haft; vier andere wurden aus Frankreich ausgewiesen. Der Vorstand der Confööderation der Iranischen Studenten (CISNU) erklärte am 1. Dezember dazu:

'Am 30.11.76 hat der Untersuchungsrichter in Paris „wegen Beweismangel" einen unserer Freunde vorläufig freilassen wollen. Interessanterweise hat die Staatsanwaltschaft es abgelehnt, unsere Freunde freizulassen.
Die CISNU hat von Anfang an den oben genannten Fall als ein Politikum bewertet und in den früheren Kommuniques darauf hingewiesen, daß es sich dabei um einen Angriff der reaktionären französischen Regierung auf die fortschrittliche iranische Opposition handelt. Giscard d'Estaing der vor fünf Wochen mit dem Faschisten Schah Milliarden-Verträge abgeschlossen hat, will jetzt die iranische antifaschistische Opposition zum Gegenstand seines „Kuhhandels" machen.

Das Urteil des französischen Richters hat eindeutig bewiesen, daß es sich nicht um einen juristischen Fall oder 'Vergehen' handelt. Ebenfalls der Einspruch der Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil, d.h. das Justizministerium von Frankreich bzw. die Regierung zeigt eindeutig den politischen Hintergrund dieses Falls.

Am 30.11.76 sind in folgenden Ländern: BRD, Österreich, Italien, England, Frankreich, Schweden, USA CISNU-Mitglieder zunächst zu den Botschaften und Konsulaten gegangen und haben eine definitive Stellungnahme der französischen Regierung verlangt. Als dieses abgelehnt wurde, haben sie versucht, durch Sitzstreiks dieser Forderung nachdruck zu verleihen. Daraufhin wurde die Polizei gerufen und wir wurden zum Verlassen der Botschaft zbw. der Konsulate aufgefordert.

Seit dieser Zeit sind wir in den oben genannten Ländern in einen unbefristeten Hungerstreik getreten und wird so lange andauern, bis die französische Regierung über das Schicksal unserer Freunde Stellung nimmt. Unserer Forderungen sind: Freilassung der zwei in Paris inhaftierten CISNU-Mitglieder und Rückkehr der vier aus Frankreich ausgewiesenen Freunde zu ihren Studienplätzen."

Mit dem Hungerstreik, der in Frankfurt von etwa 100 Leuten im Kommunikationszentrum der Universität (KOZ) begonnen wurde, erklärten sich bisher der AStA der Uni, die A.E.L.A., der MIR, Lotta Continua, Association of Kurdistand Students Abroad (AKSA) solidarisch.

TREFFEN DER ANTIMILITARISTEN IN DER BUNDESWEHR

STUTTGART 1. Dezember

Am 19. November 1976 veranstaltete der Antimilitaristische Arbeitskreis (AMAK) im DGB-Haus in Stuttgart gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken ein antimilitaristisches Fest. Über 700 Gäste kamen, um mit den Zupfgeigenhansel, Angela Petersen aus Regensburg, Vertretern aus Italien, Schweiz, Österreich und der US-Armee sowie vielen Soldaten aus der ganzen Bundesrepublik gemeinsam zu feiern. Einstimmig verabschiedeten die Anwesenden einen Aufruf an die Gewerkschaften des DGB, in dem es heißt:

„Soldaten aus dem ganzen Bundesgebiet und viele Antimilitaristen haben sich hier im DGB-Haus Stuttgart zu einem antimilitaristischen Fest versammelt. Wir wollten damit unter anderem unsere Solidarität mit den sieben Antimilitaristen ausdrücken, die für eine Soldatengruppe Flugblätter vor der Albkaserne in Stetten am kalten Markt verteilt hatten, was mehrere Prozesse zur Folge hatte. (ID 150)

Dieser Vorfall deutet auf die allgemeine Situation von uns Wehrpflichtigen hin: wir sind in den Kasernen isoliert, die Möglichkeiten, uns für unsere Interessen einzusetzen, sind denkbar gering. Gruppen, die uns von außen unterstützen, sind Repressionen ausgesetzt. Und das in einer Situation, in der es darum geht, erst einmal ganz elementare Forderungen durchzusetzen, die im zivilen Bereich längst selbstverständlich sind.



Vor allem fordern wir eine geregelte Arbeitszeit, einen Ausgleich für Wochenenddienste, eine Bezahlung, die nicht – wie der momentane Sold – so gering ist, daß oft nur die Heimfahrten knapp bezahlt werden können, und eine Einschränkung der Möglichkeiten der Vorgesetzten, uns unter Druck zu setzen. Vor allem fordern wir das Recht auf eine effektive Interessenvertretung.

Aber selbst so grundlegende Forderungen können wir Soldaten nicht aus eigner Kraft durchsetzen: Wir brauchen eure Unterstützung durch die Gewerkschaften!

...

Die Soldaten dürfen sich nicht gegen die Arbeiterbewegung einsetzen lassen! Die Arbeiterbewegung muß den Arbeitern in Uniform demonstrieren, daß beide dieselben Interessen haben. Am deutlichsten kann sie dies, indem sie für die Forderungen der Soldaten eintritt.

Die Soldaten können nur dann wirkungsvoll ihre Interessen durchsetzen, wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind. Das ist unser Ziel! Das ist aber auch die Aufgabe der Gewerkschaften!"

Am 20. und 21. November trafen sich Vertreter von Soldatenkomitees und Antimilitaristischen Arbeitskreise aus 16 Städten der BRD auf Einladung des AMAK Stuttgart. Es gelang zum ersten Mal, einen Großteil der in der Bundeswehr aktiven Antimilitaristen zu einem Erfahrungs- und Meinungsaustausch zusammenzubringen.

Die Soldatenkomitees, die der Öffentlichkeit bisher fast nur durch örtliche Kasernenzeitungen bekannt waren, haben jahrelang ohne Verbindung nebeneinander her gearbeitet. Dieses Treffen war das erste überregionale Treffen mit der Möglichkeit, Erfahrungen und Meinungen auszutauschen.

Die Diskussion konzentrierte sich auf die Situation der Rekruten in der Bundeswehr und gemeinsame Maßnahmen zu ihrer Unterstützung. Dabei waren wir uns einig , daß alle Rekruten vor gleiche Probleme gestellt sind: sie werden aus ihrer gewohnten Umgebung herausgerissen, in Uniform gesteckt und ohne Vorbereitung, ohne Information dem Druck der Bundeswehr als einzelne ausgesetzt. Dies sind die Voraussetzungen, aus Menschen blind gehorchende Soldaten zu machen. Die Soldatenkomitees treten diesem Druck entgegen.

Antimilitaristischer Arbeitskreis
Neckarstr. 178
7000 Stuttgart 1

PARAGRAF 218: „ENTWEDER ERZÄHLEN, ODER KEIN GUTACHTEN"

FRANKFURT
1. Dezember

Was es auch heißen kann, den legalen Weg des Paragrafen 218 zu beschreiten, zeigt folgender Brief, der uns von einer Frau aus Staufenberg zuging:

„Der Frauenarzt der Gießener Universitätsklinik, Dr. Schubring, der bei mir eine Schwangerschaft feststellte, lehnte es bei mir als Studentin ab, eine soziale Indikation zu stellen und verwies mich zu dem Psychologen Dr. Köbel von der Psychosomatischen Klinik in Gießen. Dieser verlangte von mir volles Vertrauen und die Bereitschaft, aus meinem Leben zu erzählen. Fall ich nicht dazu bereit wäre, könne er kein Gutachtn schreiben. Da ich mich in einer Zwangslage befand – entweder erzählen oder kein Gutachten – erzählte ich. Das Gespräch dauerte ca. 20 Minuten und das Gutachten wurde erstellt, ohne daß ich dabei war. Weitergeleitet wurde es zu Dr. Schubring, den ich drei Tage später aufsuchte, und der mir den Schwangerschaftsabbruch bestätigte. Er verweigerte mir das Gutachten, und nur durch einen Zufall kam ich dann doch noch dran.

Aus dem Gutachten ist zu schließen, daß sich eine Frau also erst für verrückt erklären lassen muß, bevor sie ihre Schwangerschaft abbrechen darf. Hier der Text des Gutachtens:

Sehr geehrter Herr Kollege,

die Untersuchte berichtete hier, daß ein Kind für sie und ihren Freund, der wie sie Student sei, nicht infragekomme. Sie lebe mit ihrem Freund zusammen in einer Wohngemeinschaft. Der Untersuchten wurde während des Gespräches erst klar, daß sie nicht sagen kann, wie die Beziehung zu ihrem Freund eigentlich ist. Es wurde deutlich, daß es sich dabei nicht um eine reife Paarbeziehung handelt, sondern daß ihr die Beziehung die Möglichkeit gibt, nicht alleine leben zu müssen. Durch das Leben in einer Wohngemeinschaft ist sie zugleich vor einer engen Zweierbeziehung geschützt. Frühere Erfahrungen hätten ihr nämlich gezeigt, daß sie es nicht gut ertragen könne, nur mit einem Menschen zusammenzuleben. Sie könne sich ihr Leben auch in Zukunft nur in einer Wohngemeinschaft vorstellen.

Es handelt sich bei der Untersuchten um eine neurotische Entwicklung mit einer erheblichen Störung des Selbstwertgefühls und einer Unfähigkeit, enge zwischenmenschliche Beziehungen einzugehen. Es liegt in der Struktur der Untersuchten, daß sie eher kühl, affektarm und abweisend wirkt. Damit schützt sie sich vor ihrer großen Kränkbarkeit und ihrer Angst vor zwischenmenschlicher Nähe. Aufgrund dieser Störung ist sie mit der Betreuung eines Kleinkindes völlig überfordert, und es besteht die ernste Gefahr einer Dekompensation. Eine Schwangerschaftsunterbrechung ist deshalb indiziert.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. W. Köbel."

NACHRICHTEN AUS DER FRAUENBEWEGUNG

WESTBERLIN
29. November

Aus der Berliner Frauenzeitung Courage, Nr. 2 vom 15. Oktober 1976 übernehmen wir die folgenden Nachrichten:

Barcelona:
Während eines Streiks von 1.800 Arbeitern der Iberia Motor Fabrik besetzten die Frauen der Streikenden erst die Kirche und dann die Fabrik selbst. Sie wurden von der Bevölkerung versorgt und organisierten Komitees für Kochen, Putzen, Kinderversorgung etc. für die Zeit des Streiks.

Madrid:
Zwölf weibliche politische Gefangene, unter ihnen *Eva Forest* machten Anfang August einen Aufstand im Madrider Gefängnis. Nachdem sie auf das Dach des Gefängnisses geklettert waren, forderten sie die totale Amnestie und traten dafür in den Hungerstreik. Sie veröffentlichten ein Kommunique, in dem sie den falschen „demokratischen Schein des Regimes" und die selektive Amnestie anklagen und gegen den Einsatz illegaler Polizeitruppen protestieren.

Frankreich:
In der *Marguerite Durand Bibliothek, 21, Place du Panteon, Paris,* Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 14 bis 18 Uhr, gibt es 11.000 Bücher über die Geschichte der Frauen und des Feminismus. Bücher aus dem 17. Jahrhundert bis heute, viel Information über die Frauen in der Französischen Revolution.
Die französische Staatssekretärin Giroud hat ein Frauenprojekt für die Jahre 1976 bis 1981 vorgelegt. Sie will anstelle des Militärdienstes für Männer einen Zivildienst für Mädchen zwischen dem 16. und 18. Lebensjahr schaffen; es sollen in dieser Zeit Kenntnisse in Technik, Büroarbeiten, handwerklichen Arbeiten, Hygiene, Geburtenregelung und Führung des Haushaltes vermittelt werden ...

Holland:
Für Frauen, die es noch nicht wissen: Das *Internationale Archiv für Frauenbewegung*, gegründet 1935, enthält Bücher, Schriften, Manuskripte aus der Frauenbewegung, und über 10.000 Titel über die Frauenbewegung. (Arbeit, Frauen in den Revolutionen, Frauen in der Musik, Kunst, etc.). Das Archiv steht allen Frauen, die über die Frauenbewegung arbeiten, offen: *Internationales Archives for the Women's Movement, Amsterdam, Herengracht 262-266.*

I srael:
Das „National Insurance Institute" hat in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsminister aufgrund der Ergebnisse einer 5-Jahres-Statistik festgestellt, daß die Anzahl der Vergewaltigungen, die während der Arbeitszeit stattfinden, steigt. Die Vergewaltigung läuft jetzt als *Arbeitsausfall* und der Staat muß *Verdienstausfall* zahlen für die Zeit, die die Frau der Arbeit fernblieb. In der Studie wird weder auf die Gründe für Vergewaltigung noch auf die Vergewaltigung, die außerhalb des Arbeitsplatzes passiert, eingegangen.

Daß **Arbeiterinnen** durch die Krise in den entwickelten Ländern stärker betroffen sind, als Männer, ist nochmals belegt worden durch den Report des Internationalen Gewerkschaftsorganisation in Genf vom Juli 1976. Während Frauen 34 % der bezahlten Arbeitskraft aus machen, sind 40 % aller Arbeitslosen Frauen.

Es gibt eine **Frauen + Film Gruppe**, die sich nach den Filmfestspielen in Cannes, wo sie ein parallel laufendes Festival zu machen versuchten, gebildet hat. Kontaktadresse: *Fran Mac Gee, 21 avenue de Docteur Arnold Netter, F-75013 Paris, Tel: 34 68 615.*

Am 11. Oktober hat die **Psychosoziale Initiative für Frauen e.V.** ihre Beratungstätigkeit in den Ladenräumen im *Horstweg 27, 1000 Berlin 19* aufgenommen. Frauen, mit sozialen, familiären und psychischen Konflikten finden dort Beratung und psychologische Therapie; z.B. in Form von Problemlösungsgruppen, die sich in wöchentlichen Sitzungen treffen. In der Gruppe arbeiten überwiegend ausgebildete Psychologinnen, eine Sozialarbeiterin, eine Ärztin und eine Philosophin. Die Beratungstätigkeit ist gemeinnützig: für die Deckung der Unkosten wird lediglich von den an Gruppen teilnehmenden Frauen ein monatlicher Beitrag erhoben. Die Initiative gibt folgende Beratungs- und Gruppentermine bekannt:
Freitag von 10 bis 12 Uhr
Mittwoch von 15 bis 17 Uhr
Montag von 20 bis 22 Uhr.
Jeden dritten Montag im Monat ist Treffen aller Frauen, die in Problemlösgruppen arbeiten.



„BOYKOTT DES FRAUENKALENDERS 77 DURCH ALLE BUCHLÄDEN IN NRW!"

KÖLN
30. November

Beim VLB(Verband linker Buchläden)-Treffen in Nordrhein-Westfalen (NRW) am 31.10.76 in Münster wurde der Vorschlag der Frauen vom Münchner VLB, Maßnahmen gegen den Frauenkalender zu ergreifen, diskutiert. Es wurde der Verkaufsboykott beschlossen, weil der Frauenkalender dieses Jahr durch den Vertrieb des Fischer-Verlags Koch-Neff-Öttinger ausgeliefert wird.

Der Kalender erscheint auch in diesem Jahr im Selbstverlag, allerdings den ökonomisch wichtigsten Teil, den Vertrieb, hat der S. Fischer-Verlag übernommen. Rezensionsexemplare können bei einer Privatadresse, Bärbel Gruhle, bestellt werden. Diese Adresse ist auch für Bestellungen der Frauengruppen gedacht. Diese Adresse ist ein Trick: Frau Gruhle ist die Frau des Leiters der Presseabteilung im S. Fischer-Verlag, Uwe Gruhle.

Die Frauen aus dem VLB wenden sich gegen die Kommerzialisierung dieses Produktes, das aus der Frauenbewegung entstanden ist. Den Frauen des Kalenderkollektivs scheint es jetzt nur noch um die Höhe der verkauften Exemplare zu gehen; es macht ihnen auch nichts aus, daß durch den Vertrieb bei KNÖ indirekt die Ertragslage des größten deutschen Verlagskonzerns Holtzbrinck, zu dem der Fischer-Verlag gehört, verbessert wird, anstatt die der linken Gegeninstitutionen (Vertriebe: Maulwurf, Prolit), die bislang den Frauenkalender vertrieben haben.

Trotz vieler Kritik und Fragen durch die Frauenbewegung ist von den Frauen des Kalenderkollektivs noch keine einzige Stellungnahme zu diesem Punkt erfolgt. Deshalb haben wir den Boykott beschlossen.
(VLB-Nordrhein-Westfalen)

„LINKSABSAHNERVERLAG KIEPENHEUER & WITSCH IN ESSEN GESCHÄDIGT"

ESSEN
29. November

Auf dem Solidaritätsfest des spanischen Kulturzentrums wurden 10000 Exemplare von H. Bölls „Berichte zur Gesinnungslage der Nation" verteilt. Der komplette Text dieses Buches (Ladenpreis 4,80 DM) konnte lesbar auf sage und schreibe 1 DIN-A4 Blatt abgedruckt werden.

REAKTIONEN AUF WOLF BIERMANN

FRANKFURT
2.Dezember

Zu der Ausbürgerung Wolf Biermanns und zum Verhältnis der westdeutschen Linken zu seiner Person und seinem Auftreten in der BRD erreichte uns eine Flut von Erklärungen, Resolutionen und offenen Briefen. Wir sehen uns nicht in der Lage, sie umfassend wiederzugeben. Das wurde uns zu papierkriegerisch.

Zu dem Thema sind in der bürgerlichen Presse diverse Stellungnahmen erschienen, zum anderen kommen — mit unterschiedlichen Gewichtungen — einige Kernaussagen immer wieder vor. Interessant wäre es gewesen, zu verfolgen, wie in Organisationen, in denen auch DKP-nahe Leute sitzen, über das Thema und über Resolutionsentwürfe diskutiert wurde. Aber darüber ließ sich wenig herausfinden.

In einem Flugblatt aus Köln wurde Biermann selbst wegen seiner Einschätzung der westeuropäischen KPs kritisiert. Stellvertretend für den Tenor der meisten Erklärungen: *„kein Protest gegen Biermann-Ausbürgerung ohne Protest gegen Berufsverbote und ihre Urheber hier"* (vgl. ID 153), zitieren wir aus einer Stellungnahme des AsTA der Gesamthochschule Kassel:

„Wir müssen festellen, daß der Fall Wolf Biermann von Teilen der bundesdeutschen Öffentlichkeit dazu genutzt wird, eine Freiheitlichkeit und Freizügigkeit der Bundesrepublik zu propagieren, die wir nirgends feststellen können: die Berufsverbote, das Einreiseverbot gegen Ernest Mandel, sowie das Urteil gegen den Schriftsteller Peter-Paul Zahl, der am 12.3.76 in zweiter Instanz zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde; sind Indizien dafür, daß die Bundesrepublik sich im Bereich der Repression durchaus mit der DDR messen kann.

Die Begründungen in beiden deutschen Staaten (sinngemäß: Verstoß gegen Staatsbürgerliche Pflichten) lassen die gemeinsame unverarbeitete Tradition preussischer Obrigstaatlichkeit deutlich werden. In Deutschland scheint nicht der Staat für die Bürger, sondern die Bürger ausschließlich für den Staat zu existieren. Der AsTA der Gesamthochschule Kassel sieht es als seine Pflicht an, dies politisch zu äußern und Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Landesgrenzen spielen dabei keine Rolle; in diesem Sinne stehen wir in der Tradition einer Studentenbewegung, die Repression im Vietnamkrieg, in Chile, in Äthiopien oder in der CSSR gleichermaßen verurteilt."

Mitinitiiert von einem ehemaligen SPD-Mitglied, das aufgrund der kritischen Portugalerklärung gegen Soares ausgeschlossen wurde, hat sich ein Biermann–Unterstützungskomitee gebildet.

c/o Thomas Ungricht, Rohrbachstr.60, 6000 Frankfurt/M

DKP AUFTRITTSVERBOT FÜR LINKE LIEDERMACHER

DARMSTADT
2. Dezember

Dies ist ein Bericht über die Erfahrung zweier linker Liedermacher, über die Fortsetzung der SED Praxis in den Organisationen der DKP: „Wir waren für eine SDAJ Veranstaltung (Hainer-Festival) in der Fach hochschule Darmstadt am 27.11. engagiert worden.

Wir, das Duo „Starsenmusick" wurden für diese Veranstaltung vor der Ausbürgerung Biermanns engagiert. Unser Verhältnis zur DKP konnte und kann man als „kritisch-solidarisch" bezeichnen. Vor diesem Hintergrund sehen wir es als selbstverständlich an, zu aktuellen Ereignissen, wie jetzt zu Biermann, während unserer Auftritte Stellung zu beziehen. Grade auch in der DKP und ihren Ablegern muß die Diskussion um Biermann, an dem sich grundsätzlich Probleme festmachen, verstärkt werden, wie es ansatzweise schon in Marburg geschehen ist. Obwohl wir mit Biermann nicht in allen Punkten überein stimmen, erklären wir uns mit unserem populären Kollegen solidarisch, am dessen Beispiel sich die DDR-Regierung wieder mal ein Armutszeugnis ausgestellt hat, das von der offiziellen DKP-Linie wieder einmal abgesegnet wurde. Wir fordern jedoch nicht „weg mit der DKP", sondern daß sich die DKP etc. den Mut der Sozialisten in der DDR nehmen, die sich gegen die Ausbürgeung Biermanns ausgesprochen haben und deswegen der Verfolgung durch den DDR-Staatsapparat ausgesetzt sind.

Der vorhergehende Absatz stellt die Zusammenfassung einer Stellungnahme dar, die wir während unseres Auftritts dort verlesen wollten. Wir sollten als dritte Gruppe spielen, doch wurden wir vorher von den Veranstaltern gefragt, ob wir auch keine Biermann-Lieder spielen oder etwa zu Biermann etwas sagen wollten. Als wir bejahten, daß wir zu Biermann etwas sagen wollen aber bereit wären, auch schon vorher über unsere Stellungsnahme zu diskutieren, weil wir die Veranstaltung nicht sprengen wollten, wurden wir an die „höheren SDAJ und DKP -Funktionäre verwiesen.Diese ließen, während der folgenden kontroversen Diskussion mit uns keinen Zweifel daran, daß für uns ein Auftrittsverbot für diese Veranstaltung besteht. Uns wurde gesagt, daß unsere Stellungnahme in allen Punkten falsch sei und Biermann auf dieser Veranstaltung nichts zu suchen hätte, diskutieren über Biermann könne man ja mit den anwesenden DKP-Kandidaten. Also das übliche aus DKP-Kreisen:„...Die Organisationsfrage ist mit der DKP gelöst. ...die Linke befindet sich in der Offensive... Staatsapparat und Arbeiterklasse sind in der DDR identisch. ..." So einfach war die irrationale Gleichung dieser Leute, die uns einen deutlichen Vorgeschmack dafür geliefert haben, was uns erwartet, sollte die DKP jemals ihren Wunsch erfüllt bekommen, und in der BRD die Macht haben.

Wir waren nicht in der Lage, noch auf der Veranstaltung auf unser Problem aufmerksam zu machen und mußten wie „geprügelte Hunde" ohne Honorar abziehen.Daß unser Erlebnis selbst auf diesem Fest kein Einzelfall war, belegt das Auftrittsverbot für Jan Koneffke, der ebenfalls dort spielen sollte. Er hatte bereits vorher gesagt, daß er zu Biermann Stellung beziehen wollte. Als er später vor die Fachhochschule zog, um mit Flugblättern darüber zu informieren, wurden ihm die Flugblätter abgenommen und er selbst körperlich angegriffen. Er ist danach aus der SDAJ ausgetreten. (s.a. FR 30.11.)

Wir wollten mit unserem Bericht keinesfalls nur unseren Ärger ablassen und zum Rundschlag ausholen. Und wir sind über diesen Vorfall auch nicht froh. Denn die DKP hat nun mal Positionen in der Linken, die man nicht umgehen kann. Wir sehen uns aber wohl gezwungen, dieses Problem nicht individuell auszutragen, sondern dies hiermit an die linke Öffentlichkeit bringen.Das paradoxe der ganzen Sache verstärkt sich noch, wenn man weiß, daß Udo Jürgens am selben Abend in Ostberlin ein Konzert vor „verdienten Arbeitern" aus Betrieben der DDR gab. Nach dem MOtto: Biermann raus - Udo Jürgens und ähnliche Künstler" rein!"

Detlef Bolduan & Jörg Eigenbrodt
c/o Elkenbachstr. 31
6 Ffm 1

EIN JAHR APRIL-RECORDS

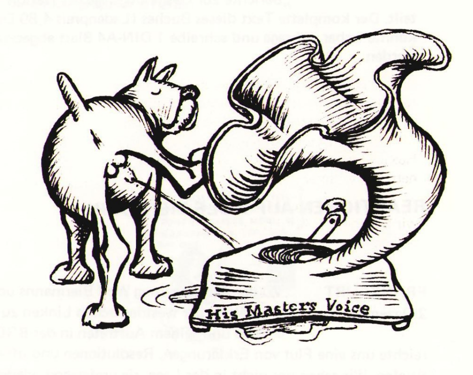
MÜNCHEN
25. November

Im Zusammenhang mit der Trikont- und April-Plattenproduktion ist jetzt die erste Nummer von „Unsere Stimme", Zeitung für eine Musik, die von unten kommt, erschienen.

Neben Beiträgen von Pete Seeger und Phil Ochs liegt der Schwerpunkt auf deutscher Musik von Straßenmusik, Politrock, Volksmusik bis zu einem Beitrag über linke Hörgewohnheiten von Walter Mossmann. Wir übernehmen eine Selbstdarstellung der April-Records Kooperative:

„Sicher ist es gut, einen kurzen Bericht über das erste Jahr April-Records zu erstatten. Worum es im Großen und Ganzen geht, nämlich, daß sich vier, inzwischen fünf Gruppen zu einer Produktions- und Vertriebsgemeinschaft zusammengeschlossen haben,ist in der Presse zu unserer großen Freude gut aufgenommen und entsprechend breitgetreten worden. Hier soll versucht werden, eine Kritik von innen heraus,also eine Art Selbstkritik mit optimistischer Aussicht zu verwirklichen.

Laßt uns von dem Tatbestand ausgehen, daß es der Neuen Linken einschließlich aller tausendundein Schattierungen von Freak-Sponti-Alternativgruppierungen nicht gelungen ist, eine auch nur halbwegs funktionierende Gegen-Ökonomie zu errichten. Weit und breit vermittelt sich der Eindruck, als sei sie auch gar nicht erwünscht. Dabei hatte diese Idee schon fast allen einmal eingeleuchtet. Was dagegen vorzüglich gelungen ist, ist ein babylonisch sprachverwirrender Blätterwald, der sich über die armen (noch) angestellten oder beamteten Lehrer, Kindergärtnerinnen und sonstigen Berufsgruppen ergießt, die das Zeug nur noch in einer linken Ecke stapeln können — ungelesen selbstverständlich — denn man brächte ja, um sich da durchzukrampfen, den Führer des Führers des Führers der roten Linie. Hingegen, wenn tatsächlich mal einer hie und da einen kleinen Schwarzmarkt oder Erdgarten mit all den guten Sachen aufmacht, und der sich auf seine eigene Szene verlassen müßte, könnte er schon nach drei Wochen seine Bude wieder abschotten.



Das ist die Zeit, in der wir leben, könnte der Chronist fortfahren, ein Leben zwischen ökonomischer Angst, psychischer Verfolgung und Knast. Welche Blüten soll man sich schon erwarten, wenn die ganze Kraft der Linken nur in sensationistisch-masochistische Keiltreiberei und Hetze ausartet, absolut auf Schwarzweiß? Gut geprotzt ist gut geklotzt.

Andererseits auf dieser wackligen Basis muß die Gründung von April-Records gediehen sein, denn das Unternehmen schlug bei fast der gesamten linken Presse (und nicht nur bei ihr) als derart interessantes Ereignis ein, daß fast ausschließlich über die politische, kaum aber über die musikalische und inhaltliche Qualität berichtet wurde. Zum guten Teil lag das auch in unserer Absicht und war deshalb richtig, aber es ist auch erschreckend, wie wenig alternative Produktionsformen es hierzulande gibt. Alle vier April-Gruppen, Ton-Steine-Scherben, Missus Beastly, Embryo, Sparifankal und der neu hinzugekommene Julius Schittenhelm haben Freunden, Freaks und Genossen angeboten, die April-Platten gegen Kleinhandelprovision unter sich zu vertreiben, doch wir könnten uns aus unseren schönen Platten Betten bauen, wenn der reguläre Handel sie nicht abnehmen würde. Nur etwa zehn Leute — und diese alte Freunde unserer Gruppe — haben ihre politische Haltung realisiert und bewiesen, daß man auf lange Sicht mit ihnen zusammenarbeiten kann. Ihnen sei hier besonders herzlich Dank ausgesprochen.

Sehr gut hat sich der Plattenverkauf über einen eigenen Infostand bei den Konzerten bewährt. Wir konnten sogar einen guten Teil der Trikont-Produktion mit vertreiben. Der direkte Kontakt zur Musik hat sich als fördernd erwiesen.

Das zeigt wieder einmal: als Konsumenten sind die Alternativen gar nicht schlecht — wir haben unsere ersten (wenn auch kleinen) Auflagen restlos unter die Leute gebracht. Das sollte anderen Gegen-Produktionen vielleicht Mut machen. Doch als szene-fördernde, selbstproduzierende Kraft sind die Progressiven nur schwach in Erscheinung getreten. Diese Tatsache hat nun auch einige beteiligte Musiker der April-Records-Gruppen etwas resignieren lassen, so daß in jeder Gruppe nur noch ein oder zwei Musiker die Sache aktiv vorantreiben. Ihre Bemühungen, die starkes politisches Bewußtsein voraussetzen, werden zusätzlich dadurch erschwert, daß sie ironisch als „Verkaufsmanager" abqualifiziert werden. Und wirklich besteht die Gefahr, sich nicht genügend um die Musik kümmern zu können.

Dennoch strahlt April in diesem Herbst optimistisch. Zwei neue Produktionen (Embryo, Bad Heads und Bad Cats und Julius Schittenhelm, Aristoteles) liegen Ende November vor. Weitere drei Produktion sind zum Frühjahr 77 geplant. Und die Aussicht, sie loszuwerden, ist besser als vor einem Dreivierteljahr bei den ersten Platten. „April — Musik im Vertrieb der Musiker" wird seiner praktischen Aufgabe gerecht. Was aber die ideelle Aufgabe einer breitgestaffelten, dezentralen Gegenökonomie, in der auch Tauschhandel und gegenseitige Hilfeleistung betrieben wird, angeht, sieht die Geschichte nicht so rosig aus.

Woran das liegt, bedarf sicher einer qualifizierteren Untersuchung, doch ich kann mir die Äußerung der Vermutung nicht verkneifen, daß die „Szene" in der BRD schon so ausgehungert ist, um sie mit einigen Kilogramm „H" und Hasch und einigen Hektolitern Alkohol auf kontrollierbarer Flamme halten zu können. Mit anderen Worten, sie zur Unfähigkeit zu verdammen.

Die Alternative heißt Gegenökonomie — mit Theorien sind wir zugedeckt. April hilft allen mit Rat und Tat,die sich an uns wenden.

aus: Unsere Stimme, Herausgeber: Trikont Verlag, Josephsburgstr. 16, 8000 München 90



FEST DER ALTERNATIVPRESSE

AACHEN 2.Dezember „Die Aachener Gegenpresse (das sind die Hochschulzeitung ‚TH-Klenkes' und die Bürgerinitiativzeitung ‚Klenkes') veranstaltet am Samstag, 18.Dezember ihr diesjähriges Klenkes-Pressefest. Und so wird es aussehen:

Ab 14 Uhr im AudiMax der TH (Wüllnerstraße) politisch-kulturelle Großveranstaltung mit Klaus dem Fiedler, Toni, Kölner Volkstheater, Walter Mossmann, der Hamburger Polit-Rock-Gruppe ‚Oktober' und Beiträgen vieler Gruppen und Initiativen aus Aachen. Ab 21 Uhr steigt ein riesiges Fest im Reiff-Museum (Schinkelstraße/Templergraben) mit Rock- und Jazzgruppen, Folk-Gruppen, internationalen Liedern, Filmen, Theater und vielem anderen mehr."

Kontakt: Klenkes, Oppenhoffallee 107, 5100 Aachen, Tel.Nr. 0241 / 50 77 66

ES SOLL EIN GEGENKULTURZENTRUM ENTSTEHEN

FRANKFURT 3. Dezember In Frankfurt gibt es schon seit einiger Zeit die Genossenkneipe „zum Elfmeter". Jetzt wurde das Gebäude, in dem die Kneipe sich befindet ganz angemietet: das ist unter anderem ein großer Saal und mehrere kleine Räume. Dort soll ein Gegenkulturzentrum entszehen. Geplant ist: Theater, Kino, Werkstätten, Schülerzentrum, Krabbelstube, Tauschladen, Musik- und Informationsveranstaltungen. Näheres darüber (noch ist nichts fertig) kann man am Samstag, 11. Dezember ab 16 Uhr auf einem Besichtigungs- Informationsfest erfahren.











INTERNATIONALES

PHILIP AGEE VON AUSWEISUNG BEDROHT

LONDON 30. November Zwei in England lebenden amerikanischen Staatsbürgern droht die Ausweisung, weil sie – laut offizieller Begründung – mit ihren Veröffentlichungen „eine Gefahr für die britische nationale Sicherheit" darstellten.

Es handelt sich um den ehemaligen CIA-Agenten Philip Agee, der nach zwölfjähriger Tätigkeit beim CIA mit seinen Insiderkenntnissen die Anti-CIA-Bewegung mit ausgezeichneten Informationen versorgte. (Siehe das Interview ID–Philip Agee im ID 101) Der zweite von der Ausweisung bedrohte ist der Journalist Mark Hosenball. Er war Redakteur bei Time Out (so eine Art riesengroßes Münchner BLATT für London). Das Magazin veröffentlichte als erste europäische Zeitung Namen und Adressen von CIA-Agenten. Inzwischen ist Mark bei der auflagenstarken Abendzeitung „Evening Standard". Auch seine Veröffentlichungen über Praktiken des englischen Geheimdienstes dürften dazu beigetragen haben, daß er jetzt als „unerwünschter Ausländer" gilt. Außer dem lakonischen Hinweis mit der „nationalen Sicherheit" und angedichteten „Kontakten zu fremden Geheimdiensten" gibt das Innenministerium nichts über die Hintergründe der Ausweisung bekannt. Von wo die Pressionen kommen, ist unschwer auszudenken. Den Ausweisungsbescheid unterschrieb kein anderer als Melvin Rees, der als ehemaliger Irland-Bevollmächtigter der britischen Regierung lange Zeit Kontaktmann und Koordinator der verschiedenen Geheimdeinstaktivitäten in Nordirland war. Mark und Philip werden noch vor ein Komitee des Innenministeriums geladen, das mit ihnen ein Hearing nach Art der „Committees on unamerican activities" durchführen wird. Erst danach kann der Innenminister die endgültige Ausweisung verfügen. Rechtsmittel dagegen gibt es nicht.

Die Angelegenheit hat jedoch in der britischen Öffentlichkeit erheblichen Staub aufgewirbelt. In der Presse wird ständig darüber berichtet. 70 Labour-Abgeordnete haben sich gegen die Ausweisung ausgesprochen. Der Labour-Abgeordnete Arthur Lewis hat sogar angedroht, gegen Regierungsvorlagen zu stimmen, falls der Beschluß nicht zurückgenommen wird. Das würde bei der Ein-Stimmen-Mehrheit für die Labour-Regierung natürlich sehr brenzlig. Ein Unterstützungskomitee versucht mit Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit weiter für Mark und Philip zu mobilisieren.

Als am 22.November auf einer großen Anti- Rassismusveranstaltung nach einer Demonstration mit 20 000 Leuten auch Innenminister Rees sich in Szene setzen wollte, wurde sein Beitrag unter Bezug auf die Ausweisungen niedergeschrien. Die liberale Presse, Journalistenverbände und Gewerkschaften haben sich ebenfalls mit Philip Agee und Mark Hosenball solidarisiert. Dabei kam noch einmal in für deutsche Presseverhältnisse erstaunlicher Offenheit die inhaltliche Arbeit der beiden zur Sprache: die Rolle und Funktion des CIA in England, die Namen der Agenten sowie Verbindungen und Eigenaktivitäten des britischen Geheimdienstes M 16.

Philip Agee steht kurz vor der Veröffentlichung eines weiteren Buches über den CIA, das bei Penguine erscheinen soll („The CIA in Europe, Who is who und what they do"). Eine Ausweisung nach Amerika könnte für ihn wie für Mark Hosenball gerichtliche Verfolgung nach sich ziehen. Es ist wichtig, daß auch von hier aus gegen den Beschluß des Innenministeriums protestiert wird. Schreibt an:

Ph.Agee/M.Hosenball Defence Commitee
186, Kings Cross Road
London WC 1 x 9 DE

PRIVAT–GEHEIMDIENST AUFGEFLOGEN

ZÜRICH 1.Dezember **Die Presse nannte es geschwind eine „kleine Watergate-Affaire"; durch eine Aktenbeschaffungsaktion ist es Mitgliedern der linken Schweizer Gruppe ‚Demokratisches Manifest' gelungen, über die Spitzelarbeit des Geheimdienstunternehmens Ernst Cincera zu informieren. Drei Manifest-Leute wurden daraufhin verhaftet, andere werden noch gesucht.**

Der Zürcher Werbefachmann Ernst Cincera sammelte seit Jahren systematisch Informationen über linke Gruppen und Aktivitäten, legte über 10 000 Personalakten von ‚verdächtigen' Leuten an und versorgte mit diesem Material Unternehmen und Behörden, „als Privatmann und nur aus persönlichem Interesse" wie er betont.

Daß er dabei auch bezahlte Spitzel in linke Gruppen einschleuste, bewies der Student Andreas Kühnis, der beim ‚Manifest' Kassierer wurde und sich von Cincera bezahlen ließ. Als seine Rolle dort aufflog, gelang es, über ihn an die umfangreichen Cincera-Unterlagen heranzukommen – sie werden an unbekanntem Ort ausgewertet.

Es ging aus dem Material eindeutig hervor, daß seine Datenbank nicht nur von staatlichen Stellen genutzt wurde, sondern daß diese Cincera massiv mit vertraulichen Informationen versorgt haben.
Im Zürcher ‚ZEITDIENST' sind die ersten Ergebnisse der Papiere zusammengefaßt:

– „die Zürcher Polizei ließ Cincera eine Liste, zwecks Archivierung, zukommen, von polizeilich untersuchten Personen, die an der Universität Zürich ohne Erlaubnis Broschüren verkauften.
– Aus der Kaserne erhielt Cincera eine Liste über Rekruten zugestellt, die ‚unangenehm auffielen'.
– Die Berner Kantonalbank meldete Cincera, sie habe einer linken Gruppe ein Konto gekündigt, unter Beifügung der Namen, die auf dieses Konto Zahlungen leisteten.
– Die Hochschulzeitung ‚HZ' erhielt von Cincera die Kopie eines Dokuments, das als ‚nur für dienstlichen Gebrauch' klassifiziert ist.
– Es liegen Unterlagen dafür vor, daß es innerhalb des EMD (=Eidgenössisches Militär Departement) einen Aufklärungsdienst gibt, dessen Existenz bisher geheimgehalten wurde.
– Cincera waren Dokument zugänglich, die aus der Zürcher ERziehungsdirektion stammen müssen."

In den Darstellungen der Presse wurde viel über die ‚unlautere Art' geredet, mit der die Manifest-Leute in den Besitz der Dokumente gelangten, weniger über deren Inhalte. Zwei Nationalräte (Parlamentsabgeordnete) gingen in einer Erklärung auf Cinceras Arbeit ein, in der sie auf seine ausgezeichneten Verbindungen zu „maßgebenden Kreisen der Wirtschaft und der politischen Rechten" hinwiesen.

Am 2. Dezember wurde durch Presseveröffentlichungen bekannt, daß Cincera als ‚Anti Subversions Experte' seine Dienste auch in der Bundesrepublik verkaufte. Ein Dokument belegt, daß er im April dieses Jahres vor Offizieren des Aufklärungsgeschwaders ‚Immelmann' einen Vortrag gehalten hat. Diese Luftwaffeneinheit hatte auch den leidigen Oberst Rudel zu einem Traditionstreffen eingeladen.

IRLAND – FRAUEN, DIE PFEIFEN ...

WESTBERLIN
29. November

„Frauen, die pfeifen und Hennen, die Kräh'n, denen sollt' man beizeiten die Hälse rumdrehn", so heißt der in der Überschrift angedeutete Spruch aus dem „Volksmund" im Ganzen. Zum Problem der Friedensbewegung „mothers for peace" in Nordirland (siehe auch ID 142, 144) übernehmen wir aus der Berliner Frauenzeitung Courage (siehe ID 131) Nr. 2 vom 15. Oktober 1975 den folgenden Artikel von Sibylle Plogstedt:

„Die irischen Frauen, *mothers for peace*", die in Belfast an mehreren Sonntagen demonstrierten, protestierten gegen Gewalt und Krieg. Sie protestierten gegen den Tod von Kindern. Ihr Ziel: „To live and love and build a peaceful society". (Leben, lieben und eine friedvolle Gesellschaft aufbauen) Aber an den Häuserwänden Belfasts stand zu lesen: „Betty ist eine Verräterin. Tötet sie!" Ab und zu war der Ruf zu hören: „Es lebe die IRA, es leben die Provos." Inzwischen ist eine der Frauen Opfer eines Anschlags geworden.

Betty Williams und Mairead Corrigan sagen über ihre Initiative, sie richte sich nicht gegen die IRA. Sie seien gegen jede Gewalt. Mit Trillerpfeifen wollen sie auf Gewalt aufmerksam machen, wann immer sie auftritt. Die irisch-republikanische Armee, die IRA, die im Untergrund für die Vereinigung von Nord- und Südirland kämpft, verhielt sich der Aktion der überkonfessionellen Bewegung gegenüber abwartend.

Auf den ersten Blick wirkt die Aktion der Frauen mutig. Sie scheint, weil hier erstmals Katholiken und Protestanten neu eine gemeinsame Aktion unternehmen, eine neue Dimension in die politischen und militärischen Auseinandersetzungen in Irland zu bringen. Der Wunsch nach Frieden ist verständlich und gemeinsame Aktionen von Frauen können tatsächlich neue Wege zeigen. Ist dies aber bei den Belfaster Frauen der Fall?

In Nordirland sind die Katholiken – und erst recht die Katholikinnen – gegenüber den Angehörigen der Anglikanischen Kirche sozial benachteiligt. Unter den Katholiken befindet sich die höchste Arbeitslosenrate, sie erhalten die niedrigsten Löhne, haben keine führenden Positionen in der Gesellschaft. Im Kampf um Gleichberechtigung der katholischen Bevölkerung kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, zur Stationierung der britischen Armee in Nordirland, über die unsere Presse Tag für Tag berichtet. Eine Aktion gegen die Gewalt an sich müßte sich gegen die Unterdrückung der katholischen Bevölkerung wenden. Aber über diese Unterprivilegierung, über den Grund, warum es zur Gewalt kam, haben die „mothers for peace" nichts gesagt.

Die Aktion der Frauen hat ein weltweites Echo gefunden. Der Vatikan, der über einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf die irischen Katholiken verfügt, hat alle Frauen aufgerufen, „überall, wo der Frieden bedroht ist, und wo das unsinnige Kriegsspielen fortgesetzt wird, aus voller Lunge zu pfeifen". Der Vatikan, der nie etwas für Frauen getan hat und ihre Selbständigkeit systematisch durch das Verbot von Abtreibung und Verhütung verhindert, stellt sich hinter diese Aktion. Die soziale Lage der katholischen Frauen interessiert ihn nicht.

Frau Renger und die Junge Union haben die „mothers for peace" für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Und in Hamburg haben Frauen begonnen, Trillerpfeifen für die Belfaster Frauen zu sammeln. 4.000 Pfeifen und 5.000 DM wurden hingeschickt. Pfeifen gilt bei Frauen als politische Aktion.

Was passiert, wenn die irischen Frauen immer dann pfeifen, wenn sie Gewalt sehen? Wann pfeifen sie eigentlich? Pfeifen sie, wenn die britische Armee mit Panzern gegen Demonstranten vorgeht, beim Krach der Panzer? Pfeifen sie, wenn ein Mitglied der IRA von britischen Soldaten in Nordirland verhaftet wird, gegen seinen/ihren Willen nach London gebracht wird, um dort von einem Gericht verurteilt zu werden, dessen Zuständigkeit er/sie nicht anerkennt?

Pfeifen sie überhaupt, wenn die britische Armee eingreift? Oder pfeifen sie nur, wenn sie die schwarze Uniform der IRA sehen, einen Einzelnen, der sich hinter einer Häuserwand verbirgt und von britischen Soldaten ungesehen um die Ecke biegen will; wenn jemand eine Plastiktüte abstellt?

Die Aktion Trillerpfeife geschieht zu einer Zeit, in der die Europäische Menschenrechtskommission erklärt, daß die Art, wie die britische Armee Verhaftete verhört, Folter ist: das mit gespreizten Armen und Beinen an Wänden Stehen, das Einbinden des Kopfes mit nassen Tüchern, die beim Trocknen den Kopf fast zum Platzen bringen, die akustische Folter durch andauernden Lärm, die systematische Verminderung von Essen, Trinken und Schlaf. Pfeifen die Frauen während der Verhöre?

Die Aktion Trillerpfeife geschieht zu einer Zeit, in der die britische Armee zum ersten Mal zusammen mit der irischen Polizei auch in der Republik Irland gegen die IRA vorgeht. Sie geschieht zu einer Zeit, in der die Republik Irland den Ausnahmezustand verkündet und dieselben Gesetze gegen Terroristen verabschiedet, die in Nordirland schon seit 1971 gelten. Allein der Versuch, für die IRA zu rekrutieren, kann mit zehn Jahren Gefängnis bestraft werden. Pfeifen die Frauen gegen diese Gesetze?

Seit mehreren Wochen nun schon erhalten Polizei und britische Armee mehr Informationen über die Mitglieder der IRA sowie über mögliche Attentäter. Es scheint, als ob die Aktion vor allem dazu beigetragen hat, die schweigende Solidarität der katholischen Bevölkerung Nordirlands mit der IRA aufzubrechen.

Die Aktion der Frauen, die sich zu dem politischen Konflikt Irland – Großbritannien und zu der Frage der Unabhängigkeit ganz Irlands nicht geäußert haben, gerät in Gefahr, allein für Großbritannien als billiges Frühwarnsystem zu dienen. Wo sonst Polizei und Armee bezahlt Alarm bliesen, erfüllen nun die Frauen diese Aufgabe. Ob sie das wollten?

aus: **Courage Nr. 2**
Redaktionsanschrift: **Berliner Frauenzeitung Courage,**
Bleibtreustraße 48, Gartenhaus links
1000 Berlin 12
Tel.: 030 / 883 65 29

STREIK IN SCHWEDISCHEN GEFÄNGNISSEN

TIDAHOLM 1. Dezember Folgender Brief erreichte uns am 1. Dezember:

„Da sich die deutsche Presse bisher über den nun schon die zweite Woche andauernden Knaststreik in Schweden noch nicht geäußert hat, halte ich es für angebracht, an euch zu schreiben. Der Streik findet landesweit statt. Beiliegend die deutsche Übersetzung des Manifestes der Gefangenen in Tidaholm. Weitere Informationen über:

Tidaholms förtroenderad, Box 77, S-52200 Tidaholm."

MANIFEST DER GEFANGENEN VON TIDAHOLM

Tidaholm, den 17. 11. 1976
Vertrauensrat von Tidaholm

Antrag zur Abschaffung von Folterinstrumenten in der sogenannten schwedischen Kriminalfürsorge, insbesondere die Spanngürtelbetten und die Isolationsrasthöfe, besser bekannt unter der internationalen Bezeichnung „Tigerkäfige" („tigercages").

Anzeige beim Justiz-Ombudsmann wegen Folter in den Gefängnissen und in der Untersuchungshaft.

Immer noch bedient man sich in der schwedischen Kriminalfürsorge Folterinstrumenten wie der Spanngürtelbetten und Isolationsrasthöfe.

Das Spanngürtelbett ist eine Art kreuzförmiger Tisch, den man in vielen Gefängnissen in Schweden bis heute vorfindet. Auf diesen Tischen werden Menschen bis zur Unbeweglichkeit festgespannt, wenn es das Gefängnispersonal für notwendig erachtet. Dieser Tisch steht für die bis zur Gewalttätigkeit gereizten Häftlinge bereit. In der Praxis wird das Spanngürtelbett angewandt,um Gefangene ohne Risiko prügeln zu können. Nach dem Gesetz ist die „Fessel" zur Bemeisterung gewalttätig auftretender Gefangener zugelassen,über obig beschriebenes Modell wird bekannterweise nicht gesprochen.

Tidaholms Vertrauensrat schlägt vor, anstelle der „Spanngürtelbetten" zum Beispiel „Gummizellen" für Personen, die in so hohem Grade erregt wurden, daß sie in diesem Moment eine Gefahr für andere oder sich selbst darstellen.

Diese Spanngürtelbetten, die zur Zeit angewandt werden, auf die man bis zur Verletzung von Armen und Beinen festgespannt wird, dienen nur einem Zweck: nämlich daß bewußt oder unbewußt offene oder versteckte perverse Absichten auf Kosten der Gefangenen befriedigt werden, um diese Gefangenen, die dieser Behandlung von sogenannten „Pflegern" ausgesetzt werden, definitiv zu zerbrechen.

Isolationshöfe findet man ebenso wie Spanngürtelbetten in allen Untersuchungsgefängnissen und in vielen schwedischen Gefängnissen. So daß man gewöhnlicherweise in der Untersuchungshaft isoliert wird und nur ausnahmsweise in Kontakt mit anderen Untersuchungshäftlingen kommt. Dieses Verfahren sucht sein Gegenstück in den meisten europäischen Staaten. Nicht einmal während des Spazierganges bricht man hier im Lande die totale Isolation.

Diese Isolationsrasthöfe haben tortenstückartige Form; eine Fläche von ca. 12 m² und bestehen ausschließlich aus Betonboden. Betonwänden, einem Gittertor und sind mit einem Drahtnetz abgedeckt. Monatelang, oft bis zu einem Jahr, ist dieser Käfig die einzige Möglichkeit für den Häftling, frische Luft zu schnappen.

Selbst in den schwedischen Gefängnissen finden sich diese Isolationsrasthöfe – wie z.B. hier in Tidaholm. Obwohl die Isolierung offiziell im Sommer abgeschafft wurde, gibt es diese Isolationsrasthöfe in derselben grausamen Ausgestaltung in den Gefängnissen sowie in der Untersuchungshaft, obwohl hier in Tidaholm und anderen Gefängnissen üblicherweise eine relativ große Spazierfläche vorhanden ist. Ein Teil davon könnte der Spaziervergrößerung von Isolierten dienen. In Tidaholm gibt es keinen Platzmangel wie in gewissen schwedischen Untersuchungsgefängnissen.

Wir fordern deswegen, daß der Justiz-Ombudsmann oder eine andere kompetente Behörde die Torturen stoppt, wie z.B. die Anwendung der „Tigerkäfige", fordern die Abschaffung dieser und größere Räumlichkeiten. Hier in Tidaholm ist ausreichend Fläche für diesen Zweck vorhanden.

Wir fordern zwei bis drei Stunden Spazierzeit täglich für die Isolierten und zwar auf einer Fläche von mindestens 35 m². Die Zeit und Fläche, die wir fordern, stimmen mit den Empfehlungen des schwedischen Hundehalterverbandes überein. Würden die Empfehlungen des Hundehalterclubs für Hunde für schwedische Gefangene verwirklicht, so würde das einen großen Fortschritt in der schwedischen Kriminalpflege bedeuten. Wir stellen dem Justiz-Ombudsmann anheim: Die Tortur in Schwedens Untersuchungsgefängnissen und den Gefangenenhäusern zu stoppen.

Vertrauensrat in Tidaholm

TÄGLICHER FASCHISMUS IN DER TÜRKEI

ISTANBUL 18. November Die bundesdeutsche Presse bewahrte auch in jüngster Zeit ihr Stillschweigen über den zunehmenden faschistischen Terror in der Türkei. Wird dieses Stillschweigen einmal durchbrochen, so ist in bewährter Manier von „Studentenauseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten" die Rede. Um diese Informationssperre zu durchbrechen, geben wir im folgenden eine bei weitem nicht vollständige Übersicht über die Ereignisse in der Türkei während der vergangenen vier Wochen. Diese Übersicht wurde aufgrund von Berichten der sozialdemokratisch orientierten türkischen Tageszeitung „Politika" und „Cumhuriyet" zusammengestellt.

14.10. Ankara: 450 Studenten der staatlichen Ingenieur- und Architekturakademie Ankaras (ADMMA) werden von ca. 200 Angehörigen der faschistischen Kommandos mit Schlagringen und Fahrradketten angegriffen. 40 Studenten werden verletzt – 20 von ihnen werden krankenhausreif geschlagen. Als die zu Hilfe gerufene Polizei erscheint, beginnt diese zusammen mit den Kommandos die Studenten zu jagen und zusammenzuknüppeln.

Istanbul: Der CHP-Funktionär Ülker (CHP = Republikanische Volkspartei; sozialdemokratisch) will von einer Parteisitzung kommend in ein Taxi einsteigen. Der Taxifahrer gibt sich als Angehöriger der Zivilpolizei zu erkennen und zwingt Ülker zu einem Gendarmerieposten mitzukommen. Dort wird er vom Taxifahrer und zwei Polizisten zusammengeschlagen. Danach wird er zu einem Büro der Geheimpolizei gebracht und dort etwa eine Stunde lang mit Riemen, Eisenstangen und Knüppeln blutig geschlagen.

16.10. Izmir: Antifaschistische Studenten protestieren gegen die Belegung eines Studentenwohnheims durch faschistische Kommandos. Daraufhin schießen die Kommandos aus dem Studentenwohnheim auf die Protestierenden. Ein Universitätsangestellter sowie zwei Studenten werden schwer verletzt; einem davon muß ein Bein amputiert werden.

Izmir: In der Aufnahmeprüfung einer Fachhochschule in Izmir, deren Lehrkörper seit kurzem von Faschisten durchsetzt ist, werden die Prüflinge nach dem Parteiprogramm der faschistischen MHP-Partei abgefragt. Um den Widerstand gegen diese Maßnahme leichter unterdrücken zu können, haben sich die Faschisten einen Trick ausgedacht: An dieser bisher nur Studentinnen vorbehaltenen Fachhochschule wurden erstmals männliche Studenten — natürlich Faschisten — aufgenommen.

Ankara: Vier Studenten, die in einer Parterrewohnung zusammensitzen, werden durchs Zimmerfenster von der Straße her beschossen.

Istanbul: Studenten der staatlichen Ingeneur- und Architekturakademie Istanbuls werden von mit Pistolen bewaffneten Kommandos angegriffen. 2 Studenten werden verwundet.

19.10. Bismil (Südostanatolien): Eine Gruppe von Oberschülern wird von einem faschistischen Kommando angegriffen. Nachdem sich Polizei und Gendarmerie in die Auseinandersetzungen eingeschaltet haben, müssen vier Oberschüler sowie ein zufällig in die Auseinandersetzungen geratener städtischer Angestellter schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden. Auf diese Nachricht hin versammeln sich die Bewohner Bismils vor dem Sitz des Landrats und fordern in Sprechchören:,,Demission des Landrats", ,,Demission des Staatsanwalts" und ,,Tod den Faschisten". Daraufhin läßt der Landrat aus der Provinzhauptstadt Diyafbakir Truppenverstärkungen holen.

Kars (Ostanatolien): Einem Schüler muß ein Bein amputiert werden, nachdem er von faschistischen Messerstechern angegriffen und schwer verletzt worden ist.

20.10. Ergani (Südostanatolien): Faschistische Studenten der örtlichen Lehrerausbildungsanstalt greifen antifaschistische Studenten mit Prügeln und Messern an. Bilanz: 12 Verletzte, davon mehrere schwerverletzt.

21.10. Ankara: Das medizinische Kolleg des Stadtteils Keciören wird von einem vorbeifahrenden Wagen aus beschossen.

Ankara: Der CHP-Funktionär Fazlilar wird nachts auf dem Nachhauseweg von Faschisten zusammengeschlagen.

Ankara: Faschistische Kommandos beschießen das Gebäude des Nachbarschaftsvereins der Arbeiter- und Angestelltensiedlung Abidinpascha. Einer wird verletzt.

Ankara: Ein Student wird in den Abendstunden von Faschisten angeschossen. Um Erste Hilfe zu bekommen, schleppt er sich in ein nahegelegenes Militärkrankenhaus, wo man sich aber weigert, ihn zu behandeln. Erst in einem anderen Krankenhaus wird ihm die Kugel aus dem Unterschenkel entfernt.

25.10. Ankara: Vertreter der Angestellten der Land- und Siedlungsbehörde (u.a. zuständig für die Landreform) geben bekannt, daß in ihrer Behörde ,,schwarze Listen" über Angestellte angelegt werden, die nicht mit der Politik der gegenwärtigen nationalistischen Koalitionsregierung übereinstimmen. Zudem würden sich bewaffnete Angehörige der faschistischen Kommandos in der Behörde aufhalten und die Angestellten überwachen.

28.10. Corum (Mittelanatolien): Ein an seinem Stand auf Fahrgäste wartender Taxifahrer wird von einem 10 -15 Mann starken faschistischen Kommando angegriffen, zusammengeschlagen und schließlich noch durch 6 Messerstiche verletzt. Der Taxifahrer hatte am 23.10. anläßlich einer Kundgebung gegen den faschistischen Terror Kundgebungsteilnehmer mit seinem Taxi zum Versammlungsort gefahren.

Ankara: Zwei Studenten werden nachts im Stadtteil Keciören von Unbekannten beschossen. Beide werden schwer verletzt.

Gaziantep (Südostanatolien): Der Vorsitzende des ,,Revolutionären Kulturbundes" von Gaziantep und der Ortssekretär der Lehrergewerkschaft TÖB-DER sind festgenommen worden. Ihnen wird vorgeworfen, anläßlich einer vor kurzem abgehaltenen Demonstration gegen den faschistischen Terror und gegen die Teuerungswelle kurdische Propaganda betrieben zu haben.

Izmir: 12 Mitglieder der linken Gewerkschaft DISK die in einem Studentenheim angestellt sind, werden ohne Grund entlassen. Offensichtlich steht diese Maßnahme im Zusammenhang mit dem Rausschmiß von antifaschistischen Studenten aus diesem Heim.

Istanbul: 10 Frauen — Mitglieder des ,Revolutionären Frauenverbandes' — werden im Stadtteil Üsküdar von der Polizei festgenommen, als sie die Frauenzeitung ,,Kadinlarin Sesi Gazetesi" verkaufen.

29.10. Izmir: Die Vereinigung der Maschinenbauingeneure in Izmir gibt bekannt, daß in der Aliaga-Erdölraffinerie damit begonnen wurde, solche Arbeiter zu entlassen, die der linken Chemiearbeitergewerkschaft angehören. An ihrer Stelle wurden Mitglieder der faschistischen ,gelben' Gewerkschaft MISK eingestellt. Während der Massenstreiks gegen die faschistischen türkischen Staatssicheheitsgerichtshöfe Ende September hatten die Chemiearbeiter, und insbesonder die Arbeiter der Aliaga-Erdölraffinerie, eine führende Rolle gespielt.

30.10. Balikesir (Westanatolien): Am örtlichen Lehrerausbildungsinstitut, an welchem vor einiger Zeit Kommandoangehörige als Studenten aufgenommen wurden, werden 8 Lehrkräfte, Mitglieder der Lehrergewerkschaft TÖB-DER, zwangsversetzt.

31.10. Ankara: Anläßlich des bevorstehenden Semesterbeginns teilen die Studenten der staatlichen Ingeneur- und Architekturakademie (ADMMA) die Bilanz eines einjährigen faschistischen Treibens an ihrer Akademie mit: 6 Kommilitonen von Kommandos ermordet — 181 schwerverletzt.

1.11. Ankara: Wie die Tageszeitung ,Politika' bekanntgab, wurden an alle Ministerien und Ämter Ankaras ,schwarze Listen' mit den Namen und Daten von 2437 Personen ausgeteilt, die während der Militärregierung von 1971-73 in der Provinz Ankara verhaftet worden warn und die deshalb auch jetzt ,mit Vorbehalt' zu behandeln seien.

Ankara: Aus einem vorbeifahrenden Wagen heraus werden Studenten einer Lehrerausbildungsanstalt vor ihrem Studentenwohnheim beschossen.

2.11. Istanbul: Bei einer von Faschisten provozierten Schießerei zwischen Studenten wird ein unbeteiligter 14-jähriger Junge auf der Straße erschossen.

Ankara: Im Gebäude der Sprach- und Geschichtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Ankara beginnen mehrere faschistische Kommandos schlagartig um 10 Uhr morgens in allen Stockwerken Studenten mit Knüppeln und Fahrradketten anzugreifen. Sechs Studenten werden verletzt.

Ankara: Mit Billigung des Direktor Mustafa Sen kontrollieren mit Pistolen bewaffnete Kommandoangehörige am Tor der Lehrerausbildungsanstalt ‚Gazi Egitim Enstitüsü' alle ein- und ausgehenden Studenten.

Izmir: Bei einem bewaffneten Angriff faschistischer Kommandos auf Studenten der Ege-Universität werden drei Studenten verletzt.

Cannakale (Marmaragebiet): Nach einer Meldung der Tageszeitung ‚Politika' wurden am Lehrerausbildungsinstitut der Stadt Cannakale Mitglieder der faschistischen MHP-Partei ohne die für alle Studenten vorgeschriebenen schriftlichen Eingangsprüfungen immatrikuliert.

3.11. Istanbul: Vor der Mensa der Medizinischen Fakultät der Universität Istanbul werden 2 Studenten von Faschisten beschossen. Der Student Özcelik erhält einen Schuß durch die Lunge und schwebt in Lebensgefahr.

Ankara: Faschistische Kommandos bringen im Gebäude der Agrarwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ankara eine Bombe zur Explosion. Nachdem sie so unter den Studenten eine Panik ausgelöst haben, ziehen sie umsichschießend weiter zur benachbarten Veterinärmedizinischen Fakultät.

Ankara: Mustafa Sen, der Rektor der Lehrerausbildungsanstalt ‚Gazi Egitim Enstitüsü' läßt einen Studenten, der Schutzmaßnahmen gegen die Faschisten fordert, von der Polizei festnehmen mit der Begründung: „Dieser Student ist ein anarchistischer Provokateur".

Izmir: Bei der Eröffnungsfeier zum Beginn des neuen Semesters gibt Macit Abi, der Rektor der Lehrerausbildungsanstalt ‚Buca Egitim Enstitüsü' den anwesenden Studenten bekannt: „Unter euch gibt es Kommunisten. Wir werden sie aus der Schule hinaussäubern". In der Eröffnungsfeier wurde den Studenten u.a. empfohlen Hitlers ‚Mein Kampf' und die Reden von Türkes, dem Führer der faschistischen Partei MHP zu lesen.

Ankara: Kenan Budak, der Vorsitzende der Gewerkschaft Bar-Der-Is, wird durch einen Schuß aus einem vorbeifahrenden Wagen verletzt.

4.11. Erzurum (Ostanatolien): Dr. Ünlü, ein Dozent der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erzurum, wird vor seinem Fakultätsgebäude von vier Kommandoangehörigen angegriffen und mit Knüppeln zusammengeschlagen. Er erleidet schwere Kopfverletzungen.

8.11. Ankara: 175 Studenten der Hochschule für Handel und Tourismus, die gemeinsam versuchen ihre Hochschule zu betreten werden von Faschisten aus dem Hochschulgebäude heraus geschossen. Auf der Strecke bleiben sechs Verletzte — davon zwei lebensgefährlich verletzte Studenten. Schließlich mischt sich auch noch die Polizei ein und trieb die Studenten auseinander. Zur Vorgeschichte: Im vergangenen Semester waren erstmals Kommandoangehörige als Studenten der Hochschule aufgenommen worden. Sie hatten bald damit begonnen, antifaschistische Studenten zusammenzuprügeln und mit vorgehaltener Pistole am Betreten der Hochschule zu hindern. Schon damals war ein Student von den Faschisten ermordet worden. 400 Studenten konnten in der Folgezeit ihre Hochschule nicht mehr betreten, konnten deshalb auch nicht mehr an Prüfungen teilnehmen und wurden schließlich auch nicht in die nächste Klasse versetzt. Diese Studenten klagten vor Gericht auf Versetzung; das Urteil gab ihnen recht, ohne ihnen jedoch praktisch zu ihrem Recht verhelfen zu können. Aus diesem Grund hatten sie nun versucht, gemeinsam die Hochschule zu betreten.

Ankara: Auch an der staatlichen Ingenieur- und Architekturakademie griffen faschistische Kommandos wieder mit Prügeln und Ketten und Eisenstangen an. Mehrere Studenten wurden verletzt.

Izmir: An der Ege-Universität werden Studenten der volkswirtschaftlichen Fakultät vor dem Fakultätsgebäude von Kommandos angegriffen. Die auf die Straße fliehenden Studenten werden schließlich auch noch von der Polizei angegriffen und brutal verprügelt. Eine ganze Reihe von ihnen wird festgenommen. Der Journalist Atar von der Tageszeitung ‚Hurriyet' wird ebenfalls von der Polizei verprügelt, sein Photoapparat wird zerstört.

Istanbul: Eine neue Methode um antifaschistische Studenten aus ihren Wohnheimen hinauszusäubern wird aus Istanbul bekannt: Alle Studenten höheren Semesters müssen bis zum 30.10. einen neuen ‚Sicherheitsausweis' (eine Art ‚Polizeiliches Führungszeugnis') vorweisen, sonst werden sie aus den Wohnheimen geworfen. Es ist anzunehmen, daß alle Studenten, bei denen man weiß oder vermutet, daß sie Antifaschisten sind, diesen neuen Sicherheitsausweis nicht bekommen werden — oder allenfalls mit erheblicher Verzögerung. Zweck dieser Maßnahme ist es, in den Studentenwohnheimen Platz für die Angehörigen der Kommandos zu schaffen.

Viransehir (Südostanatolien): In diesem Gebiet sind Anghörige der faschistischen MHP-Partei von der Regierung dazu auserwählt worden, eine sogenannte ‚Bodenreform' durchzuführen. Schon seit einiger Zeit ist es in der Türkei ein offenes Geheimnis, daß dort weniger eine Verteilung des Landes an die Bauern erfolgen soll, sondern daß vielmehr die für diese Landreform bereitgestellten Mittel dazu verwendet werden, die Kommandos mit Waffen auszurüsten und Großgrundbesitzern (welche natürlich die MHP unterstützen) für minimale Landaufgaben mit maximalen Summen zu entschädigen. Wie die Tageszeitung ‚Politika' meldete, sind nun die MHP-Landreformer dabei, die Bauern zum Aufhängen von Propagandaplakaten der MHP und ihres Führers Türkes an ihren Häusern zu zwingen.

10.11. Izmir: 30 Kommadoangehörige hindern Studenten am Betreten der Universität. Es kommt zu einer Auseinandersetzung, bei der zwei Studenten verletzt werden. 8 Studenten werden schließlich von der Polizei festgenommen.

Adana (Südanatolien): An der Medizinischen Fakultät der Universität von Adana werden ebenfalls Studenten von Kommandoangehörigen angegriffen.

11.11. Istanbul: Faschistische Kommandos besetzen das Hauptgebäude der Universität Istanbul und hindern Studenten am Betreten des Gebäudes. Die bald auftauchende Polizei unternimmt nichts gegen die Kommandos, sondern ermöglicht es ihnen, das Gebäude unbehelligt zu verlassen und sich zu einem Demonstrationszug zu formieren.

12.11. Ankara: Die Zensurbehörde des türkischen Innenministeriums verbietet den tragikomischen Film „The Bus", der sich kritisch mit der Situation der türkischen Arbeiter im Ausland auseinandersetzt. Dieser Film des in der Schweiz ansässigen türkischen Regisseurs Tunc Okan hatte in jüngster Zeit bei mehreren internationalen Filmfestspielen Preise errungen.

Manisa (Westanatolien): Oberschüler aus einer Kreisstadt bei Manisa werden beim Verlassen ihrer Schule von Kommandos angegriffen.

Mlatya (Südanatolien): Zwei Lehrer und zwei Schüler werden von Kommandos angegriffen und zusammengeschlagen.

Ankara: Ein Oberschüler wird von faschistischen Messerstechern angegriffen und verletzt.

Ankara: Bei einem neuerlichen Kommandoangriff mit Fahrradketten und Knüppeln werden an der Lehrerausbildungsanstalt ‚Gazi Egitim Enstitüsü' 30 Studenten verletzt.

13.11. Ankara: An einer Oberschule Ankaras wird bei einem Kommandoangriff ein Oberschüler durch einen Pistolenschuß und ein anderer mit einem Schlagring verletzt. Die herbeigerufene Polizei schlägt ihrerseits noch mehrere Oberschüler zusammen.

EIN KRANKENPFLEGER BERICHTET VOM LIBANONKRIEG

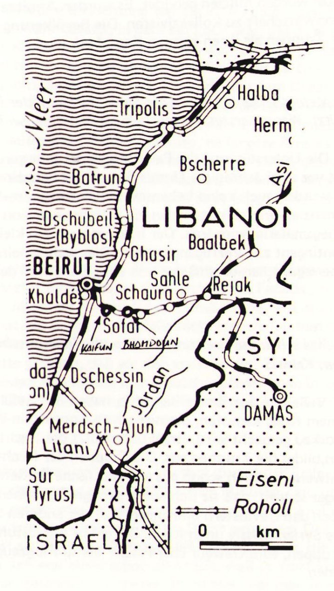
WIESBADEN 1.Dezember Andreas Lutz, ein Wiesbadener, der auf der Seite der Palästinensischen Befreiungsorganisation im libanesischen Bürgerkrieg als Krankenpfleger an der Front gearbeitet hat, und dabei in syrische Gefangenschaft geriet, berichtete im folgenden Interview mit der Wiesbadener Stadtzeitung PROVINZ über die Situation im Libanon. Als einer der wenigen Europäer, die aus syrischer Gefangenschaft freikamen, konnte er darüberhinaus über die Foltermethoden des syrischen Geheimdienstes aus eigener Erfahrung berichten.

Frage: Warum bist du in den Libanon gegangen?

Antwort: Ende Juni wurde im ID ein Aufruf der arabischen Liga veröffentlicht, der in der Hauptsache im Ausland lebende Palästinenser ansprechen sollte. Die Ärzte und das Pflegepersonal die vorher im Libanon tätig waren, sind bei Ausbruch des Bürgerkrieges zu großen Teilen ins Ausland gegangen. Man brauchte dringend Ärzte und Pflegepersonal, da es viele Verletzte, aber keine ausreichende ärztliche bzw. pflegerische Betreuung gab. Dieser Aufruf war gekoppelt mit ersten ausführlichen Berichten über Tel Al Zatar und den Zuständen in den libanesischen Krankenhäusern.

Wann und wie bist du da runter gekommen?

Ich bin Mitte August über die Vermittlung der Palästina-Informationsstelle in Bonn in den Libanon gereist. Über Zypern, von dort aus weiter mit dem Schiff, und kam am 20. August in Saida an. Von dort bin ich weiter nach Beirut gefahren und habe mit den zuständigen Stellen des palästinensischen Roten Halbmonds geredet. Ich ging dann nach Kaifun. Kaifun ist ein Ort, ungefähr 30 km hinter Beirut, in den Bergen. Dort war ein Notkrankenhaus mit einer Kapazität von ca. 30 Betten eingerichtet.



Wie waren die Arbeitsbedingungen dort?

Das Krankenhaus war relativ gut ausgerüstet. Es gab einen kleinen OP und einen großen Ambulanzbus aus Holland. Dort habe ich ungefähr sechs Wochen gearbeitet. Es gab dort palästinensische Ärzte, die dem Aufruf gefolgt und in den Libanon gekommen sind. Das Verhältnis Arzt/Pflegepersonal war verglichen mit hiesigen Verhältnissen einfach großartig. Es wurde alles gemeinsam besprochen. Es war ein unheimlich gutes, schon mehr als kollegiales Verhältnis. Es war echt eine vollkommene Gleichberechtigung. Alle haben monatlich 200 libanesische Pfund (etwa 200 Mark) Bezahlung erhalten. Wir haben alle in einem Haus gewohnt und hatten alle die gleiche Verpflegung. Die Arbeit dort hat mir viel Spaß gemacht.

Gab es viele Verletzte, und wer war hauptsächlich betroffen?

Der Anteil der Verletzten unter der Zivilbevölkerung betrug ungefähr 85 %. Es gab sehr viele Verletzte und Tote. Die Dorfbewohner hatten keinerlei Kenntnis über Erstbehandlung von Verletzten. Kaifun war das einzige Krankenhaus im Umkreis von etwa 30 km. Wir haben uns dann entschlossen, Ambulanzen in den Dörfern aufzumachen, damit die leichten Verletzungen in diesen Ambulanzen behandelt werden können und die Schwerverletzten eine Erstbehandlung bekommen.

Wenn du sagst, daß die Verletzten zu 85 % Zivilbevölkerung war, würde das doch bedeuten, daß es dem widerspricht, was die Syrer vertreten, daß sie nämlich ihren Einmarsch damit begründen, daß daß sie dem libanesischen Volk Frieden bringen wollen?

Dieser Bürgerkrieg soll nicht in seiner wahren Form, als ein wirklich revolutionärer Krieg, dargestellt werden, sondern er soll wieder zu einem Religionskrieg gemacht werden. Es ist eigentlich ein sehr imperialistisches Denken gewesen, was die Syrer dazu bewogen hat, in den Libanonkrieg einzugreifen. Sie hatten Angst, daß dort ein revolutionärer Staat entsteht. Vor dem Einmarsch der Syrer war die militärische Situation so, daß die Revolution am Gewinnen war. Sie hatten die größere Unterstützung der Bevölkerung. Die Dörfer waren durchorganisiert. In den Dörfern selbst wurden Milizen gebildet. Es wurden Ansätze gemacht, die Landwirtschaft zu kollektivieren. Die Bevölkerung hat den Kampf der Truppen als ihren eigenen Kampf erkannt.

Meines Wissens werden die Syrer stark von der UdSSR unterstützt. Wer unterstützt eigentlich die Palästinenser?

Die Unterstützung der Palästinenser ist sehr gering. Die UdSSR hat vor zwei Jahren die Unterstützung der Palästinenser eingestellt. Es wurden auch keine Lebensmittellieferungen mehr gemacht. Finanziell unterstütztwerden die Palästinenser von Lybien, mit Kriegsmaterial vom Irak. Der Irak hat auch ein kleines Truppenkontingent zur Verfügung gestellt. Dies wahrscheinlich aus der Überlegung heraus, daß der Irak ein „Erbfeind" der Syrer ist.

Wie sehen die palästinensischen und libanesischen Soldaten zu dem Krieg?

Viele, die dort unten kämpfen, haben das Gefühl, daß sie in einem Krieg kämpfen, der nicht dort, sondern in Washington und Moskau gemacht wird. Israel unterstützt die Rechtskräfte mit Waffen,bildet die Truppen aus. Die Truppen der Rechtskräfte sehen teilweise wirklich schon aus wie israelische Soldaten, die gehen sogar so weit, daß sie sich außer dem großen silbernen Kreuz auch noch den Davidstern umhängen. Auf der anderen Seite die UdSSR, die Syrien massiv unterstützt. Die ganze Ausrüstung der syrischen Truppen, vom Gewehr über Panzer bis zu Flugzeugen, kommt von ihnen.

In dem allgemeinen Verwirrspiel hat sich die Presse auch daran beteiligt, daß auf seiten der Palästinenser internationale Anarchistenverbände kämpfen würden. Was kannst du aus deinen eigenen Erfahrungen dazu sagen?

Es gibt da unten Europäer, sie sind meistens — wie ich — im humanitären Bereich eingesetzt. Und vereinzelt werden wohl auch welche kämpfen. Die bürgerliche Presse will damit erreichen, daß der Kampf nicht als Kampf des libanesischen Volkes angesehen wird, sondern als ein von den Palästinensern finanzierter Bürgerkrieg. Ich habe selbst die Frage dem ehemaligen Kommandanten von Tel Al Zatar gestellt. Ich habe ihm gesagt, daß in der Presse berichtet wird, daß Genossen aus Japan, der BRD in Tel Al Zatar gekämpft haben sollen. Der daraufhin antwortete, daß dem gar nicht so sei, er hätte selbst Pressemeldungen gelesen — in libanesischen rechten Zeitungen — daß man in Tel Al Zatar versucht hätte, eine Atombombe zu bauen, und diese Meldungen seien alle ungefähr auf der gleichen Ebene.

Du bist dann nach Bhamdoun gegangen, dort hat man dich auch gefangen genommen. Berichte doch mal über die Vorgänge.

Ich bin Anfang Oktober, um eine Ambulanz aufzubauen, nach Bhamdoun gegangen. Bhamdoun liegt an der Hauptstraße zwischen Beirut und Damaskus. Dieses Dorf ist im Rahmen der syrischen Großoffensive, die am 12. im Süden anfing, am 13. von der syrischen Armee angegriffen worden. Am 13. morgens versuchten die Syrer mit einem halbstündigen Artillerie- und Raketenüberfall Bhamdoun sturmreif zu schießen. Im Laufe der Nacht haben sich die syrischen Truppen bis auf einen Hügel oberhalb Bhamdouns herangekämpft. Die ganze Nacht über haben in den Randbezirken fürchterliche Häuserkämpfe gewütet, die für beide Seiten sehr verlustreich waren. Am anderen Morgen hatten die Syrer auf dieser Höhe schwere Maschinengewehre aufgebaut. Sie haben dann ein richtiges Zielschießen von der Höhe aus veranstaltet. So gegen zehn Uhr kam der Befehl, daß man sich aus Bhamdoun zurückziehen soll. Dies haben wir auch probiert. Wir mußten ständig in Deckung gehen. Ich war dort mit einer Gruppe von sechs Leuten zusammen. Wir haben zwischendurch auch immer noch Verletzte behandelt und versucht, sie mitzunehmen. Wir sind dann wieder in Deckung gegangen. Diese wurde ständig unter Feuer gehalten, so daß wir dort nicht mehr rauskonnten. Zwei von uns haben probiert, wegzukommen, einer ist bei diesem Versuch verletzt worden. Wir restlichen vier sind dann dort liegengeblieben. Nach einer Weile haben wir gehört, daß immer auf Trillerpfeifen gepfiffen wurde. Ein palästinensischer Genosse erklärtemir, daß dies ein Zeichen zur Aufgabe war. Jedesmal, wenn die getrillert haben, wurde gleichzeitig auch geschossen.

Wir haben gewartet, bis ganz in der Nähe getrillert wurde, dann sind wir mit erhobenen Händen rausgegangen. Wir standen dann rum, bis syrische Soldaten kamen, die uns erst mal zusammenschlugen und uns dann alles wegnahmen, was wir in den Taschen hatten, wobei auch mein Paß verlorenging. Wir sind dann zu einer kleinen Sammelstelle geführt worden, da waren schon einige Verwundete von uns. Ich habe gefragt, ob ich den Verletzten helfen dürfte, was mir verboten wurde. Die Verwundeten vom letzten Tag hatten durch das Zielschießen immer mehrere Einschüsse. Später mußten wir auf den Hügel hochlaufen, weil sich dort die zentrale Sammelstelle befand. Sie haben uns die Hände auf den Rücken gefesselt. Wir durften unsere Verwundeten nicht stützen. Es war ein ziemlich steiler Hang und einige von den Gefangenen hatten mehrere Einschüsse im Bein. Den Verwundeten wurde gesagt: „Entweder du läufst hoch, oder wir erschießen dich". Wir sind sehr langsam gegangen und haben versucht, sie mit den Schultern zu stützten. Auf der Höhe sind wir auf die ersten syrischen Offiziere gestoßen. Die Offiziere haben mich für einen russischen Instrukteur gehalten. Sie waren anscheinend nicht über die Unterstützungspolitik der Russen informiert. Als die Genossen ihnen klargemacht hatten, daß ich Deutscher bin, haben sie gemeint, ich käme aus der DDR. Ich habe ihnen erzählt, daß ich aus der BRD komme.

Wir blieben die Nacht vom 14. Oktober auf dieser Höhe, wir haben auf freiem Feld gelegen. Es gab zwölf Verwundete, von denen sechs schwerverletzt waren. Nachts hat es geregnet und nicht einmal die Verwundeten bekamen eine Plane. Die Schwerverletzten sind dann gegen Morgen in eine Art Dämmerzustand verfallen. Wir bekamen weder etwas zu Essen, noch etwas zu Trinken, die Verwundeten wurden überhaupt nicht versorgt. Am 15. abends sind wir in Richtung syrische Grenze in zwei Lkws gefahren worden, es war eine Quälerei vor allen Dingen für die Verletzten. Die Lkws waren sehr voll, wir waren ca. 60 Gefangene. Wir mußten immer wieder auf andere Lkws umsteigen. Spät am Abend sind wir in Massna angekommen, das ist an der Grenze zwischen Libanon und Syrien. Ein altes Zollgebäude war dort in einen Knast umfunkitoniert worden. Wir haben protestiert und durchgesetzt, daß unsere Verwundeten endlich ins ärztliche Behandlung kamen. Sie wurden daraufhin auf einen Lkw geladen und weggefahren. Danach habe ich nie wieder etwas von ihnen gehört.

Wir waren mit 44 Leuten in einem Raum von ca. 25 m². Der Raum hatte ein stark vergittertes Fenster und eine trübe Glühbirne in der Mitte. Kurz nach unserer Ankunft tauchte ein syrischer Drei-Sterne-General auf, der uns eine Begrüßungsrede hielt, die wörtlich wie folgt lautete: „Liebe palästinensischen Freunde, bitte betrachtet euch nicht als Kriegsgefangene, sondern als Gäste

der syrischen Regierung ..." Er versuchte zu begründen, warum die syrische Armee die Invasion macht, er sagte, daß es zum Wohle der Revolution ist, wenn Syrien auf seiten der Reaktion kämpft und daß sie uns eigentlich bloß helfen wollten. Ein Genosse hielt daraufhin auch einen Redebeitrag, in dem er dem General klarmachte, was wir von der syrischen Armee halten, daß die syrische Politik eine imperialistische Politik ist und daß der Krieg ein imperialistischer Krieg sei. Daraufhin hat ihn der General nach seinem Namen gefragt, als der Genosse dann meinte, es täte doch wohl nichts zur Sache, sagte der General, daß es sehr wohl wichtig sei, weil sie solche Leute wie ihn liquidieren würden.

Ich war insgesamt sechs Tage in Massna. Einmal am Tag wurde uns eine Waschschüssel mit Reis hingestellt und jeder bekam ein Stück Brot. Außerdem gab es einen Eimer Wasser pro Zelle. Es gab insgesamt vier Toiletten für 200 Gefangene. Man mußte zu diesem Zweck an die Tür klopfen, worauf sie entweder gar nicht reagierten, oder dich schlugen, wenn du rauskamst. In dem ganzen Gebäude gab es kein fließendes Wasser, du konntest dich also nicht waschen. Jeder wurde dort kurz verhört.

Wie waren die Verhörmethoden zu diesem Zeitpunkt?

Dort fing die Folter schon an. Die Wachmannschaften und die Verhörer waren alles Militärpolizisten. Es wurde dort meistens mit Stöcken und Schläuchen geschlagen, bei besonders „sturen" Fällen wurden sie auf einen großen alten Lkw-Reifen gebunden oder reingesteckt. Dann haben drei, vier draufgeschlagen, mit Stecken, Schläuchen und geflochtenen Kabeln. Mit Vorliebe wurde auf die Fußsohlen geschlagen. Ein Genosse hatte einen Hungerstreik angedroht wegen der beschissenen Zustände, dem haben sie die Füße so zerschlagen, daß er danach nicht mehr laufen konnte.

Wie lange warst du in diesem Knast?

Ich war bis zum 21. Oktober dort, also sechs Tage, dann bin ich mit 34 anderen Leuten, die alle Fatha angehörten, auf einen Lkw geladen worden (Fatha ist die politische Organisation von Arafat, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Palästina den Palästinensern wieder zu erkämpfen). Sie haben uns dann nach Damaskus gefahren. Dort sind wir vier bis fünf Stunden kreuz und quer, von einem Knast zum anderen gefahren. Sie waren alle voll, sogar die Messegebäude, die zu Knästen umfunktioniert sind, waren voll. Wir wurden dann in ein Militärlager vor Damaskus gefahren. Dort wurden wir von der Wachmannschaft empfangen, die uns traten, die Beine stellten und mit Kolben stießen. Wir kamen in eine Wellblechhütte, die etwa zwölf Meter lang und vier Meter breit war, eine 25 Watt-Birne brannte dort. Die Hütte hatte einen Betonboden, der an den Seiten hochgezogen war, so daß das Wasser — das Dach war undicht — nicht ablaufen konnte. Wir haben Decken bekommen. Das Klima ist ähnlich wie hier. Es war sehr kalt und hat viel geregnet. Wir saßen alle in Pfützen.

Es bestand dort zwar kein Redeverbot, was bei einer Gruppe von 35 Leuten in einer Zelle eh unmöglich gewesen wäre. Sie haben nur ihre übliche Tour angewandt. Es waren Löcher in die Wand gebohrt worden, durch die haben sie uns dann beobachtet. Wenn einer zu laut redete oder auch mal lachte, haben sie ihn rausgeholt und zusammengeschlagen. Die Behandlung war abhängig vom Offizier, der die Wachmannschaft leitete. Es gab einen, der sich wirklich sehr anständig verhalten hat. Dort war ich wieder sechs Tage.

Am 28. nachmittags kam ein Typ, der sah aus wie ein Politbulle in Wiesbaden. Es war ein Politbulle der syrischen Armee. Ich wurde im Landrover in das Hauptquartier des militärischen Geheimdienstes gefahren. Dort haben sie mir die ersten Verhaltensmaßregeln beigebracht. In den Gebäuden durfte man nur mit tief gesenktem Kopf laufen, wenn du warten mußtest, stelltest du dich mit tief gesenktem Kopf, Gesicht gegen die Wand. Sitzen wenn überhaupt, nur auf dem Boden. Sie wollten mich auf arabisch verhören. Das hat aber nicht geklappt. Sie haben mich eine kleine Treppe runtergeführt zu einer Einfahrt. Dann haben sie mir eine Lederbrille aufgesetzt. Ich wurde mit einem Auto in einen anderen Knast begracht. Dort mußte ich Gürtel, Schnürsenkel usw. abliefern. Ich wurde in einen Raum im Keller gebracht, der war ca. sechs Meter lang und vier Meter breit und hatte kein Licht. In dem Raum waren elf Leute. Es waren Palästinenser, Syrer und ein Iraker. Sanitäre Einrichtung war ein kleines Kämmerchen, in dem sich ein Rohr befand, in dem ein Loch war, das direkter Zugang zur Kanalisation von Damaskus war, und ein Wasserhahn. Die Temperatur in dem Raum betrug etwa 12 bis 15 Grad, es war sehr feucht. Jeder hatte zwei Decken, eine zum Drauflegen und eine zum Zudecken. Es herrschte absolutes Sprechverbot in dem Raum. Nachts haben sie mich geweckt, haben mir die Lederbrille aufgesetzt, wieder ins Auto, ne längere Strecke durch die Stadt gefahren. Ich wurde in einen anderen Knast gebracht, ins Schanangefängnis. Ein Kellergefängnis, das aus einem Büroraum, einem Schlafraum für die Wachen und zwei Gängen, von denen je fünf Einzelzellen abgehen, besteht.

Die Einzelzellen sind zwei Meter lang und einen Meter breit, etwa zwei Meter fünfzig hoch. Kein Licht, kein Fenster, eine massive Tür mit einer Klappe für den Fraß. Es besteht absolutes Sprechverbot, du darfst in der Zelle nicht stehen. Du hast eine dünne Matratze. Als die Wachen weg waren, hab ich mich umgetan. Ich hatte gesehen, daß vor den anderen vier Zellen überall Schuhe standen (die mußte man ausziehen, bevor man in die Zelle ging). Um mich rum saßen nur Fathaangehörige. Sie waren schon zwischen 15 und 40 Tagen dort.

Tagesablauf: drei mal am Tag wurdest du aus der Zelle rausgeholt, man hatte immer eineinhalb bis zwei Minuten Zeit, um aufs Klo zu gehen oder um sich zu waschen. Dreimal am Tag gabs was zu fressen, außerdem wurde Sport getrieben. Das sah dann so aus: sie kamen rein, haben viel Lärm gemacht, die Tür aufgerissen. Ich war allein schon akustisch, weil es sonst immer sehr still war, geschockt. In diesen Momenten war man immer sehr verunsichert. Man wurde aus der Zelle von drei vier Mann rausgeholt, mußte dann 50 Kniebeugen oder 50 Liegestütze machen, dabei ist dann geschlagen worden mit Stöcken. Schlüsselbunden. Sie haben getreten. Man war ihnen völlig ausgeliefert.

Würdest du sagen, daß sie bewußt versucht haben, dich physisch und psychisch fertigzumachen?

Bei mir wohl eher psychisch, weil ich nicht so oft geschlagen worden bin. Ich hatte eine Sonderrolle als Europäer. Bei den Folterungen wird nicht verhört, sie wollen nichts aus dir rauskriegen, sie wollen dich bloß psychisch und physisch fertigmachen. Du wirst für die späteren Verhöre präpariert, einmal die Einzelhaft, die Isolation, die Dunkelheit, dann daß sie die Leute vollkommen zusammenschlagen. Du sitzt in deiner Zelle und hörst, wie sie vor der Zelle dreschen. Erst hörst du das Keuchen vom „Sport", dann hörst du, wie sie draufschlagen, dann fängt er an zu schreien, und die schlagen weiter, dann kann er nicht mehr schreien, nur noch wimmern, und sie schlagen weiter, dann kann er nicht mehr wimmern und sie schlagen immer noch. Du sitzt in deiner Zelle und kannst nichts dagegen machen, du mußte es dir ständig anhören. Das passiert insgesamt zehn mal und jeder kriegt das mit.

Wenn sie fertig sind, hörst du einen dumpfen Aufprall, dann haben sie ihn in eine Zelle geschmissen. Die Tür wird zugeschlagen und die nächste aufgerissen. Dann gehts halt wieder von vorne los. Da sitzt du und weißt, nachher holen sie dich.

Am 30. Oktober bin ich zum ersten Verhör geholt worden. Es wird natürlich nicht gesagt, daß sie dich zum Verhör holen, wirst rausgeholt, kriegst die Brille aufgesetzt, ins Auto. Sie haben mich zu dem ersten Knast zurückgebracht, was ein Verhörzentrum war. Dort wurde ich in einen Raum geführt, wo Typen saßen, die Schläger- und Wächterfunktionen haben. Meistens sehr junge Typen, etwa 20 bis 25 Jahre alt. Einer sagte mir, ich solle mich hinsetzen, der andere sagte, ich solle aufstehen. Ich wurde ständig verwirrter. Vor diesem ersten Verhör kam einer, der wollte unbedingt meinen Schwanz sehen, ich fragte, was das solle. Worauf sie mir dann ein paar Ohrfeigen und einen Schlag in den Magen gaben. Okay, dannzeigte ich ihm meinen Schwanz. Dies hatte keinen anderen Zweck, als mir wieder zu zeigen, daß sie mit mir machen können, was sie wollen. Ich wurde demoralisiert. Dann bin ich in einen Raum geführt worden, einen relativ großen Raum, da stand ein Schreibtisch, hinter dem saß ein älterer Typ, daneben ein jüngerer Typ, der, wie sich später herausstellte, der Dolmetscher war. Die ganzen Verhöre waren in Englisch. Vor dem Schreibtisch liegt ein großer Gummireifen, an der Wand lehnen Stöcke, Eisenstangen, Schläuche, dann stand da noch ein kleines Tischchen mit einem Trafo und mit Drähten. Als Sitzgelegehheit für mich stand da ein sehr hoher Metallhocker mit einer kleinen Sitzfläche ohne Lehne. Der ist so hoch, daß ich mit den Füßen nicht aufden Boden kam. Es war schon eine Tortur, nur auf den Stuhl zu sitzen. Am ersten Tag wurde ich ungefähr drei Stunden nur zu meinen Personalien verhört Sie haben absolut irre Fragen gestellt, so z.B. die Religion und Staatsangehörigkeit der Mutter, der Frau meines Bruders vor ihrer Heirat, anfangs versuchte ich immer, wahrheitsgemäß zu antworten, aber dann erzählte ich Stories. In dem Moment, wo die bemerkten, daß ich Oberwasser bekam, drückten sie auf einen Knopf, dann kam ein Typ rein und gab mir eine Ohrfeige. Er dreht sich um, und wenn sie nickten, gabs noch eine. Man entwickelt eine Technik, wenn er von rechts ausholt, lehnt man sich nach links, damit er dich nicht vom Stuhl schlägt. Daslief nicht nur, wenn man amüsiert war, es wurde auch total willkürlich gemacht zu meiner Einschüchterung. Nach dem ersten Verhör wurde mir dann gedroht in der Form: „Also Sie wissen, daß niemand weiß, daß Sie hier sind, Sie können hier umkommen, das ist kein Problem." In dem Moment machte es keinen großen Eindruck auf mich, weil ich sah, daß er bluffte. Aber nachher in der Zelle kam es wieder hoch. Mir wurde meine Hilflosigkeit klar, und ständig um mich herum wieder diese Gewaltexzesse.

Am nächsten Tag haben sie mich wieder geholt, sehr früh morgens bin ich wieder in das Verhörzentrum gebracht worden. Sie haben mich ca. fünf Stunden verhört. Erst versuchten sie es auf die nette Tour zum Aufttauen, dann fing er an zu brüllen. Er versuchte anhand der Aufzeichnungen vom Vortag mir irgendwelche Widersprüche nachzuweisen. Sie wollten wissen, was ich in der BRD mache, sie wollten wissen, ob ich in der BRD für Fatha arbeite. Sie konnten es effektiv nicht fassen, daß ich zum ersten Mal mit der PLO kurz vor meiner Reise Kontakt aufgenommen hatte und daß ich nur aus humanitären Gründen in den Libanon gegangen war. Dann wollten sie Namen und Adressen meiner Freunde in der BRD wissen, naja, dann erzählst irgendetwas, Willi Zündel oder so, wird eh nicht nachgeprüft. Nach diesem zweiten Verhör war ich ziemlich fertig. Ich wurde wieder in Einzelhaft gebracht. Ich wußte aber nie, ob sie mich nochmal holen oder ob sie zufrieden sind.

Welche Methoden blieben dir, um diese ganze Tortur einigermaßen zu überstehen?

Ich habe das mit System gemacht. In der Einzelhaft habe ich immer einen Tag konsequent ein Thema überdacht. Das hat ein bißchen geholfen, aber es gibt doch die Situation, wenn du nachts aufwachst, wo du eigentlichnur rauswillst. Am liebsten würdest du dich gegen die Tür werfen und schreien, laßt mich raus. Aber die Angst vor dem, was sie dann mit dir machen, wenn du gegen die Tür trommelst, ist immer noch größer. Du bekommst auch mit, daß ein Typ, der vorher noch ganz normal reden konnte, dann plötzlich nur noch ganz leise gesprochen hat oder angefangen hat, zu weinen,wenn eine Wache an die Tür kam.

Warst du nach dem Verhör noch lange in Einzelhaft?

Zwei Tage nach dem Verhör bin ich verlegt worden. Und zwar in den Knast neben dem Verhörzentrum. Diesmal hatte ich mehr „Zeit", mich mit den anderen Gefangenen zu unterhalten. Beim ersten Mal als ich da war, haben sie sich nicht so richtig getraut, mit mir zu reden, weil sie befürchteten, daß ich ein Spitzel sei. Aber beim zweiten Mal,als sie mich so sahen, wurde das Verhältnis vertrauter. Da war z.B. ein Bauer, der kam aus dem UN-Gebiet zwischen Syrien und Israel. Er war etwa 50 Jahre alt und verdächtigt des Kontaktes mit den Zionisten. Er war seit drei Monaten in Haft und während diesen drei Monaten schon fünf mal im Militärkrankenhaus 603 gewesen, wo die ganzen Folteropfer wieder zusammengeflickt werden, daß man sie weiter foltern kann. Er war einmal physisch sehr kaputt, dem hatten sie die Füße so zerschlagen, daß sie im abgeschwollenen Zustand so dick wie ein Ziegelstein waren. Total deformiert. Die Mittelfußknochen alle gebrochen, die Narben wurden immer wieder aufgeschlagen. Bei seinem ersten Verhör mußte er sich ausziehen, kam in den Reifen. Zwanzig Leute standen um ihn rum und schlugen auf ihn ein, danach Krankenhaus. Als er zurück kam, haben sie sich auf die Füße spezialisiert. Er konnte nicht mehr laufen, er mußte kriechen auf allen Vieren. Sie haben sich den Spaß erlaubt, ihm den Reifen an den Hals zu hängen, einer hat sich bei ihm auf den Rücken gesetzt und ist auf ihm durch das Gebäude geritten. Er wurde dabei geschlagen. Sie haben ihm gesagt: „Du bist wie ein Tier, wie ein Esel. Ein Esel würde es nicht überleben, aber du überlebst es." Dieser Mann war nicht nur physisch kaputt, er war auch psychisch fertig. Ich würde ihn als hochgradig verwirrt einschätzen. Er saß den ganzen Tag in seiner Ecke und guckte vor sich hin und summte ein bißchen. Wenn er von einer Wache angesprochen wurde, ist er zusammengebrochen, lag auf dem Boden und hat geschrieen und geweint.

Dann war da noch ein anderer, ein Chemie- und Physikstudent, der war Palästinenser. Er kam aus der Uni raus und da stand ein Ziviler, der ihm sagte, er müßte grad mal mitkommen wegen einer Überprüfung. Fünf Minuten nur. Der war schon 44 Tage im Knast. Auch bei ihm waren die Füße sehr zerschlagen, dem hatten sie auch viel auf den Rücken,Schultern und Hals geschlagen. Er wurde der Planung, der Ermordung Assats beschuldigt.

Unter dieser Beschuldigung waren noch fünf andere in der Zelle. Noch ein anderer, auch ein „Potentieller Assatmörder", er war Zeitungsverkäufer, dem hatten sie an den Unterarmen und Puls mit Zigaretten zentimetertiefe Löcher gebrannt. Dann gab es einen, der hatte Verbrennungen an der Nase, anden Ohren und an der Zunge von den elektrischen Schocks, dem haben sie so lange Elektroschocks am Kopf verpaßt, bis ihm Blut aus den Ohren lief. Dieser Genosse war auch ziemlich am Ende, er hat ständig gezittert.

Für eine Nacht kam jemand zu uns, der schon insgesamt 14 Monate in Haft war und hoffte, entlassen zu werden, dem hatten sie die

Nieren vollkommen zerschlagen. Sie hatten ihm auch Elektroschocks am Penis versetzt, der Penis sah aus, als wäre er in einen Toaster geschoben worden. Er war total verbrannt, einem anderen hatten sie den Penis vollkommen zertreten.

Worauf führst du zurück, daß die extrem brutalen Foltermethoden bei Dir nicht angewandt wurden?

Ich weiß es auch nicht, vielleicht haben die sich gedacht, daß irgendwann einmal jemand anfängt, mich zu suchen, und daß die auch nachvollziehen können, wo ich gelandet bin.
Ich möchte noch mal kurz die psychischen Foltermethoden an einem Beispiel zeigen:
Sie haben zu einem gesagt, wir holen dich heute Nacht zur Folter, und wenn es dunkel war, ging die Tür auf und er wurde aufgerufen, er soll rauskommen, er ist also aufgestanden und hingegangen, dann haben sie ihn gefragt, was er wollte, er solle sich wieder hinsetzen. Dies haben sie während einer Nacht 10, 15, 20 mal praktiziert. Spätestens nach dem 5.mal waren die Gefangenen völlig fertig und wenn sie dann zur Folter geführt wurden, wann waren sie schon ziemlich gebrochen. Torturen dieser Art gab es in vielen Variationen.

Wie bist du dann wieder aus diesem Knast raus und zurück nach Deutschland gekommen?

Am 4. November haben sie mich wieder hochgerufen, mir Schnürsenkel gegeben, ich solle mich waschen. Man hat mir aber nie gesagt, was ablaufen soll. Dann wieder ein Transport. In ein anderes Gebäude, von dort mit einer Mercedeslimounsine mit Vorhängen zur deutschen Botschaft. Ich wurde von einem syrischen Geheimdienstmann ausgeliefert, der mich mit den Worten bei dem deutschen Konsularbeamten ablieferte:,,Ich liefere Ihnen dieses Element ab''.
Dieser nahm mich dann mit in sein Büro und tat dann auf die freundliche Tour, sie haben ja ne ganze Menge mitgebracht usw. So Fragen wie: ,,Haben sie Kontakt mit den deutschen Anarchisten? Werden Sie von der Polizei gesucht?"

Dann haben ich einen Vertrag mit der BRD schließen müssen, daß ich das Geld für den Flug innerhalb von vier Wochen zurückzahle, weil sie sonst pfänden usw. Außerdem bekam ich einen Paßersatz ausgestellt. Der nächste Flug war aber erst in zwei Tagen angesetzt, es wäre der deutschen Botschaft ,unmöglich', mich für die Zeit zu beherbergen. Der Konsularbeamte führte dann noch ein kurzes Gespräch mit dem syrischen Geheimdienstler und kam dann freudestrahlend zurück, um mitzuteilen: ,,Sie sind jetzt noch zwei Tage Gast der syrischen Regierung''. Was das hieß war klar, also wieder zurück in den Knast.

Nach zwei Tagen wurde ich dann unter strenger Bewachung bis zum Flugzeug gebracht. In München Riem wurde ich dann von den Grenzsoldaten auch entsprechend empfangen, als sie mich fragten, wo mein Paß sei, und ich ihnen mitteilte, daß die Syrer ihn mir weggenommen hatten, wurde ein Ziviler geholt, der mich dann nochmals drei Stunden verhörte. Dann wurde ich endgültig freigelassen.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

In Kriegsgefangenschaft und Knast habe ich den Genossen immer versprochen, wenn ich freikäme, die Zustände dort an die Öffentlichkeit zu bringen. Öffentlichkeit ist sicherlich ein Mittel gegen Folter. Was meiner Meinung nach auch wichtig ist, ist, daß die Gruppen, die Foltersysteme bekämpfen, politisch und materiell zu unterstützen sind. Da ist der Phantasie keine Grenze gesetzt.

REKORDZAHLEN POLITISCHER GEFANGENER IN SÜDKOREA

TOKIO
1. Dezember

New Asia Notes vom 8. Oktober berichten:
,,Die Zahl der Gefangenen in Südkorea nimmt so schnell zu, daß alle Gefängnisse im Lande aus den Nähten platzen. Nach Verlautbarungen des Justizministeriums waren bis Ende Juni mehr als 60.000 Leute in 29 Gefängnissen und Zuchthäusern eingesperrt. In den letzten sechs Monaten nahm die Zahl um 10 % zu; 1975 waren es bereits 10.000 mehr geowrden. Im West-Tor-Gefängnis in Seul sind mehr als zehn Gefangene in etwa 5 m^2gro ßen Zellen zusammengepfercht. ,,Sie können weder stehen noch sitzen. Nachts müssen sie abwechselnd schlafen .. Die sanitären Zustände sind schrecklich. Hautepidemien breiten sich unter den Gefangenen aus''. (Dong-A-Ilbo)

Diese sprunghafte Zunahme der politischen Gefangenen wird einerseits der Kampagne gegen Bestechung und Korruption zugeschreiben, die die Regierung Choi Kyu Hah angefangen hat, andererseits einer wachsenden Zahl von Verhaftungen nach dem Notstandsgesetz Nr. 9 des Präsidenten und nach dem Gesetz zur Bekämpfung des Kommunismus. Letztes Jahr wurden mehr als 21.000 Beamte wegen Bestechung verhaftet. Außerdem macht in Korea nicht nur die Polizei Verhaftungen, sondern auch die Geheimdienste.

In dem Maß, in dem die Gefängnisse und Zuchthäuser überfüllt wurden, wurden die Grundrechte der Gefangenen immer stärker verletzt. Vielen wird ein ordnungsgemäßer Prozeß verweigert. Vor kurzem appellierten zwei Rechtsanwaltsvereinigungen in Seul an die Polizeibehörden, ,,mit der Einschränkung der Menschenrechte und den ordnungswidrigen Verhaftungen ohne Haftbefehle Schluß zu machen.'' Stattdessen beeilt sich das Justizministerium, ein neues großes Gefängnis mit einer Aufnahmekapazität von 3.000 Gefangenen in Seong Dong Gu in Seul fertigzustellen..''

DER FLUGHAFEN BLIEB ZU

TOKIO
1. Dezember

New Asi Notes vom 8. Oktober berichten:
,,TAusende von Bauern, Schülern, Studenten und anderen Bürgern kamen am Sonntag, dem 3. Oktober, in Sanrizuka bei Tokio zusammen, um gegen die Eröffnung des neuen internationalen Flughafens von Tokio zu protestieren. Zu den Demonstranten (lt. Polizeibericht 4.000, aber nach Teilnehmerangaben über 8.000 und 4.000 Mann Polizei,,Begleitung'') sprachen Issaku Tomura, Vorsitzender der Sanrizuka-Shibayama-Anti-Flughafen-Initiative, und Vertreter anderer Umweltschutz- und Bürgerinitiativen.

Zwar ist der Flughafen seit einiger Zeit fertig, aber die Regierung hat ihn nicht eröffnen können, weil die Flughafengegner am Ende der Rollbahnen einen Turm gebaut haben, der ständig besetzt ist, und mit dem sie alle Flüge blockieren. Außerdem war die Benzinzufuhr ein ständiges Problem. Die Pipeline konnte nicht fertiggebaut werden, weil die Anwohner der Strecke protestierten. Die Regierung versuchte dann, das Benzin per Eisenbahn zu transportieren – ohne Erfolg.

Auf der Demonstration wurden 62 Personen verhaftet, darunter Teruo Kawamoto, ein Opfer der Quecksilbervergiftung, der in der Bewegung der Opfer der Minimata(Quecksilber-)-Krankheit (die durch Industrieabwässer entsteht) aktiv ist. Die Anklage lautet auf Widerstand gegen die Staatsgewalt. Beobachter sagten, daß die Polizei während des Zusammenstoßes die Studenten weniger angegriffen hat, sondern sich mehr auf die anderen Bürger konzentrierte.

(NR. 154)

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Achtung, liebe Abonennten! Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID-Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !?!

!?!

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer (STAND: 23.11.)	Exemplare
903R	158	1

H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259
D-5000 KOELN 41

